

# **DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS INTERNATIONALE REVUE**

.....  
HERAUSGEGEBEN VON PROF: RODOLPHE  
BRODA: PARIS IN VERBINDUNG MIT  
DR: HERMANN BECK: BERLIN UND  
ERICH LILIENTHAL: BERLIN + VER-  
LEGT BEI GEORG REIMER: BERLIN: W 35  
.....  
JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK  
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK  
.....

AUSGEGEBEN ANF: MAI 1910  
3. JAHR 5. HEFT



GERM  
HAMB

# INHALT:

.....

DIESES HEFT IST VORNEHMLICH DER ARBEITERBEWEGUNG  
GEWIDMET.

NACHDRUCK MIT AUSNAHME DER DURCH EINEN VERMERK  
GEKENNZEICHNETEN ARTIKEL MIT QUELLENANGABE GESTATTET

.....

MANUSKRIPTE SIND ZU RICHTEN AN ERICH LILIENTHAL, FRIEDENAU-  
BERLIN, WILHELMSHÖHERSTR. 18/19. UNVERLANGTEN ZUSENDUNGEN  
IST DAS RÜCKPORTO BEIZUFÜGEN.

.....

## ABHANDLUNGEN:

ERICH LILIENTHAL, BERLIN: ENTWICKLUNGEN IM VIERTEN STANDE .....	323
DR. HEINRICH PUDOR, LEIPZIG: ARBEITERKUNST .....	326
WALTER ASSMUS: DIE BERLINER FREIEN VOLKSBÜHNEN.....	330
DR. MED. MAX MARCUSE, BERLIN: BÜRGERLICHE UND PROLETA- RISCHE SEXUALPROBLEME DER FRAU.....	333
MARGARETHE VON GOTTBURG, STUTTGART: ZUR FRAGE DES INTERNATIONALEN ARBEITSNACHWEISES.....	340
DR. M. NACHIMSON: DIE AGRARPOLITIK STOLYPINS UND DIE ARBEITERBEWEGUNG .....	346
G. BENOIT-LEVI, PARIS: DIE „NATIONAL CIVIC FEDERATION“ ...	348
DR. OTTO MELTZING, BERLIN: RÜCKBLICK AUF DAS SOZIALE VERSICHERUNGSWESEN IN DEUTSCHLAND, ÖSTERREICH UND DER SCHWEIZ IM JAHRE 1909 .....	349
DR. MED. ALFONS FISCHER, KARLSRUHE: DER AUSBAU DER WÖCHNERINNENFÜRSORGE .....	352

## CHRONIK DER ARBEITERBEWEGUNG 357

## RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:

PROF. DR. RODOLPHE BRODA, PARIS: SOZIALISMUS UND KULTUR .....	364
--	-----

## KORRESPONDENZEN:

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG.....	370
PROF. DR. FELIX REGNAULT, PARIS: DIE URSACHEN DER LETZTEN PARISER ÜBER- SCHWEMMUNG. — CHRONIK.	
POLITISCHE ENTWICKLUNG.....	374
GEORG GOTHEIN, M. D. R.: DIE ELSSASS-LOTHRINGISCHE VERFASSUNGSFRAGE. — DR. R. BLANK, ST. PETERSBURG: DIE FINNLÄNDISCHE FRAGE.	
TECHNISCHER UND WISS. FORTSCHRITT.....	382
CHRONIK.	
MORALISCHE UND RECHTSENTWICKLUNG:.....	389
DR. ROBERT SCHEU, WIEN: DIE TECHNIK DER EREIGNISSE. — CHRONIK.	
NEUE KÜNSTLERISCHE TENDENZEN .....	396
DR. SCIE-TON-FA, EHEM. PRÄFEKT ZU NANKING: CHINESISCHE KUNSTENTWICKLUNG.	

.....

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE  
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.



## ERICH LILIENTHAL, BERLIN: ENTWICKLUNGEN IM VIERTEN STANDE.

(Nachdruck verboten.)

**V**ON Apostaten der herrschenden Klassen wurde bei den Revolutionen der Vergangenheit meist der Boden aufgelockert, aus dem die Herrschgewalt der nächsten Schicht emporreifen sollte. Von Catilina bis zum Florian Geyer, von Mirabeau bis zu Ferdinand Lassalle waren es stets die Outsider der höheren Volksgruppe, die zur Macht drängende Millionen Entrechteter gegen ihre eigenen Klassengenossen zu führen unternahmen. In den zierlichen Salons zur Zeit des fünfzehnten Ludwig wurden im angeregten Geplauder die Sätze ziseliert und gemodelt, die messerscharf von den Lippen der als Catonen drapierten Guillotinegebieter den Söhnen jener graziösen Wortfinder entgegengeschleudert wurden. Bei den ästhetischen Tees der Geheimräte und Kavaliere der Biedermeierzeit in Deutschland, in adeligen und romantischen Schwärmerkreisen schuf man erst die ganze Terminologie, den notwendigen Wortapparat, aus dem die Barrikadenkämpfer von 1848 sich die Ideentribünen für ihre populäre Beredsamkeit errichten konnten. Auch die ersten Führer des in der Sozialdemokratie organisierten Teiles der Arbeiterschaft gingen aus den Gesellschaftskreisen hervor, deren vollständige Vernichtung, respektive Umwandlung das Ziel der ganzen proletarischen Bewegung ist.

Für diese in mäßigen Intervallen stetig wiederkehrende Erscheinung nach Gründen schürfen, hieß tief ins Völkerpsychologische hinabsteigen, hieß nach dem Warum alles natürlichen Werdens fragen, hieß den Versuch wagen, Gesetze dafür festzulegen warum abstrakte Dinge wie Ideen und Klassen ebenso zum altern bestimmt sind, wie alles was man mit Händen greifen oder mit Augen sehen kann. Fest steht nur wie stets allzu gesicherter und ruhiger Machtbesitz den Horizont verengt hat, wie stets das zur Erhaltung des Bestehenden als Fundament des Neuen notwendige Maß an Konservativismus, zum politischen Parteikonservativismus entartete, der oft mit bewunderungswürdiger Tapferkeit und Konsequenz den aufstrebenden Klassen den Platz an der Sonne verwehren wollte.

Einen derartigen Kampf erleben wir jetzt in Deutschland. Mit enormer Energie und zäher Vitalität kämpft das preußische Junkertum heute noch auf allen seinen Schanzen, jedoch mit stark gelichteter Besatzung den Kampf mit seinen vielen Feinden. Und wenn es erliegen sollte und es wird erliegen, so fällt es letzten Grundes durch sich selbst, denn auch hier überall sitzen in den noch lebenskräftigen Familien des Uradels junge Brauseköpfe, deren frischen Blicken man die Welt, in der das Neue gärt und brodet, nicht zu verhüllen vermag und die sich über kurz oder lang vom alten Stamme splintern werden und zu den Gegnern übergehen. Dieser Prozeß vollzieht sich im Geheimen überall in allen Abteilungen der Beamtenschaft und selbst im Offizierkorps weit mehr, als man annimmt, und ist die innere Ursache dafür, daß das im Ausland nach seinem offiziellen Habitus mit Recht als reaktionär verschrieene Deutsche Reich in seinen eminent demokratischen sozialen Einrichtungen an der Spitze der Nationen marschiert. Gewiß es gibt kleine einflußreiche Kreise in Deutschland, die mit Krieg und Revolution zu spielen belieben. Es gibt Kreise, in denen bei einem Widerspruch gegen irgend ein Gesetz oder Verbot die Maschinengewehre als bequemstes Lösungsmittel jedes sozialen Problems

empfohlen werden und deren kindliche Einbildungskraft sich daran ergötzt wie wenig Kavallerie dazu gehörte, um die ganze Friedrichstraße von etwaigen Rebellen zu säubern, die man ja nur paketweise auf die Lanzen zu speißen brauche. Stichproben dieser Auffassung sind ja in letzter Zeit häufig an die Öffentlichkeit gedrungen und es sei hier nur nachdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Anschauungen tatsächlich in begrenzten Kreisen als Rudimente mittelalterlicher Gesinnung und als Niederschlag der Furcht, eine immer noch privilegierte Stellung einmal aufgeben zu müssen, vorhanden sind. In keinem Lande ist eine wirkliche Revolution unwahrscheinlicher als in Deutschland, denn jede Revolution würde durch das phänomenale Organisationstalent und das bürgerliche Ordnungsgefühl, das sich namentlich in der Entwicklung und Gliederung des vierten Standes dokumentiert, sich fast augenblicklich in eine Evolution verwandeln, die bedächtig und gründlich vollzogen würde. Eine solche Evolution läßt sich aber nicht durch Maschinengewehre und Gardekavallerie bekämpfen. Unsichtbar wie der Zeiger der Stundenuhr geht der Gang der Entwicklung, und man mißt den Weg erst, wenn das Neue schon weit über das Alte hinweggeglitten ist. Der eruptive Elan französischer Volksbewegungen fehlt in Deutschland, was sich jetzt vollzieht, das Heranreifen eines Teils des vierten Standes zur Herrschfähigkeit, seine Vorbereitung für die künftige Teilhaberschaft am Regiment läßt sich nur mühsam durch vergleichendes Betrachten und durch unbefangene Würdigung hier und da geschehener Ereignisse erkennen. Das von den genannten Laudatores temporis acti gefürchtete und per Maschinengewehre abzuwendende Unheil ist ja eigentlich längst eingetreten. Die soziale Revolution hat begonnen und es ist nur ein Zeichen für den Fortschritt der Welt, daß sie sich nicht mehr in der früheren Tagen einzig geläufigen Form durch Mord und Totschlag, gemildert durch Hurra auf der einen Seite und Barrikadenheroismus auf der anderen, sondern in der sanfteren Form der allmählichen Umwandlung und des Aufrückens der Stände zu vollziehen scheint.

\* \* \*

Der seinerzeit erfolgte Versuch der Abschüttelung der Akademiker von den Rockschoßen der sozialdemokratischen Parteileitung war zwar ein ausgeprägtes Unrecht gegenüber den Einzelnen, denen die Arbeiterschaft so viel zu verdanken hat, er war aber symptomatisch für die neue Phase der Entwicklung, in die der vierte Stand getreten war. Noch vor zwanzig Jahren hätte die Arbeiterschaft die Stütze der „Studierten“ nicht entbehren können, damals war das Proletariat noch nicht entfernt so machtbewußt und sicher im Gebrauch seiner eigenen Organisationen geworden, als daß es daran denken konnte, sich der Propagierung seiner Ideen in den außerhalb der proletarischen Bewegung stehenden Kreisen so kurzer Hand entschlagen zu können. Damals verfügte die Arbeiterschaft in ihren durch Elend und Not abgestumpften Massen nicht über so viele behende Geister, die imstande waren, ohne durch Formlosigkeiten der Sache zu schaden, den Federkrieg mit der bildungsrasselnden Bourgeoisie zu führen. Das hat sich von Grund aus geändert. Aus dem Proletariat ist inzwischen eine wahre Fechtsschule von Agitatoren in Wort und Schrift hervorgegangen, die jedenfalls mit vor-

züglicher, wenn auch mit der Fabrikmarke ihres Parteidogmas gestempelter Armatur überall kampfbereit auftreten, wo sich im Interesse des Proletariats eine Angriffsfläche zu bieten scheint. Die größte Stärke dieser proletarischen Kämpfer beruht darin, daß sie im Gegensatz zu allen übrigen Parteistreitern niemals an eine Verteidigung ihrer eigenen Position zu denken brauchen, sondern ausschließlich angriffsweise vorgehen. Das viele wirkliche Leid und das viele wirklich getretene Recht, für das diese Agitatoren in den Schranken stehen, gibt ihnen natürlich trotz mancher zerdrückenen Phrase ein moralisches Übergewicht und eine moralische Sicherheit, die ihre Stoßkraft noch erhöht. Außerdem ist die Suggestion, die auf einen Redner ausgeübt wird und die seine Worte ins Gleiten bringt, größer von einer Maurerversammlung von fünftausend Menschen, als von einer von hundert Bauherren, die fünfzigtausend Maurer beschäftigen.

Aber die Agitation ist heute nur ein untergeordneter Faktor in der riesigen Organisation, die die Gesamtheit des deutschen proletarischen Daseins in so wirkungsvoller und energischer Weise zu umfassen versucht, einer Organisation, die durch ein immer dichter werdendes Netz von Verbänden und Vereinen dem Proletarier eine bestimmte festgelegte Lebensrichtung zum besten der Gesamtheit aufzuzwingen imstande ist. Die Organisation des deutschen Proletariats ist in ihrer Gesamtheit ein ebenso großartiges Werk wie der Aufbau der preußischen Bürokratie und der der preußischen Armee, die Guglielmo Ferrero als die größten Kunstwerke erscheinen, die dem preußischen Geiste geglückt sind.

In den Jammerjahren der Gründerzeit wäre dieses Werk niemals zu schaffen gewesen, damals wäre nichts anderes möglich gewesen als Hungerrevolten, Straßenkämpfe und ein gänzlich unfruchtbarer Sansculottismus mit dem dabei unvermeidlichen Maulheldentum. Erst dem Arbeiter des reichgewordenen Deutschland war es möglich, das seelische Gleichgewicht und die ruhige Überlegtheit aufzubringen, die den Demonstrationen des deutschen Proletariats ihr so imponierendes Gepräge stiller gesammelter Kraft verleiht. Schuld daran ist aber vor allem, daß die Lebenshaltung des gelernten Arbeiters sich immer mehr der der früheren Bourgeoisie zu nähern beginnt, daß die sich in der Kleidung und mancher äußerlichen Form noch vorfindenden Unterschiede häufig in Wirklichkeit ein Plus im Jahresbudget zugunsten des Arbeiters ergeben. Es sei hier nur auf die durch das Gehalt in keiner Weise gerechtfertigten Repräsentationskosten für Kleidung bei den meisten Bureauangestellten hingewiesen.

Je ruhiger und gesicherter Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft werden wird, desto mehr wird der große Stamm der gelernten Arbeiter sich der unteren Bourgeoisie und dem mittleren Beamtenstand angleichen und voraussichtlich trotz alles Sträubens der Regierenden, sich mit diesen zu Interessengemeinschaften verbinden, die über kurz oder lang den Staat nach ihren Bedürfnissen einzurichten imstande wären. Dieser neue Mittelstand wird weit zahlreicher und kompakter als der bisherige sein und allem Anschein nach, da er jung und teilweise konventionslos ist, für die Kultur der Zukunft einen vorzüglichen Nährboden abgeben. Denn aus diesem ungeheuren Menschenreservoir heraus werden die künftig Regierenden immer neue Kräfte zu ziehen imstande sein. Allerdings hätte die proletarische Bewegung dann nur einen Etappensieg erfochten, der Kreis der als Proletarier lebenden wäre durch das Aufrücken eines Teils des Proletariats in die unteren Stufen der Bourgeoisie nur relativ kleiner geworden. Die großen Massen der ungelerten



Arbeiter zu verringern und immer wieder zu verringern, auch sie zu „Bourgeois“ zu machen, wäre das Ziel einer noch weiter ab liegenden Zukunft, in der sich dann auch vielleicht eine Art Zukunftstaat verwirklichen ließe.



## DR. HEINRICH PUDOR: ARBEITERKUNST.



OR fünfzehn Jahren wurde in Berlin von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt (Geschäftsführer Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. Post) ein Ausschuß zur Veranstaltung von Volkskonzerten gebildet, welcher seit 1895 bis heute genau 100 Konzerte, von 222 894 Personen besucht, veranstaltet hat. In Amerika hatte vor mehreren Jahren der bekannte Orchesterdirigent Damrosch ein Institut für den Musikunterricht der arbeitenden Klassen begründet und mit Hilfe des Millionärs Andrew Carnegie ein Gebäude errichtet mit Studiensälen, einer Bibliothek, einem Museum und einem großen Konzertsaal. In Kopenhagen hatte der Komponist Ed. Grieg ein Konzert vor einem nur aus Arbeitern und kleinen Handwerkern bestehenden Publikum gegeben und am Schluß in einer kurzen Rede gesagt: „Dieser Abend ist mir die Verwirklichung meiner Jugendträume. Ich wünsche, daß Arbeiterkonzerte, wie diese, die die Aufgabe der Kunst zu erfüllen suchen, gedeihen und Nachahmung in allen Ländern der Welt finden mögen.“ In Berlin werden in den Museen, die kein Sperrgeld, auch nicht als Garderobengebühr, erheben, volkstümliche Führer zum Preise von 10 Pfennig abgegeben. Ebenfalls bemerkenswert sind die Bestrebungen der freien Volksbühnen in Berlin.

Alle diese Versuche sind sehr gut gemeint. Ihr Erfolg dürfte aber in den weitaus meisten Fällen nicht der erwartete sein. Dafür spricht nicht etwa bloß der Umstand, daß z. B. die 10-Pfennig-Hefte in den Berliner Sammlungen in der Woche wenig, am Sonntag fast gar nicht gekauft werden: nein, wenn sie auch viel gekauft und sogar gelesen würden, würde es sich immerhin noch fragen, ob damit wirklich das richtige Verständnis geweckt wird. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Fähigkeit zum Kunstgenuß nicht etwas ist, was einem zufließt, sondern etwas, was errungen, erlernt, vielleicht sogar ererbt sein muß. Man wird vielleicht entgegnen, daß man einen Anfang doch einmal machen müsse: aber es fragt sich eben, wo man den Anfang macht und wie man ihn macht. Nicht verstehen, sondern nur mißverstehen kann ein Arbeiter eine Beethovensche Symphonie; und ein Rubenssches Gemälde\*), wenn es überhaupt auf ihn wirkt, wird es nur seine niedersten Instinkte wecken. Ist doch der größte Teil unseres sogenannten gebildeten Publikums, wie man sich täglich in Konzerten und Museen überzeugen kann, selbst noch unfähig zum Verständnis der Kunst. Woher soll nun der Arbeiter, dem eine jahrhundertelange, ins Blut gewachsene, vererbte Kunstkultur

\*) Das Neueste auf diesem Gebiete sind in der Tat „Bilderausstellungen für Arbeiter“. Herr Dr. Adolf Levenstein, ein junger Berliner Irrenarzt und Soziologe, hat eine Ausstellung von Zeichnungen, Ölgemälden, Pastellen von Arbeiterhand, d. h. von Schlossern, Bäckergehilfen usw., veranstaltet und beabsichtigt für nächstes Jahr im Gewerkschaftshaus eine Sammlung von Schnitzereien, Drechsler- und Textilarbeiten, Stickereien und keramischen Erzeugnissen von Arbeiterdilettanten zu veranstalten.



abgeht, plötzlich zum Verständnis der Kunst kommen? Mit dem bloßen guten Willen ist es gerade hier am wenigsten getan: wir stehen hier vor sehr schwierigen Problemen und sollten uns, bevor wir das Programm für ein Arbeiterkonzert festsetzen oder die Arbeiter in Museen laden, das Wie und Was so gründlich wie nur möglich überlegen.

Die Kunstentwicklung ist immer nur dann eine gesunde, wenn sie aus dem Leben hervorgeht. Die Kunst soll nicht nur in das Leben zurückfließen, sondern sie soll auch aus dem Leben hervorgehen. Das letztere ist sogar das Wichtigere. Nun sehe man sich doch ein Arbeiterheim an. Der Arbeiter ist so vorgebildet, daß sein Empfindungsleben gar nicht anders als kunstwidrig sein kann. Bringt man ihn nun mit der Kunst in Berührung, so kann die Folge nur ein greller Mißklang, eine aufsteigende Bitterkeit oder im besten Falle noch absolute Gleichgültigkeit sein. Die Kunst strömt aus der Empfindung; die Empfindung also muß verfeinert und veredelt werden, ehe die Möglichkeit eines Kunstgenusses sich einstellen kann.

Darnach scheint der Weg der richtige zu sein, den man in Schweden und Finnland beschritten hat: man muß versuchen, vor allem das Heim des Arbeiters, in dem alle seine sittlichen und ethischen Empfindungen entstehen, wachsen und sich bilden, künstlerisch zu gestalten. Die Eindrücke, die der Mensch im Elternhause erhält, sind die mächtigsten und sind maßgebend für das ganze Leben. Was ihn hier umgibt, was er hier sieht und hört, ist bestimmend für die Bildung seines Charakters und für die Entwicklung seines Seelenlebens. Künstlerische Instinkte sind etwas Erbliches; sie sind auch züchtbar, aber der Keim zu ihrem Entstehen wird immer im Elternhause gelegt.

Das Stockholmer Arbeiterinstitut hat schon vor Jahren den ersten Schritt in der bezeichneten Richtung getan. Es veranstaltet periodische Ausstellungen von Arbeiterwohnungseinrichtungen und es setzt Preise aus für die geschmackvollsten und zugleich billigsten Arbeiterwohnungseinrichtungen. Den gleichen Weg hat man in Finnland beschritten.

So lange nun allerdings die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterklassen so darniederlagen, daß es zum Beispiel in Christiania nicht weniger als 40 000 kalte, feuchte, schmutzige Kellerwohnungen gibt, die als Wohn- und Schlafstätten dienen, daß es in Berlin nicht weniger als 20 000 Wohnungen gibt, die nur aus einem heizbaren Zimmer bestehen und sechs und mehr Bewohner haben, so lange kann von der Möglichkeit, die Arbeiterwohnung allgemein zu einer geschmackvollen zu machen, nicht die Rede sein. Aber die sozialen Reformen, die auch vom Staate und von den Kommunen ergriffen werden, breiten sich heute mit Riesenschritten aus, und an manchen Orten ist die Arbeiterwohnungsfrage schon so gut wie gelöst.

Sehr wertvoll für die Pflege des Empfindungslebens ist auch das, was man in Dänemark getan hat, daß man in angemessener Entfernung von den großen Städten und in guter Lage Arbeiter-Gartenkolonien eingerichtet hat, derartig, daß der Arbeiter einen kleinen Garten in freier Natur sein Eigen nennt, wo er mit seiner Familie die freien Stunden und Tage verbringen kann.

Sehr wichtig bei allen diesen Fragen ist, daß man dem Arbeiter nicht immer nur Fertiges übermittelt, sondern ihn anregt, aus seinem Empfindungsleben heraus selbst schaffend tätig zu sein. Es klingt zwar heute merkwürdig, von einem Arbeiter zu hören, der Violine spielt, etwas Unmögliches jedoch ist es nicht, vielleicht aber etwas sehr Nützliches. Und Arbeitergesangsvereine gibt es heute schon in Menge. Der Gesang hat auch nach dieser Richtung

hin in der Tat eine hohe Bedeutung zu beanspruchen. Und jemand, der selbst singt, selbst Musik treibt, ist weit eher befähigt, einem Konzert mit Aufmerksamkeit und Verständnis zu folgen.

Ähnlich ist es mit der bildenden Kunst. Warum soll der kunstgewerblich tätige Arbeiter nur für die Fabrik und nicht auch für sein H e i m kunstgewerbliche Gegenstände herstellen? Vielmehr müßte sein Bestreben gerade darauf hinauslaufen, die in der Werkstatt erhaltenen Anregungen für das eigene Heim zu verwerten und es einerseits moderner und andererseits stillvoller einzurichten. Von diesem Gesichtspunkt aus könnte der kunstgewerbliche Arbeiter auf alle anderen Arbeiter einen heilsamen Einfluß ausüben, und es würde darauf ankommen, derartige Bestrebungen durch Ausstellung und Prämiiierung von Arbeiterwohnungseinrichtungen zu unterstützen.

Selbst architektonisches Empfinden kann dem Arbeiter zugänglich gemacht werden, wenn er imstande ist, ein eigenes, wenn auch noch so bescheidenes Haus zu haben \*). Dann wird er mit der Zeit sogar fähig werden, individuelle Geschmacksempfindungen zu bekommen und diesen im Aufbau und in der Anlage des Hauses Rechnung zu tragen. Denn vor allem muß man immer des Fröbelschen Wortes eingedenk bleiben: der Mensch muß von allem Anfang an als ein schöpferisches Wesen betrachtet werden. Fröbel meint damit das Kind. Wir können heute dafür den Arbeiter setzen. Und auf die in Rede stehende Frage übertragen, heißt das so viel, wie: zuerst künstlerisches Empfinden, zuerst persönliche Kunstpflege, darnach Kunstgenuß.

Will man nun aber dem Arbeiter den Kunstgenuß ermöglichen, glaubt man, daß er künstlerisches Empfinden nur erlernen könne dadurch, daß ihm die Werke der Kunst erschlossen werden, so muß man wenigstens systematisch und historisch vorgehen, nicht aber planlos, wie es meistens geschieht. Gleich in der ersten Stunde Beethoven oder Michelangelo zu verstehen, ist ein Ding der Unmöglichkeit selbst für einen intelligenten Arbeiter. Hier in der Musik ist sicherlich der historische Weg der am meisten vorzuziehende. Nicht, daß man mit Palästrina beginne, wohl aber mit Haydn, dann Mozart, darnach die der Haydnschen Periode angehörenden Werke Beethovens. Zugleich bietet das Volkslied den natürlichen Weg, das Ohr und Herz des Arbeiters der Tonkunst zu erschließen. Und vom Volkslied kann man zu den im Volkston gehaltenen Liedern Schuberts und Schumanns fortschreiten. Auf der andern Seite muß alles Banale und Seichte ausgeschlossen werden. Für Volkskonzerte ist das Beste gerade gut genug. Es ist ein soziales Verbrechen, eine Geschmacklosigkeit und ein logischer Fehler, hier frivole Walzer, womöglich bei Bier und Zigarre, spielen zu lassen.

Was die bildende Kunst betrifft, so wird der erfolgreichste Weg der sein, mit der Zeichnung zu beginnen, dem Arbeiter also eine Ausstellung Dürerscher oder Holbeinscher Handzeichnungen und Stiche zu öffnen. Von hier kann man dann auf der einen Seite nach der Malerei und auf der anderen Seite nach der Plastik zu fortschreiten. Von der Plastik führt der Weg zum Kunstgewerbe. In der Malerei selbst kann man ebenfalls bei Dürer anfangen und von da historisch vorwärts und rückwärts gehen. Beim Kunstgewerbe müßte ganz besonders der Zusammenhang mit dem Zweck und der Anwendung

---

\*) In dieser Richtung zeigen die „Lauben“ der deutschen Gartenkolonien oder Schrebergärten in Berlin, Leipzig usw. schon sehr beachtenswerte Anfänge.

der kunstgewerblichen Gegenstände im Heim betont werden, denn die Kunst soll zu einem Lebensbedürfnis werden: die Qualität unserer Lebensbetätigung und -äußerung soll Kunst sein. Ebenso wichtig ist deshalb auch, daß man den Arbeiter dort auf die Kunst hinweist, wo sie mit seinem Leben in Berührung steht; dies gilt bezüglich der Denkmäler, der Kirchen und der öffentlichen Gebäude, der Militärmusik, der Choräle und Volkslieder, der kunstgewerblichen Einrichtung der öffentlichen Gebäude und so fort. Sehr wünschenswert wäre in dieser Richtung, daß die Gewerkschaftshäuser künstlerischen Ansprüchen genügen würden. Das Berliner Gewerkschaftshaus, das an sich, schon rein als vollendete Tatsache, einen sehr bemerkenswerten Fortschritt in der Organisation der Arbeiter bedeutete, macht dagegen in ästhetischer Beziehung einen dünnen und öden Eindruck. Etwas besser verhält es sich mit dem Leipziger Volkshaus.

Auch das Kunstplakat hat in Ansehung einer Arbeiterkunst eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Nichts wirkt so allgemein und unter Umständen so eindringlich als ein Plakat. Das Plakat zu einem künstlerischen zu machen, hat man zuerst in Frankreich versucht. In England haben sich darnach sofort die ersten Künstler dem Plakate zugewandt, und auch in Deutschland und Österreich vermittelt heute schon eine Plakatkunst dem Straßenpassanten in demokratischem Rahmen Ausflüsse der aristokratischen Kunst. Und ähnlich verhält es sich bezüglich des Schaufensters.

Neben der eigentlichen Kunstpflege und dem Kunstgenuß im engeren Sinne müssen alle Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, das Bildungsniveau der Arbeiter zu erhöhen, unterstützt werden; sie werden die Möglichkeit eines künstlerischen Empfindens anbahnen helfen. Dahin gehören Vorträge, Vorlesungen und Hochschulkurse. Bezüglich der letzteren bietet sich uns freilich dasselbe Bild wie bei den Arbeiter-Konzerten: man denkt zu wenig über das Wie oder Was nach. Um Kant verstehen zu können, muß man erst eine gründliche logische und historisch-philosophische Schulung durchgemacht haben; und so auf allen Gebieten. Weit wirkungsvoller als diese abgerissenen Hochschulkurse würden dagegen Arbeiterhochschulen nach dem Muster der dänischen Volkshochschulen sein. Vielleicht werden auf der einen Seite die Genossenschaften und auf der anderen Seite die Gewerkschaften derartige Arbeiterhochschulen \*) organisieren. Daneben ist in Deutschland noch sehr viel auf dem Gebiete der Volkslesehallen zu tun. Hier kann uns England ein Vorbild sein. Und diese massenhaften englischen Volkslesehallen und Volksbibliotheken werden geradezu überflutet von den Arbeitern.

Wenn auf diese Weise der Intellekt des Arbeiters geschärft und genährt wird, wird mit der Zeit auch sein Empfindungsleben ein feineres, delikates und sensibles werden, und es werden künstlerische Instinkte von selbst wachsen, die es dann zu pflegen gilt. In einem gewissen Grade muß bei solchen Dingen immer das Bedürfnis maßgebend sein. Der Arbeiter geht heute noch nicht gern in Museen, aber sehr gern in Lesehallen und Bibliotheken. Diese also gilt es vor allem zu öffnen. Auch sonntägliche Volkskonzerte werden sehr am Platze sein. Vor 15 Jahren bereits, was Volksbühnen betrifft, scheint man in Dresden mit dem Naturtheater im Heidepark recht gute Erfahrungen gemacht zu haben. Einen vollen Erfolg bedeutet auf diesem Gebiete die

\*) Die Arbeiter-Bildungsschule im Berliner Gewerkschaftshaus darf hier erwähnt werden. Derartige Institutionen sollten auf breiterer Grundlage in allen Städten und Stadtteilen eingerichtet werden.



Neue Freie Volksbühne in Berlin, die jetzt in elf Theatern spielt und 37 000 Mitglieder im Verein zählt und für das Projekt eines eigenen Theaters einen Baufonds von 21 000 M. besitzt.

Überhaupt liegt bezüglich der Schauspielkunst die Sache am einfachsten. Hier ist am wenigsten historische Schulung nötig, und die Wirkung ist zwingend für jeden; auch Mißverständnis ist in den meisten Fällen ausgeschlossen. Es wird hier in der Hauptsache nur darauf ankommen, alles, was im entferntesten vergiftend wirken kann, also alles Triviale und Banale, alles Seichte und Schlüpfrige, auszuschließen. Im übrigen ist es für den Arbeiter weit eher möglich, Shakespeares Hamlet zu verstehen oder wenigstens zu genießen, als Beethovens Achte oder Michelangelos Deckengemälde der Sixtinischen Kapelle.



## WALTER ASSMUS, CHARLOTTENBURG: DIE BERLINER FREIEN VOLKSBÜHNEN.



IN die Jahre 1889/90 fallen die ersten ernsthaften Versuche, die Kunst dem Volke zugänglich zu machen. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes, nachdem das Proletariat anfang sich als eine einige geschlossene Masse zu fühlen, begann man mehr und mehr einzusehen, daß die soziale Frage nicht nur eine Magen- sondern auch eine Bildungsfrage sei. In die literarisch unruhige Zeit, in die Periode des „konsequentesten Realismus“, in die Zeit der Sozialreform (Einführung der Sonntagsruhe usw.) fällt die Gründung der Freien Volksbühne in Berlin.

Ein Aufruf zur Gründung einer Freien Volksbühne, den Dr. Bruno Wille am 23. März 1890 im Berliner Volksblatt erscheinen ließ, erregte die allgemeine Aufmerksamkeit und fand in den Kreisen der intelligenten Berliner Arbeiterschaft eine sehr günstige Aufnahme. In einer großen, sehr stark besuchten Versammlung (29. Juli 1890) wurde die Gründung des Vereins beschlossen, so daß bereits am 19. Oktober die erste Vorstellung stattfinden konnte. (Ibsen, Gespenster).

Der Wahlspruch „Die Kunst dem Volke“ sollte in die Praxis umgesetzt werden. Kein sozialdemokratisches Theater, wie man es in Anfeindungen damals öfter behauptet hat, sollte die „Freie Volksbühne“ sein, sondern Stücke, in denen ein „sozialkritischer Hauch“ lebt, sollten zur Auf- führung gelangen. Neu und bemerkenswert an dem Plan war, daß die Vor- stellungen an Sonntagnachmittagen stattfinden sollten. Ein Gedanke, der anfangs von vielen Seiten bespöttelt wurde, der sich aber so sehr bewährte, daß sämtliche Theater diese neue Einrichtung nachahmten. Ebenso wurde anfangs „der Knobelkomment“ bespöttelt, nämlich die Einrichtung des Ein- heitspreises für alle Plätze, so daß jedes Mitglied seinen Platz aus einer am Eingang aufgestellten Urne ziehen muß.

Infolge innerer Streitigkeiten kam es 1891 zu einer Spaltung des Vereins. Wille, der durch eine Partei, an deren Spitze damals Julius Türk stand, überstimmt wurde und der, aus dem richtigen Gesichtspunkt heraus, daß die Mitglieder einer erzieherischen Anstalt, wie sie die Freie Volksbühne dar- stellt, nicht sachverständig auf dem Gebiet der Literatur und Kunst seien,



eine Trennung der künstlerischen Leitung von der demokratischen Aufsicht der Generalversammlung wünschte, trat aus und gründete die „Neue Freie Volksbühne.“

Vier Jahre später gerieten die Freien Volksbühnenorganisationen mit der Polizeibehörde in Konflikt. Die Behörde verbot plötzlich die Aufführung des Schauspiels „Einsam“ und verlangte, daß in Zukunft sämtliche Stücke wie bei öffentlichen Aufführungen der Zensur unterliegen sollten. Das Gericht gab der Polizei recht, indem es die Volksbühnenvereine als lose Vereinigungen, nicht als Vereine erklärte. Die alte Volksbühne löste sich hierauf auf, während die Willesche Neue Freie Volksbühne weiter bestehen blieb. Nach Vornahme einer Statuten-Veränderung, durch die der Vereinscharakter stärker betont wurde, gab der Polizeipräsident die Zusage, daß auch weiterhin zensurfrei gespielt werden dürfe. Sofort trat nun die alte Freie Volksbühne auch wieder auf den Plan und reorganisierte sich nach dem Vorbild der Neuen Freien Volksbühne. Ein Einigungsversuch, den Wille damals unternahm, verlief negativ (ebenso spätere Versuche.)

Von nun ab ging die Entwicklung ruhig weiter. Nachdem die Neue Freie Volksbühne jahrelang etwa 2000 Mitglieder gezählt hatte, stieg seit 1900/01 die Zahl der Mitglieder ständig. Anfang 1910 zählt der Verein 38 000 Mitglieder, während die Freie Volksbühne 1908/09 15 400 Mitglieder hatte. So erfreulich dies Aufblühen ist, so mußte damit gerechnet werden, daß bei der Neuen Freien Volksbühne die Zahl der gepachteten Theater nicht ausreichen würde und daß, selbst wenn es gelingen sollte, außer den elf für die Saison 1909/10 gepachteten Theatern noch weitere Theater zu verpflichten, eine Beschränkung der Mitgliederzahl eintreten müßte. Diese Einsicht veranlaßte die Verwaltung der Neuen Freien Volksbühne den Bau eines eigenen Theaters ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Es kommt noch hinzu, daß man jetzt, wo überall Sonntagsnachmittags-Vorstellungen stattfinden, nicht mehr ein eigenes Ensemble zusammenstellen und Stücke nach eigener Wahl aufführen lassen kann, sondern genötigt ist, das Theater mit dem Ensemble zu pachten und Stücke aus dem Repertoire des Theaters zur Aufführung zu bringen, wobei man natürlich auch ungeeignete Stücke wählen muß. Da die finanzielle Lage des Vereins recht günstig zu nennen ist, so stellte die Verwaltung in einer außerordentlichen Mitglieder-Versammlung (21. 1. 1909) den Antrag zur Gründung eines Baufonds zur Schaffung eines Volkskunsthuses. Dieser Antrag wurde nach längeren Debatten angenommen. Dem Fonds, der vom 1. September ab ins Leben trat, wurden als Grundstock aus dem Vereinsvermögen vorweg 10 000 M. überwiesen. Im übrigen wird er zunächst errichtet aus einem Zuschlag von 10 Pfg. pro Mitglied und Vorstellung. Dieser Zuschlag wird für 1909/10 auf 45 000 bis 50 000 M. geschätzt. Es handelt sich dabei aber nicht um eine faktische Erhöhung der Beiträge, denn die als Zuschlag bezahlten 10 Pfg. pro Vorstellung gehen den Mitgliedern — sofern sie Mitglieder bleiben — nicht verloren, werden ihnen vielmehr so lange gut geschrieben, bis sie den Betrag von 10 M. erreicht haben. Die gesamten eingezahlten Beiträge fließen ausschließlich dem — abgesondert verwalteten — Bauvermögen des Vereins zu, das sich sonach künftig zusammensetzt: 1. aus den obligatorischen Beiträgen aller Mitglieder, 2. aus den freiwilligen Mehrbeiträgen derjenigen Mitglieder, die sich schon früher, als er durch die obligatorischen Beiträge möglich wäre, den Besitz einer verzinslichen Quittungskarte sichern wollen. Nach den Mitteilungen in der Zeitschrift der Neuen Freien Volksbühne ergab sich Mitte Februar 1910 eine verfügbare Summe

von 125000 M. als Bauvermögen. Die Freie Volksbühne, die ebenfalls mit dem Gedanken umging, ein eigenes Theater zu bauen, konnte bisher diese Absicht nicht verwirklichen. Inzwischen hat nun die Neue Freie Volksbühne ein eigenes Theater gepachtet (und zwar vom 1. September d. J. ab, das Gastspieltheater, das frühere Wolzogen-Theater in der Köpenicker Straße, das fortan den Namen „Neues Volkstheater (Neue Freie Volksbühne“) führen wird). Ein neu zusammengestelltes Ensemble soll, wie die Zeitungen berichten, vorwiegend moderne Stücke spielen. Die Vorstellungen finden bei zehnmonatiger Spielzeit allabendlich um 8½ Uhr, außerdem an allen Sonn- und Feiertag-Nachmittagen statt, und zwar ausschließlich für die Mitglieder der Neuen Freien Volksbühne, ohne Kassenverkauf. Die sonstigen Nachmittags-Vorstellungen des Vereins werden dadurch nicht berührt. Das „Neue Volkstheater“ soll lediglich ein Übergang und eine Vorstufe zu dem spätestens im September 1912 zu eröffnenden Volkskunsthause sein.

So hat die Volksbühnenbewegung eine Ausdehnung genommen, wie man es früher kaum zu prophezeien gewagt hätte, und es ist anzunehmen, daß das stetige Wachstum anhält. Andere Hoffnungen, die man damals auf die „Freie Volksbühne“ setzte, haben sich nicht erfüllt, ein neues Volksdrama hat sich nicht entwickelt. Man hatte zu viel von dem anstürmenden Proletariat erwartet, glaubten doch damals viele, der Zukunftsstaat stehe nahe bevor, und bezeichnend für die Überschätzung des Proletariats in der damaligen Zeit sind die Worte Julius Harts aus der Vorrede zu Willes Gedichtsammlung „Einsiedler und Genosse“, wo es von dem Proletarier heißt: „Die von dem Bürgertum weggeworfene Fahne der Freiheit des Gedankens und des Wortes hebt er wieder auf und führt den Kampf gegen das Dunkelmännertum aller Art fort, gegen die Verdumpftheit und Erstarrung des geistigen Lebens. Und damit erhält auch der Proletarier die Kraft, eine Kunst der Größe, des Ernstes, der Wahrheit zu verstehen und eine neue eigenartige Kunst aus sich heraus zu erzeugen.“

Die Kraft, die Kunst aus sich heraus zu erzeugen, ist nicht vorhanden gewesen, die Kraft, die Kunst zu verstehen, ist vorhanden und dürfte sich wohl weiter entwickeln, sie wird durch das stetige Wachstum der Mitgliederzahl der Volksbühnenorganisationen dokumentiert. Man überschätze aber trotzdem nicht das geistige Niveau, wenn man liest, daß Ibsen der meistgespielteste Autor der Freien Volksbühne ist, oder daß Shakespeares „Wintermärchen“ in einer Saison zweiundzwanzigmal gegeben wurde. Man hüte sich davor, hierbei die Zahlen zu überschätzen. Die Wiederholungszahl einer Aufführung ist keine Wertziffer, die eine Schätzung auf das geistige Niveau zuläßt, da der Spielplan von der Vereinsleitung, die, solange kein eigenes Theater vorhanden ist, aus dem Repertoire wählen muß, aufgestellt wird und die Mitglieder durch die Einteilung in Abteilungen gezwungen sind, eine bestimmte Vorstellung zu besuchen.

Es ist eine verdienstvolle Aufgabe gewesen, dem Volke ein eigenes Theater zu schaffen; Goethe und Schiller hatten diese Notwendigkeit der Vorstellungen für das Volk bereits erkannt, und mit Freude können die beiden Freien Volksbühnen Berlins auf ihre 20jährige Tätigkeit zurückblicken. So ist zu hoffen, daß die Kunst dem Volke noch mehr zugänglich gemacht wird, daß aus unserem Volk ein künstlerisches Volk wird, daß das Theater jedem offen steht wie die Kirche, mit der es dann noch mehr gemeinsam hätte: die Suggestion von einer höheren, besseren und schöneren Welt.



## DR. MED. MAX MARCUSE: „BÜRGERLICHE“ UND „PROLETARISCHE“ SEXUALPROBLEME DER FRAU.



ENN man von der sozialen Schichtung unserer gegenwärtigen Gesellschaft spricht, so verdient der sogenannte Adel eine besondere Erwähnung nur von historischen Gesichtspunkten aus. Eine selbständige Kaste mit einer von der übrigen Bevölkerung unterschiedenen eigenen Lebensführung bildet er nicht mehr. Ähnlich ist der sogenannte „dritte Stand“, der Bauernstand, seiner früheren Bedeutung als einer eigenen Gesellschaftsklasse verlustig gegangen, seitdem sein „besitzender“ Teil mit dem früheren zweiten, der lohnarbeitende mit dem sogenannten „vierten“ Stande dieselben Grundbedingungen der Lebenshaltung teilt. So setzt sich, sozialökonomisch betrachtet, die heutige Gesellschaft nur aus zwei großen Teilen zusammen, die zwar nicht scharf voneinander ohne alle Übergangsformen abgegrenzt, aber doch prinzipiell voneinander verschieden sind, weil sie unter durchaus anderen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und psychologischen Bedingungen stehen: Bürgertum und Arbeiterschaft.

Ein Spiegelbild von der Verschiedenheit des äußeren und inneren Lebens dieser beiden Bevölkerungskomponenten geben die sexuellen Zustände, die bei ihnen herrschen und sich in beiden Lagern zu einer Krise verdichtet haben. Zu einer Krise, unter der hier wie dort zwar ganz und gar nicht allein, aber doch in unmittelbarster und darum — zum mindesten scheinbar — drückendster Weise das weibliche Geschlecht zu leiden hat, das ja gerade in Hinsicht auf seine geschlechtliche Organisation das schwächere genannt wird. So ist auch für die Verschiedenheit, ja Gegensätzlichkeit der „bürgerlichen“ und der „proletarischen“ Lebensbedingungen charakteristisch, wie anders dort, wie anders hier sich die sexuellen Probleme für die Frau gestaltet haben.

Für die Frau der bürgerlichen Gesellschaft lauten diese im wesentlichen so:

1. Wie gelange ich möglichst bald nach erfolgter Geschlechtsreife zur Ehe, um der Gefahr zu entgehen, eine „alte Jungfer“ zu werden.
2. Wie gelange ich zu einer wirtschaftlichen Selbständigkeit, die mir ermöglicht, die Ehe nicht als bloßes Versorgungsinstitut zu betrachten, so daß ich a) an der Gattenwahl mich aktiv beteiligen und mich bei dieser Wahl von körperlicher und geistig-seelischer Zuneigung bestimmen lassen kann, b) in der Ehe von dem Manne soweit ökonomisch unabhängig bleibe, daß ich nicht gezwungen bin, aus pekuniärer Not die Ehe mit ihm gegen meinen Wunsch und Willen fortzusetzen.

Ich meine also: für die Mädchen aus bürgerlichen Kreisen, insbesondere die sogenannten „höheren Töchter“ ist auch heute noch das am meisten erstrebte Ziel die Ehe an und für sich. Die Schwierigkeit, zu diesem Ziele zu gelangen, ist für sie nur zum kleinsten Teile durch den Überschuß des weiblichen Anteils der Bevölkerung über den männlichen bedingt; denn dieser Überschuß — im Deutschen Reiche rund 900 000 — ist im wesentlichen als ein Überschuß an Greisinnen statistisch erwiesen; in dem Lebensalter von 20—30 Jahren kommen auf 100 Männer nur 102 Frauen, also ein Verhältnis, das, zumal in allen Schichten wohl das gleiche, für die große



Zahl der nicht zur Ehe gelangenden Mädchen des Bürgertums nicht verantwortlich zu machen ist. Die Ursache ist vielmehr die Abneigung der Männer dieser Bevölkerungsklasse gegen die Ehe überhaupt: die soziologische Bedeutung der Familie ist für den Mann, der nicht nur seinen Erwerb außer dem Hause findet, sondern auch den geselligen Verkehr, seine Erholung, Anregung und Belehrung, ja schon eine nicht allzu große; nun sind die Männer der bürgerlichen Kreise aber auch der Psychologie der Familie entwachsen; und die inneren und äußeren Bedingungen des Junggesellenlebens sind für sie — ob tatsächlich oder vermeintlich, ist ohne Belang — so günstige, daß sie kein Verlangen nach der Ehe haben, diese im Gegenteil wie eine Gefahr meiden. Es sei denn, daß sie aus wirtschaftlicher Not — diesen Begriff nicht zu eng in dem Sinne der Proletarier als „Brothunger“ gefaßt! — oder aus Bedürfnis nach einem durch die Beschränktheit der eigenen Mittel ihnen versagten Luxus die Heirat erstreben; in diesem Falle ist für sie eine angemessene Mitgift Bedingung, die für die große Masse der bürgerlichen Mädchen unerfüllbar ist. Für diese ist daher die Aussicht, zur Ehe zu gelangen, außerordentlich gering, und die zwangsweise Ehelosigkeit ist unter ihnen weit verbreitet. Diejenigen, die aber doch heiraten, richtiger: geheiratet werden, gelangen erst in einem verhältnismäßig späten Lebensalter dazu. Es sind in Deutschland im Alter von 20—30 Jahren 42 1/2 % weibliche Personen verheiratet, 56 1/2 % ledig, 1 % verwitwet; also mehr als die Hälfte in diesem für die Ehe geschaffenen Alter ledig; und nicht sehr viel mehr als die Hälfte von diesen gelangt später noch zur Ehe, so daß in der Altersklasse von 30—50 noch immer 23 % ledig sind. Die überwältigende Mehrzahl von diesen gehört den bürgerlichen Kreisen an, und nur in diesen existiert die „alte Jungfer“.

Im strengeren Sinne des Wortes verstehen wir darunter einen anthropologisch gut charakterisierten Typus der Frau, der bedingt ist durch die Verkümmernng ihrer sexuellen Funktionen als Weib und ihrer sozialen Funktionen als Mitglied der menschlichen Gesellschaft. Nun ist freilich die Gefahr, durch die Nichterreichnng der Ehe von einer Ausnutzung ihrer rein menschlichen Fähigkeiten und Interessen im Dienste der Gesamtheit ausgeschlossen zu sein, für eine große Anzahl der bürgerlichen Frauen heute nicht mehr übermäßig groß; aber ihre natürliche, psychophysiologische Bestimmung vermögen selbst diese Mädchen außerhalb der Ehe nicht zu erfüllen, ohne ihre bürgerliche Existenz zu bedrohen oder gar zu vernichten. Der außereheliche Geschlechtsverkehr und die uneheliche Mutterschaft sind — ersterer oft, letztere immer — in gesundheitlicher, sittlicher und materieller Hinsicht eine ungeheure Gefahr für sie, der sie indessen aus sozialen und psychologischen Gründen gleichwohl häufig erliegen.

So ist also, wie gesagt, für die Mädchen der bürgerlichen Gesellschaft die Ehe als solche das wichtigste Ziel, solange nicht eine Umstimmung von Recht, Moral und Sitte in dem Sinne erfolgt, daß auch der ledigen Frau des Bürgertums die Möglichkeit offensteht, ihre sexuellen und erotischen Bedürfnisse ungefährdet zu erfüllen; ob dieses Ziel erreichbar und von sozialem Gesichtspunkte erstrebenswert ist, braucht in diesem Zusammenhange nicht erörtert zu werden; sicher jedenfalls würde dadurch zur Lösung der unmittelbaren sexuellen Probleme der bürgerlichen Frau Wesentliches beigetragen werden.

Erst in zweiter Reihe können die Mädchen der bürgerlichen Kreise daran denken, nicht den „ersten Besten“ zu nehmen, der um sie freit und



ihnen eine Versorgung bietet, sondern aus der passiven Rolle bei der Gattenwahl herauszutreten. Selbst „wählen“ — überdies nach anderen als materiellen Gesichtspunkten — kann nur diejenige, die über eine nicht zu kleine Mitgift verfügt; indessen lastet auf den feiner empfindenden unter diesen Bevorzugten auch ein Eheproblem, das in dem Worte von der „Tragik des reichen Mädchens“ seinen Ausdruck gefunden hat. Die große Masse muß in der Ehe in erster Reihe das Mittel zu ihrer Versorgung sehen. Die Maschine hat nicht nur die Volks-, sondern auch die Hauswirtschaft revolutioniert. Noch vor kaum mehr als einem halben Jahrhundert konnte ein Dutzend unverheirateter Töchter im Hause ihrer Eltern produktiv tätig sein; heute findet schon eine ledige Tochter im Haushalte keine Gelegenheit zu ökonomisch nutzbringender Arbeit. Und da die Anschauungen in den bürgerlichen Schichten sich der veränderten Ökonomie noch immer nicht angepaßt haben und die Erwerbstätigkeit der Mädchen außer dem Hause aus den verschiedensten Gründen vielfach sehr peinlich empfunden wird, besteht für die unverheiratete Frau des Bürgertums die Regel der Beruflosigkeit, solange der Verdienst des Vaters, allenfalls unter Mithilfe der Brüder, ausreicht, den weiblichen Teil der Familie mitzuversorgen. Diejenigen Mädchen aber, die der Not gehorchend oder dem Verlangen nach selbständigem Erwerbe folgend dennoch einen Beruf ergreifen, müssen am eigenen Leibe die Not- und Mißstände erfahren, die die Erwerbstätigkeit des Weibes wirtschaftlich so unfruchtbar machen. Weibliche Arbeit wird ungleich schlechter bezahlt als männliche. Die Gründe hierfür darzulegen, erübrigt sich; nur der eine von ihnen ist in diesem Zusammenhange von Wichtigkeit. Die Halbbildung der bürgerlichen Mädchen im allgemeinen und der Mangel einer speziellen Berufsbildung im besonderen zwingt sie, Arbeiten zu verrichten und Stellen anzunehmen, die schlecht honoriert werden; die Berufe der Frau sind nicht Lebensberufe, und ihre Erwerbstätigkeit wird von Staat und Gesellschaft, von den Arbeitgebern, den Eltern und den Mädchen selbst nur als eine Beschäftigung während der Übergangszeit bis zur Ehe gedacht. Sobald die Beamtin, die kaufmännische Angestellte, die in irgendeinem anderen bürgerlichen Berufe Tätige sich verheiratet und damit ihren eigentlichen „Lebensberuf“ findet, gibt sie ihren zeitweiligen „Nebenberuf“ auf; dieser hat ihr selbstverständlich niemals soviel eingetragen, daß von der Erwerbung einer wirtschaftlichen Selbständigkeit auch nur im entferntesten die Rede sein kann. Als verheiratete Frau der bürgerlichen Kreise weiter erwerbstätig zu sein, verbieten ihr in der Regel die Gestaltung des ehelichen und familiären Lebens, die Sitte und — die Arbeitgeber. Jedoch beweisen die vereinzelt verheirateten Lehrerinnen, die vielen verheirateten Bühnenkünstlerinnen, die Ehefrauen, die ein Putzatelier, eine Zuschneidestube o. ä. betreiben, die grundsätzliche Möglichkeit einer Vereinigung von Ehe und Beruf auch für die bürgerlichen Kreise. Aber auch in diesen Fällen pflegt entweder diese Vereinigung nur von kurzer Dauer oder auf der gewollten Kinderlosigkeit der Ehe aufgebaut zu sein; oder aber die Ehe ist überhaupt nur eine solche im formal-rechtlichen Sinne, wie bei vielen Schauspielerinnen und anderen Künstlerinnen, die eine Ehe- oder Familiengemeinschaft nicht führen. Die Hilfe, die die Ehefrau namentlich des geistigen Arbeiters ihrem Manne in dessen Beruf leisten kann und vielfach leistet, ist für diesen zwar oft von unschätzbarem Werte und erspart ihm fremde Arbeitskräfte; aber Ersparnis ist nicht Erwerb, und auch die hauswirtschaftliche Arbeit, für die Gelegenheit in gewissen Grenzen immer vorhanden ist, ist für die ökonomische Selbst-

ständigkeit der verheirateten Frau ohne Belang. Es bleibt im Bürgertum das Verhältnis bestehen, daß der Mann der Versorger, die Frau die Versorgte und diese damit von jenem in allen Lebenslagen ökonomisch abhängig ist.

So erweist sich schon das sexuelle Problem der bürgerlichen Frau im wesentlichen als ein wirtschaftliches Problem, das zugleich ein Erziehungsproblem in sich einschließt; die Frau der bürgerlichen Kreise muß das Recht und die Fähigkeit zu einer, der männlichen Arbeit gleichgewerteten Berufstätigkeit erlangen, die am ehesten auf den Gebieten möglich ist, auf denen sie nicht mit dem Manne zu konkurrieren braucht oder ihm aus natürlicher Begabung überlegen ist, so daß ihre körperliche Unterlegenheit gleichwohl ihre berufliche Leistung nicht herunterdrückt. Damit wird ihr die Eheschließung selbst erleichtert, eine eigene Gattenwahl ermöglicht, die materielle Unabhängigkeit von dem Manne für den Notfall gewahrt, d. h. für den Fall, daß sie entweder gar nicht zur Ehe gelangt oder eine bereits geschlossene Ehe nicht fortsetzen will. Ein Notfall bleibt dieses für die Frau immer; denn Geschlechtsverkehr und Mutterschaft sind für sie psychophysiologische Forderungen, deren Erfüllung aber auch außer der Ehe ihr erleichtert bzw. für sie gefahrloser gestaltet wird, wenn sie wirtschaftlich unabhängig ist und sich die Achtung der Gesellschaft als ein ökonomisch tüchtiges und nutzbringendes Mitglied erworben hat.

Wie anders liegen die Dinge in der Arbeiterschaft! Hier bestehen für die Mädchen, rechtzeitig zur Ehe zu gelangen, erhebliche Schwierigkeiten nicht. Wenn auch der Arbeiter, namentlich der gelernte und in gehobener Stellung befindliche, heute schon sehr wohl seine künftige Frau auch nach materiellen Gesichtspunkten sich auswählt, so ist doch in den proletarischen Kreisen das Institut der „Mitgiftehe“ im allgemeinen unbekannt. Deshalb ist die Mittellosigkeit der Proletarierin für sie kein Grund, „sitzen zu bleiben“; sie braucht nicht vermögend, sondern nur erwerbsfähig zu sein. Denn so wie es in bürgerlichen Kreisen Regel ist, daß nur der Mann der Verdienener ist, so gilt in der Arbeiterschaft der Mit-erwerb der Frau als selbstverständlich. Rund 1 Million Ehefrauen gehen einem besonderen Erwerbe nach, und von diesen sind über 800 000 Arbeiterinnen!

Für den Arbeiter ist die Ehe der naturgemäße Gesellschaftszustand; es ist für ihn billiger und angenehmer, zu heiraten, als in Schlafstellen und Kneipen zu hausen; und das Junggesellenleben des Proletariers hat wenig Reize. Auch gelangt der Arbeiter weit früher zu einem Erwerb, der eine seinen Gewohnheiten und Bedürfnissen angemessene Lebenshaltung gestattet, als es seinen bürgerlichen Geschlechtsgenossen vergönnt ist; insbesondere erreicht der Arbeiter das Maximum seiner Verdienstmöglichkeit sehr früh. Im Gegensatz zu den Männern der bürgerlichen Kreise ist dem Arbeiter die Heirat ein soziales und psychologisches Bedürfnis. Kurz: es hat für ihn keinen Sinn, nicht zu heiraten oder die Ehe auch nur ungebührlich hinauszuschieben; worauf sollte er warten? Nur die Erledigung seiner Militärpflicht verzögert die Eheschließung etwas. Während in Preußen das durchschnittliche Heiratsalter des Kaufmannes 30,5 und des Beamten gar 32,5 ist, geht z. B. der Fabrikarbeiter im Durchschnitt mit 27,7 Jahren die Ehe ein. Und proletarische „Hagestolze“ sind geradezu eine Rarität.

Aus diesen Gründen würde man unter den proletarischen Frauen auch vergebens nach der „alten Jungfer“ suchen; weder in biologischem noch in sozialem Sinne existiert sie hier. In biologischem Sinne deswegen nicht, weil auch der unverheirateten Proletarierin der Geschlechtsverkehr von der Sitte und Moral ihrer Kreise nicht verwehrt wird: er ist für sie im Gegenteil — man darf wohl sagen — eine Selbstverständlichkeit, und nur, wenn er zur Schwangerschaft führt, bedroht er ihre materielle und ideelle Existenz; und auch dieses in der Regel nur dann, wenn sie nicht nachträglich den Vater ihres Kindes heiratet und dieses damit legitimiert wird. Auch für die Verheleichung mit einem anderen Manne ist das uneheliche Kind hier häufig genug kein Hindernis. Dem Aberglauben, daß meistens die Männer der bürgerlichen Kreise die Schwängerer oder gar die ersten Verführer der Proletariermädchen seien, braucht an dieser Stelle nicht besonders entgegengetreten zu werden.

Aber auch ohne nachträgliche Verheiratung und Legitimation des Kindes durch die Ehe gefährdet die uneheliche Mutterschaft der Proletarierin ihre Stellung und ihr Ansehen innerhalb ihrer Klasse im allgemeinen solange nicht, als sie erwerbstätig bleibt und ihr Kind ernähren kann. Mit dem Augenblicke freilich, wo die Not einsetzt, oft hervorgerufen und gesteigert zugleich durch eigene oder des Kindes Krankheit, insbesondere durch die Folgen einer venerischen Infektion, pflegt sie der Verzeihung oder gar Billigung ihrer Familien- und Klassenangehörigen verlustig zu gehen, und über ihrem Haupte zieht sich eine ungeheure Gefahr zusammen — die spezifische Gefahr der Proletariermädchen, und nicht nur der unehelichen Mütter unter ihnen: die Gefahr, zur Prostituierten zu werden. Sämtliche Statistiken stimmen in der Feststellung der ganz enormen Beteiligung der Dienstmädchen und der Fabrikarbeiterinnen an der Prostitution überein; die übrigen proletarischen Berufe liefern ebenfalls ein großes Kontingent, während die Mädchen aus bürgerlichen Kreisen nur einen sehr geringen Prozentsatz stellen. Während für diese das wichtigste Sexualproblem lautet: wie schütze ich mich davor, eine „alte Jungfer“ zu werden?, heißt das Problem für die Mädchen des Proletariats: Wie rette ich mich davor, der Prostitution zugetrieben zu werden? — Auch die soziale „Altjungfernschaft“ droht dem Mädchen aus den Arbeiterkreisen nicht. Die wirtschaftliche Notwendigkeit zwingt es, unmittelbar nachdem es die Schule verlassen, einem Erwerbe nachzugehen, den es in der Großstadt in der Mehrzahl der Fälle durch Fabrikarbeit findet. Ob unverheiratet oder verheiratet, — die Proletarierin hat ihren Beruf, der selbstverständlich oft gesundheitliche und sittliche Gefahren für sie bringt, sie zu einem „Nebenverdienst“ auf der Straße wenigstens zeitweilig gradezu zwingt und sie geistig-seelisch auch nicht im geringsten fördert, aber ihr doch meist diejenige ökonomische Stellung gewährt, die ihr Unabhängigkeit und Achtung in ihren Kreisen sichert und eine Entwicklung zur „alten Jungfer“ auch in sozialer Hinsicht ausschließt.

So wenig in der Arbeiterschaft die ledige Tochter etwa von Vater und Brüdern mitversorgt wird, so wenig ist, wie schon erwähnt, in der Ehe der Mann der alleinige Ernährer und die Frau die Nur-Versorgte. In den proletarischen Schichten der Bevölkerung ist es — von den ökonomischen „Flitterwochen“ in manchen Fällen abgesehen — gang und gäbe, daß Mann und Frau erwerbstätig sind und gemeinsam den Haushalt bestreiten und die



Familie ernähren. Daher fällt für die Proletarierin das Verlangen nach wirtschaftlicher „Versorgung“ als Antrieb zur Heirat und ökonomische Abhängigkeit vom Manne als Grund für eheliche Zerwürfnisse und widerwillige Fortsetzung der Ehegemeinschaft im allgemeinen fort. Die Erfahrung lehrt im Gegenteil, daß massenhaft Proletarierfrauen, selbst wenn sie noch ein bis zwei Kinder zu ernähren haben, als Eheverlassene oder Geschiedene materiell günstiger gestellt sind als während des Bestandes der Ehegemeinschaft; denn die ökonomische und geistig-sittliche Not des Arbeiters treibt diesen in zahlreichen Fällen in die Arme des Alkoholteufels; damit aber ist der Grund zur Erwerbsunfähigkeit gelegt, und die Frau wird sehr bald aus der Miterwerberin die einzige Verdiennerin, die auch den Mann mit ernähren muß.

Aber auch, wenn weder Arbeitslosigkeit noch Krankheit den Verdienst des Mannes ausschaltet, dieser vielmehr redlich und erfolgreich seinem Gewerbe nachgeht, übersteigt in der Regel die Arbeitslast, die der Proletarier-Ehefrau obliegt, sehr bald ihre Kräfte. Es ist ja gerade ein wesentliches Merkmal des Proletariats, daß seine Arbeit ausschließlich der Gewinnung des Lebensunterhalts dient und nicht auf freier Wahl beruht; sie ist daher im allgemeinen schon nicht den sanitären Bedürfnissen des Mannes, noch viel weniger aber denen der Frau angepaßt, deren Gesundheit im Gegenteil durch die Intensität wie durch die Art ihrer Arbeit ständig bedroht und — bisweilen langsam, aber fast immer sicher — untergraben wird. Zumal zu der Arbeitsüberlastung in der Regel noch eine sexuelle Überbürdung hinzutritt. Für den armen Mann ist das einzige erschwingliche Vergnügen bekanntlich der Geschlechtsverkehr, zu dem überdies der Alkohol einen allzu häufigen und besonders verhängnisvollen Anreiz gibt. Andererseits lassen Unkenntnis, Mittellosigkeit und Unverstand nur erst ganz vereinzelt in die Arbeiterkreise Prohibitivmittel Eingang finden. So pflegen denn die Schwangerschaften der Frau so rasch aufeinander zu folgen, daß schon dadurch allein ihre Gesundheit in hohem Maße gefährdet wird. Die Angst vor dem Familienzuwachs, der die ohnehin große wirtschaftliche Bedrängnis noch verschlimmern müßte, die Furcht vor der drohenden Arbeitslosigkeit und nicht selten noch dazu Vorwürfe des Mannes drängen die Ärmste zur Fruchtabtreibung, über deren unübersehbare Verbreitung zwar in allen, aber vornehmlich doch in den proletarischen Kreisen der Bevölkerung hier ebenso wenig gesprochen zu werden braucht, wie über die ungeheure Gefahr, die sie für das Leben, die Gesundheit und — was hier am schwersten wiegt — für die Erwerbsfähigkeit der Arbeiterfrau bedingt, die den Eingriff ja unter der durch die Not erzwungenen Mißachtung aller hygienischen und medizinischen Forderungen vornimmt bzw. vornehmen läßt. Aber trotz der zahllosen Schwangerschaften, die — selbstverständlich nicht nur infolge willkürlicher Unterbrechung, sondern ebenso häufig unter dem zerstörenden Einflusse schlechter Ernährung und einer das fötale Leben vernichtenden Arbeitsmenge und -art (man denke nur an die große Masse der in der Tabakindustrie beschäftigten Proletarierinnen!) — zu Tod-, Früh- und Fehlgeburten führen, pflegt die Kinderzahl in den Arbeiterfamilien gleichwohl jedes vernünftige Maß zu überschreiten. Die Frauen bringen oft Jahr für Jahr ihr Kind zur Welt, zu dessen Aufziehen und Ernähren ihnen Kraft, Zeit und Mittel fehlen; sind doch zwischen den neugeborenen Kindern nicht geschonter Schwangerer und solchen, deren Mütter in den letzten Wochen vor der Geburt nicht mehr zu arbeiten brauchten,



Gewichtsunterschiede von 200 bis 490 g festgestellt! Diese Differenzen sind aber über Leben und Zukunft des Kindes entscheidende. Wirtschaftliches und sexuelles Elend schließen sich hier zu einem Ring, der die gequältesten aller Geschöpfe, die Arbeiterfrauen, erdrückt. Arbeits- und Geschlechtstiere sind sie — nichts weiter; dieses aber im Übermaß! — Und sollten Staat und Gesellschaft Grund zu der Ansicht haben und sich in ihrem Gedeihen dadurch mit Recht bedroht fühlen, daß die Frau der bürgerlichen Kreise — sei es mit, sei es wider Willen — im allgemeinen zu selten zur Mutterschaft gelangt, so trifft unzweifelhaft das Interesse der Gesamtheit und der Frau des Proletariats in dem Punkte zusammen, daß hier eine Einschränkung der Zahl der Schwangerschaften eine Notwendigkeit ist. Und das ist das eine sexuelle Problem der verheirateten Arbeiterfrau! Mit ihm in Wechselwirkung steht das andere, das so lautet: Wie ist der Arbeiterfrau die ungefährdete Erfüllung ihrer Pflichten und Aufgaben als Mutter, als (natürliche) Ernährerin und Erzieherin ihrer Kinder zu ermöglichen, wie ist sie vor einer Bedrohung ihrer Gesundheit, insbesondere ihrer Sexualorgane durch das Übermaß oder die Unzweckmäßigkeit der Arbeit zu schützen?

Es versteht sich von selbst, daß diese Probleme nur einen Teil der sozialen Frage darstellen. Und der Gegensatz, der auch hier wieder zwischen dem, was der bürgerlichen, und dem, was der proletarischen Ehefrau nottut, besteht, kommt zu deutlichem Ausdruck in den Unterschieden zwischen den Bestrebungen und Zielen der bürgerlichen und der proletarischen Frauenbewegung. Die bürgerliche Frauenbewegung trägt in der Tat einen speziell feministischen Charakter; die proletarische hingegen ist nur ein Stück der Arbeiterbewegung überhaupt. Während die bürgerliche Frau die Freiheit zur Arbeit verlangt, damit sie von dem Manne wirtschaftlich unabhängig bleibe und auch ohne Ehe oder in einer sie nicht befriedigenden Ehegemeinschaft durch die Ausfüllung eines Berufes ihrem Leben Inhalt verschaffen könne, verlangt die Arbeiterfrau Befreiung von ihrer Arbeitslast, damit sie ihre natürlichen Pflichten innerhalb der Familie, insbesondere als Mutter zu erfüllen vermag.

Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß die vorstehenden Ausführungen die sexuellen Probleme der Frau und ihre Verschiedenheit und Gegensätzlichkeit im Bürgertum und im Proletariat nur markieren wollten. Auch die Richtung, in der der Weg zu ihrer Lösung gelegen scheint, sollte und konnte im Rahmen dieses Artikels nur flüchtig angedeutet werden. Das Hauptgewicht wurde dabei mit Vorbedacht auf die wirtschaftlichen Momente gelegt. Daß aber mit der Reformierung der sozial-ökonomischen Zustände eine Versittlichung der Menschen einhergehen muß, versteht sich von selbst; aber nur, wenn von diesen die Notdurft des Tages nicht mehr entbehrt zu werden braucht, wird solches Ziel mit Erfolg zu erstreben sein.



## MARGARETHE VON GOTTBERG, STUTTGART: ZUR FRAGE DES INTERNATIONALEN ARBEITS- NACHWEISES.



S ist eine charakteristische Erscheinung unserer Zeit, daß alle sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bestrebungen einer bestimmten Richtung zutreiben, und zwar der Organisation sowie der Zentralisation, die in letzter Linie zum Internationalismus führen. Zweifellos ist der Internationalismus den meisten noch unbewußt schon heute der Grundgedanke aller Taten und Bestrebungen, der mit Macht und Konsequenz eine Verbrüderung der Rassen anstrebt auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse, die für diese ausgesprochene Tendenz die treibenden Kräfte sind und schließlich zur Interessengemeinschaft der Völker führen müssen. Überblickt man die schon bestehenden internationalen Einrichtungen sowie die internationalen Handlungen überhaupt, seien sie staatlicher oder privater Natur, so kann man mit Recht erstaunt sein über die Ausdehnung, welche dieselben in den letzten Jahrzehnten angenommen haben. Es ist dabei interessant, festzustellen, wie häufig kleine Ursachen und zumeist Bestrebungen ganz lokaler Natur sich in dieser Größe und Ausdehnung auswachsen konnten. So mag es zuerst auch merkwürdig erscheinen, die Binnenwanderung des Deutschen Reiches in Beziehung zum Internationalismus zu setzen. Doch tragen vielleicht die folgenden Zeilen dazu bei, hierfür klärend und erläuternd zu wirken.

Trotzdem heute wohl jedermann weiß, daß das Deutsche Reich im Zeichen der Binnenwanderung steht und diese Tatsache gewissermaßen zum geflügelten Wort geworden ist, übersieht man im allgemeinen die Ausdehnung und Bedeutung dieser für unser wirtschaftliches Leben sehr beachtenswerten Erscheinung. Die Ursache für diese Binnenwanderung ist in der fortschreitenden Industrialisierung des Reiches zu suchen, und da wir in Preußen hauptsächlich drei Industriezentren, das rheinisch-westfälische, das brandenburgische mit Berlin und das ober-schlesische aufzuweisen haben, so ergiebt sich eine bedeutende Menschenmenge vom platten Lande in diese Industriezentren mit den damit verknüpften Großstädten und führt so auf der einen Seite zur Entvölkerung und anderenorts zur unausbleiblichen Übervölkerung, mit der stets Beschäftigungslosigkeit verbunden ist. Der Sinn unserer Zeit steht nach der Großstadt. Die höheren Löhne, die sozialen und hygienischen Einrichtungen, aber auch die Vergnügungen, die größere Unabhängigkeit, sowie die Kürze der Arbeitszeit, die die Großstadt bietet, sind hierfür ausschlaggebend. Das Landleben ist für den Menschen von heute zu einförmig, er braucht Anregung und Abwechslung. Diese Neigung wird unterstützt durch den Faktor, daß die Industrie ungezählte Arbeitskräfte in sich aufnehmen kann und dieselben das ganze Jahr über beschäftigt, während der ländliche Arbeiter im Winter eine andere Beschäftigung suchen muß, was zur Abwanderung führt, wenn nicht in der Nähe Forstungen oder Fabriken sind, die hemmend auf die Abwanderung einwirken. Um dies zu bekräftigen, entnehme ich einem Bericht Bisinger Fabrikanten und Behörden folgende beachtenswerte Stelle: „Wie die Textilindustrie — hier gilt dies namentlich von der Korsettindustrie — laut der Anerkennung der badischen Fabrikinspektion es fertiggebracht hat, das bei Ebingen liegende Heuberg-plateau vor Entvölkerung zu schützen, so hat auch die namentlich auf Frauen-

arbeit angewiesene hiesige Industrie es erreicht, die Bevölkerung seßhaft an der heimatlichen Scholle zu halten, die infolge der natürlichen Beschaffenheit des Bodens stets überflüssig werdenden Arbeitskräfte nach ihrer Befähigung dauernd zu beschäftigen. Wir kennen hier nichts von Landflucht.“ Und weiter heißt es: „Es ist hier manch kleine selbständige Existenz zu verzeichnen, die ohne Industrie nicht möglich wäre. Es ist kaum zu viel behauptet, wenn man sagt, daß die Textilindustrie und die Korsettindustrie mindestens ein Viertel der in der Umgegend von Hechingen-Ebingen heute lebenden Einwohner an ihrer Heimaterde festgehalten hat.“

Da nun der Osten des Reiches mit Ausnahme eines Teils von Oberschlesien noch eine rein landwirtschaftliche Bevölkerung aufweist, während die großen Industriezentren im Westen liegen, so ist es klar, daß die Abwanderung von Osten nach Westen stattfindet. Es haben in den Jahren 1895 bis 1900 die Provinzen Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau rund 371 000, die Provinz Brandenburg mit Berlin rund 234 000 Personen durch Zuwanderung, in der großen Hauptsache aus den östlichen Provinzen aufgenommen, während eben diese östlichen Provinzen, also Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien und Pommern in der gleichen Zeit einen Verlust von 473 000 Personen durch Abwanderung aufzuweisen hatten. In den Landkreisen gegenüber den Stadtkreisen ist für die Jahre 1895/1905 in Preußen ein Bevölkerungsverlust von etwas über 1,8 Mill. Personen festgestellt worden. Es stammen von der oberschlesischen Industriebevölkerung 96% aus dem Regierungsbezirk Oppeln, aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet nur etwa 83% und aus dem brandenburgischen Industriegebiet mit Berlin nur 61% der Industriebevölkerung. Dagegen gibt die Großstadt an das Land fast keine Menschen ab; so wurden 1905 nur 2,2% geborene preußische Großstädter auf dem Lande ermittelt. Gegenüber diesen Ziffern der Binnenwanderung kommen heute die Zahlen der Auswanderung in fremde Staatsgebiete kaum in Betracht. Dieselbe betrug noch 1891: 120 000 und 1908 nur 19 900 Personen und erreichte somit in diesem Jahre ihren niedrigsten Stand. Für diesen Rückgang der Auswanderung ist die Aufnahmefähigkeit der Industrie an Arbeitskräften bezeichnend. So belief sich die Belegschaft im rheinisch-westfälischen Bergbau 1850 auf 13 000, 1870 auf 51 100, 1890 auf 128 000, 1900 auf 227 000 und 1908 auf 335 000 Arbeitskräfte. Eine ähnliche Vermehrung der Arbeitskräfte läßt sich in allen Industriezweigen nachweisen.

Durch die stete Abwanderung vom Osten nach dem Westen stellte sich einerseits ein Arbeitermangel in der Landwirtschaft ein und andererseits, trotzdem die Industrie eine derartige Aufnahmefähigkeit bewiesen hatte, trat, veranlaßt durch die ungeheure Abwanderung eine Übervölkerung der Industriezentren und Großstädte ein, die in Gestalt der Arbeitslosigkeit eine neue Erscheinung zeitigte, welche ihrerseits zu neuen Verwicklungen in unserem Wirtschaftsleben führte und heute unbedingt neue soziale Einrichtungen fordert. Wenn diese Erscheinung der Arbeitslosigkeit durch den Arbeitermangel einer-, den Arbeiterüberfluß andererseits hervorgerufen worden ist, so ist auch ersichtlich, daß neben dem Zug nach der Stadt noch andere Beweggründe vorhanden sein müssen, um ein derartiges Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage in einzelnen Gegenden herbeizuführen, besonders da an der Aufnahmefähigkeit der Industrie nicht gezweifelt werden kann. Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß der deutsche Arbeiter, seitdem er in der Gewerkschaftsbewegung steht, wenig geneigt ist, dem Ar-



beitgeber auch nur das geringste Entgegenkommen zu zeigen, so ist Überarbeitszeit auch in dem dringendsten Fall nicht von ihm zu erlangen. Er stellt sich hiermit in schärfsten Gegensatz zu seinen englischen Kollegen, die sog. Arbeiterkapitäne eingesetzt haben, deren Aufgabe es ist, genau abzuwägen, wieweit die Forderungen der Arbeiterschaft gehen dürfen, ohne mit diesen schädigend auf die Industrie einzuwirken. Den deutschen Arbeiter läßt dies unbekümmert, er bringt der Schlagfertigkeit der eigenen Industrie gegenüber der Konkurrenz fremder Staaten absolut kein Interesse und kein Verständnis entgegen. Aus diesem Grunde bezieht nicht nur die Landwirtschaft ihre fehlenden Arbeitskräfte, sondern auch die Industrie die willigen Arbeitskräfte vom Auslande. Ferner ist der deutsche Arbeiter nicht mehr geneigt, jede Arbeit zu verrichten. So können zu Erdarbeiten, Kanal-, Fort- und Eisenbahnbauten, zum Chaussee- und Tiefbau hauptsächlich nur ausländische Arbeitskräfte verwendet werden. Und so kommt es, daß das Deutsche Reich seit 1895 ein Einwanderungsland geworden ist, welches heute neben den eigenen Arbeitskräften noch 1 Million Ausländer, davon in der preußischen Industrie 471 000 und in der preußischen Landwirtschaft 309 000, beschäftigt. Doch noch ein anderer Grund führt zu den hohen Ziffern der Arbeitslosigkeit. Derselbe ist in der Arbeitsvermittlung, die auf einer sehr mangelhaften Organisation des Arbeitsmarktes beruht, zu suchen. Man unterscheidet in der Regel drei Gruppen von Arbeitsvermittlung, nämlich Arbeitsnachweisorganisationen, die ausschließlich von Nichtinteressenten geleitet werden, hierzu gehören die gewerbsmäßigen Stellenvermittler, die nur auf ihren Vorteil bedacht sind und die wir in der Landwirtschaft finden, sowie die gemeinnützigen fürsorglichen Arbeitsnachweise. Die ersteren haben durch Eigennutz schreiende Mißstände herbeigeführt und die letzteren sind teils zu primitiv, um eine erfolgreiche Tätigkeit aufweisen zu können. Die zweite Gruppe sind die Arbeitsnachweisorganisationen, die lediglich in Händen von Interessenten liegen und dementsprechend sehr einseitig bei der Vermittlung vorgehen. Als dritte Gruppe sind die von Nichtinteressenten gemeinsam mit Interessenten eingerichteten Vermittlungen, zu denen die paritätischen kommunalen oder kommunal-unterstützt Arbeitsnachweise gehören, aufzuführen. Doch es geht schon aus ihrem Namen hervor, daß sie nur lokaler Natur sind. ebenso wie die einzelnen Industrien keinen Austausch ihrer Arbeitskräfte haben. Infolgedessen kann es vorkommen, daß an einem Ort wegen Arbeiterüberfluß Notstandsarbeiten eingerichtet werden, während vielleicht zwei Stunden davon Arbeitermangel herrscht. Bei dieser mangelhaften Organisation, die sich nur in den engsten Grenzen bewegt, kann es daher nicht verwundern, wenn im Jahre 1908, wo wieder über große Arbeitslosigkeit geklagt wurde, allein die landwirtschaftlichen Betriebe noch 50 000 ausländische Arbeiter mehr als im Jahre vorher einstellen mußten. Es ist dies um so beachtenswerter, zumal die ungelernten Industriearbeiter aus der Landwirtschaft stammen. In Pommern wurden 1900: 9500, 1905: 19 000 und 1907: 27 100 ausländische Arbeiter beschäftigt. In Elsaß-Lothringen fallen sogar auf eine Bevölkerung von 1,8 Mill. Köpfen nicht weniger als 83 000 Ausländer (!).

Aus der starken Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte erwachsen aber noch weitere Nachteile für unsere Arbeiterschaft. Einerseits wird dieselbe noch in ihren „Eigenheiten“ wie der Landflucht, ihrer schroffen Stellung dem Arbeitgeber gegenüber, sowie in ihrer Abneigung gegen gewisse Arbeiten, die, wenn man Hunger hat, nicht unterschätzt werden dürften, unterstützt,

andererseits drücken die ausländischen Arbeiter zweifellos die Löhne und somit die Lebenshaltung herab. Auch macht sich das niedrige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Niveau, auf dem der ausländische Arbeiter meistens steht, unangenehm bemerkbar, durch sie wird auch eine außergewöhnliche Steigerung der Unfallverletzten herbeigeführt, ferner spielt der Kontraktbruch eine wichtige Rolle, der dem Arbeitgeber oft große Nachteile bringt. Außerdem gerät unser wirtschaftliches Leben durch starke Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte in Abhängigkeit von den innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnissen ausländischer Staaten. Es hat sich dies zur Genüge bei dem russisch-japanischen Kriege gezeigt, wo unerwartet die russischen Polen ausblieben. Ferner liegt es nahe und ist mit einiger Bestimmtheit zu erwarten, daß in den Staaten, die uns bisher Arbeitskräfte abtraten, ein Aufschwung der Industrie stattfindet, so daß dieselben dann naturgemäß nicht mehr in der Lage wären, Arbeitskräfte abzugeben.

Bei den Nachteilen und Mißverhältnissen, die sich in unserem heutigen Wirtschaftsleben ergeben, ist es klar, daß man einer sozialen Lösung dieser verschiedenen Probleme zustrebt, und so ist zunächst eine Arbeitslosenversicherung mit Arbeitszwang ins Auge gefaßt worden. In Dänemark ist die gesetzliche Arbeitslosenversicherung eingeführt, in der Schweiz und in England hat man mit den ersten diesbezüglichen Versuchen gute Erfolge erzielt und es ist nur zu wünschen, daß auch unsere Gesetzgebung sich bald mit dieser Aufgabe befaßt. Eine Arbeitslosenversicherung ist jedoch rationell nicht ohne Arbeitszwang durchzuführen und hierzu bedarf es einer Arbeitsnachweisorganisation, die aus dem bisherigen engen Rahmen heraustritt und in eine vollkommene Zentralisation des Arbeitsmarktes ausläuft. Was bisher an Arbeitsnachweisorganisationen bestanden hat, genügt nicht im entferntesten mehr den Anforderungen, die ein derartig verwickeltes System mit Recht beanspruchen kann. Mag sich der Ausbau einer derartigen Organisation gestalten, wie er will, eines muß dabei vor allen Dingen bedacht werden, daß sich dieselbe auf einem bedeutend höheren Niveau als das bisher Bestehende aufbauen muß, wenn sie den an sie gestellten Ansprüchen voll und ganz genügen soll. Dazu gehört aber mehr als eine einfache Vermittlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es gilt die gegenseitigen Ansprüche zu prüfen und in Einklang zu setzen. Es muß das Können des Arbeitnehmers einer-, die Anforderungen des Arbeitgebers an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter andererseits eingehend geprüft und darnach eine entsprechende Verteilung der Arbeitskräfte vorgenommen werden. Nur auf diese Weise ist es möglich, allen Teilen gleichermaßen gerecht werden zu können. Aus diesem Verfahren geht schon hervor, daß dieses ganze Arbeitsgebiet nur von durchaus durchgebildeten Menschen oder Fachleuten besorgt werden kann. Arbeitslosenversicherung mit Arbeitszwang und Arbeitsnachweisorganisation vereint werden beträchtlich zu einer Reduzierung der hohen Arbeitslosenziffer beitragen.

Daneben muß aber auch die Landflucht der Bevölkerung noch energischer bekämpft werden. Die innere Kolonisation durch die Ansiedlungskommission in Posen und Westpreußen hat schon viel Gutes geleistet, doch ist der Arbeitermangel nicht im geringsten behoben. Doch noch mit anderen Mitteln versucht man der Landflucht hemmend entgegenzutreten, und zwar durch Erleichterung des landwirtschaftlichen Examens; man versucht weiter beim Militär, die vom Lande kommenden Rekruten der Landwirtschaft zu erhalten, man veranstaltet Vorträge, um die Landbevölkerung über die Über-

völkerung der Industriezentren und Großstädte aufzuklären. Doch auch dies bisher mit wenig Erfolg. Man gewinnt den Eindruck, daß der deutsche Arbeiter in den letzten Jahrzehnten zu einer kulturellen Stufe emporgestiegen ist, die ihn der Landwirtschaft immer mehr entfremdet und ihn unaufhaltsam vorwärts und in die Industrie drängt, wo seine höheren Ansprüche an Arbeit und Lebenshaltung eher befriedigt werden können.

Es zeigt sich hierin eine interessante Erscheinung. Es kommen für den Arbeiter Zeiten, wo er über das ursprüngliche Arbeitsgebiet seines Landes hinauswächst, höheren Zielen entgegen. Die natürliche Folge davon ist, wie uns die Geschichte an unzähligen Beispielen lehrt, daß die eigenen Landesgrenzen für diese höhere Tätigkeit zu eng werden und eine Überflutung anderer Völker stattfindet. Natürlich äußert sich heutzutage eine derartige Erscheinung nicht in dieser elementaren Gewalt, dafür tritt teilweise Übervölkerung ein, und die soziale Gesetzgebung muß alles tun, um derartigen Übelständen entgegenzuwirken. Doch auch die soziale Gesetzgebung wird den Gang der Dinge nicht aufhalten können, der zweifellos auf eine Veränderung einzelner Arbeitsgebiete hinzielt, und zwar nicht in den engen Grenzen eines einzigen Landes, sondern wir gehen einem internationalen Austausch der Arbeitskräfte entgegen. So zeigt sich in den letzten Jahren, daß die deutsche Binnenwanderung nicht mehr innerhalb der Reichsgrenzen vor sich geht, sondern bedeutende Arbeitermassen über die Grenze Belgiens und Hollands, ja sogar auch Frankreichs treten. In den beiden ersteren Ländern hat man es sogar für notwendig befunden, diese auffallende Erscheinung im Parlament zur Sprache zu bringen.

Über die Binnenwanderung äußerte sich der Abgeordnete Hobrecht seinerzeit im Landtage mit Recht dahin, daß wir diesen Dingen viel zu nahe stünden, um ihre ganze Tragweite und Bedeutung in ihrem vollen Umfange ermessen zu können. Die Wanderbewegung, die in den letzten Jahrzehnten die Bevölkerung ergriffen habe, sei viel größer gewesen, als in den stärksten Phasen der sog. Völkerbewegung. Man geht also, wie wir eben gesehen haben, von einer falschen Voraussetzung aus, wollte man annehmen, daß sich die Binnenwanderung des Deutschen Reiches, die noch längst nicht ihren Abschluß gefunden hat, innerhalb eines verhältnismäßig kleinen Landstückes regulieren ließe. Dazu kommt noch, daß andere Staaten, wenn sie auch keine eigentliche Binnenwanderung aufzuweisen haben, einen teils sehr hohen Prozentsatz zur Auswanderung in fremde Staatsgebiete liefern. Es findet also eine fortwährende Verschiebung statt, die von Jahr zu Jahr an Umfang gewinnt. Es gilt daher, um folgeschwere Verwicklungen zu vermeiden, diese Wanderungen in sichere Bahnen zu lenken. Da das Motiv für die Ein- und Auswanderung sowie die Binnenwanderung lediglich in dem Bedürfnis nach besserer Arbeit oder überhaupt nach Arbeit zu suchen ist, so versteht es sich von selbst, auch hier den Hebel zu einer Regulierung anzusetzen und, wie schon oben erwähnt, einen internationalen Austausch der Arbeitskräfte einzuleiten.

Die lokale Arbeitsvermittlung hat fast völlig versagt, so daß man dem Gedanken einer Zentralisation derselben im Reichsgebiet nahegetreten ist. Es wäre nur folgerichtig, wenn man auf dieser Zentralisation eine internationale Arbeitsnachweisorganisation aufbauen würde, schon aus dem Grunde, daß tatsächlich die Veranlagung der Völker durchaus verschieden ist und man durch eine gegenseitige Ergänzung ihrer Fähigkeiten das gesamte volkswirtschaftliche Bild einheitlicher gestalten könnte. Die Leistungsfähigkeit der



Rassen liegt auf ganz verschiedenen Gebieten, auch ist sie mehr oder weniger entwicklungsfähig, so daß wir heute neben industriellen Staatsgebieten noch Länder mit rein landwirtschaftlicher Bevölkerung finden. Man unterscheidet zwischen genügsamen Arbeitern wie den Chinesen und Italienern, die dementsprechend ihre Arbeitskraft billiger verkaufen können, und zwischen den anspruchsvolleren Arbeitern, zu denen man im allgemeinen die Industriearbeiter rechnen kann, die aber auch zugleich auf einer höheren Kulturstufe stehen. Findet eine internationale Zentralisation des Arbeitsmarktes statt, so dürfte es nicht schwer fallen, die geeignetsten Arbeitskräfte, deren man bedarf, zu erlangen, ohne daß lokale Störungen dieses Verfahren beeinflussen können.

Wenn Australien sich durch Gesetze gegen eine bestimmte Art ausländischer Arbeiter zu schützen suchte, damit der eigenen Arbeiterschaft aus der Einwanderung keine Nachteile erwachsen, so fragt sich nur, wie lange es dieses Verfahren mit Erfolg durchführen kann, ohne daß seine Volkswirtschaft darunter leidet. Im Deutschen Reich und in manchem anderen Lande ist man jedoch auf die Einwanderung angewiesen. Um unsere Landwirtschaft wäre es traurig bestellt, wenn sie nicht mit den ausländischen Arbeitskräften rechnen könnte, obwohl sie vorläufig auch durch die starke Heranziehung der Frau zur landwirtschaftlichen Arbeit bisher noch ein weiteres Hilfsmittel hatte. Den eventuellen Nachteilen, die aus einer Einwanderung erwachsen durch das niedrige kulturelle Niveau der jeweiligen Arbeitskräfte, kann durch dementsprechende Einwanderungsgesetze begegnet werden und dies um so eher, je fester man mit der Möglichkeit einer Einwanderung rechnet. Die Vereinigten Staaten geben uns hier ein treffliches Vorbild mit ihren nur für ausländische Arbeitskräfte geschaffenen sog. Arbeitsdörfern. Wir finden hier eine Zusammenziehung der ausländischen arbeitenden Elemente, seien es nun Italiener, Polen oder Kroaten.

Tatsächlich beginnt sich schon heute in kleinem Maßstabe und in den sogen. freien Berufsarten das anzubahnen, was später Allgemeingut werden müßte, nämlich ein internationaler Austausch der Arbeitskräfte. So findet zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reiche ein Austausch von Gelehrten beider Staaten statt, zu dem Zweck, der befreundeten Nation über die wissenschaftlichen Fortschritte zu dozieren. Wir hören ferner von einem Schüleraustausch zwischen Frankreich und Deutschland, um eine gegenseitige freundliche Gesinnung der beiden Nationen herbeizuführen. Nach Japan wurde ein deutscher Gelehrter berufen, um den Ausbau des dortigen Kaiserl. Statistischen Amtes vorzunehmen. Von der Goltz-Pascha unterweist die Türken in der modernen Kriegsführung usw.

Es sind dies zweifellos die kleinen Ansätze zu einer großen Bewegung, man muß dieselbe nur in ihrer ganzen Größe verstehen lernen.

Und welche Vorteile ein internationaler Austausch auch sonst noch bringt, liegt klar auf der Hand, indem er der Verbrüderung der Rassen vorarbeitet und ein immer festeres und unlösbareres Band durch die innerlichen Beziehungen und gemeinsamen Interessen um die Völker schlingt, bis schließlich der Internationalismus überhaupt triumphiert.



## DR. M. NACHIMSON: DIE AGRARPOLITIK STOLYPINS UND DIE ARBEITERBEWEGUNG.



EWÖHNlich wird die neueste Agrarpolitik der russischen Regierung hauptsächlich vom Standpunkte der Bauerninteressen betrachtet. Die gewaltsame Auflösung der Dorfgemeinde (bei der Aufrechterhaltung der rechtlichen und politischen Sonderstellung des Bauernstandes) bedeutet zweifellos dort, wo dies verwirklicht wird, eine Schädigung der Interessen der Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung. Die Regierung hat sich auch bald veranlaßt gesehen, mit der zwangsweisen Auflösung der Dorfgemeinden vorsichtig umzugehen. Diese „Reform“ bot aber noch eine Kehrseite, die von den „Reformatoren“ ganz übersehen wird und am wenigsten erwünscht ist, die aber keineswegs von geringer Bedeutung für die weitere Entwicklung Rußlands und speziell der russischen Arbeiterbewegung in der Stadt wie auf dem platten Lande ist.

Es ist eine längst bekannte Tatsache, daß die russische Industriearbeiterschaft zum großen Teil noch das Band nicht gelöst hat, das sie mit dem Mir (Dorfgemeinde) verbindet. So konstatierten die russischen Fabrikinspektoren, daß in den Jahren 1886—93 ungefähr 30 % der städtischen Arbeiter im Sommer die Fabriken verlassen, um sich mit Landarbeit zu beschäftigen. Einige kleine Betriebe stehen sogar im Sommer aus diesem Grunde still. Noch 1900 konstatierte man in Petersburg bei einer Volkszählung, daß 15,4—34 % aller Arbeiter im Sommer aufs Land zurückkehren. Ein noch viel größerer Prozentsatz der Arbeiter sendete nach dem Heimatdorfe Geld, nämlich 52 %; — und 69,4 % aller Petersburger Arbeiter besaßen einen Landanteil\*)!

Welche Bedeutung dieser Landanteil für den städtischen Arbeiter hat, der jahraus und jahrein in der Fabrik arbeiten muß, ist ohne weiteres klar. Da der Bauer seinen Landanteil nicht veräußern konnte, so war er **g e z w u n g e n**, die darauf beruhenden öffentlichen Lasten zu tragen. Und diese waren keineswegs gering! Daher auch die auffallende Erscheinung, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft, der mit dem platten Lande überhaupt nichts mehr zu tun hat, immer noch Geld ins Dorf sendet. „35 Jahre hintereinander“, sagt darüber Masslow, „sendet zum Beispiel ein Arbeiter 23 Rubel jährlich nach Hause, um sich das Recht auf seinen Nadjel zu erhalten. Und dabei ist die Parzelle, um derentwillen er sich viele Bedürfnisse und hauptsächlich die kulturellen, als die am wenigsten notwendigen, versagt, nicht einmal den zehnten Teil dessen wert, was er auf sie zahlen mußte. Das abgesandte Geld hätte vollständig genügt, um eine ansehnliche Altersrente zu erzielen.“

Das trifft gewiß zu. Aber solange der Arbeiter nolens volens Geld ins Dorf sendet, hat er nichts mehr übrig, um noch Vereinsbeiträge zu zahlen. Davon abgesehen, solange der Arbeiter in die Fabrik oder nach der Stadt ging, um Geld zu verdienen und um dann seinen Acker besser bestellen zu können, oder solange er überhaupt hoffte, im Dorfe eine Ruhestätte zu finden, wird er vielleicht einen Streik mitmachen, aber keinen Groschen in eine Vereinskasse zahlen. Der Arbeiter muß sich gänzlich auf seine Tätigkeit als Arbeiter angewiesen sehen, um nicht nur einen zeitweiligen, sondern einen ununterbrochenen Kampf um bessere Arbeitsbedingungen zu führen und zu diesem

\*) P. Masslow, Agrarfrage in Rußland 1907, S. 175 ff.

Zwecke Gewerkschaften zu bilden. Und in der Tat sehen wir, daß die Gewerkschaftsbeiträge in dem Maße regelmäßiger in die Kassen fließen, wie sich die Arbeiter von dem Bande befreien, das sie mit ihrem „Nadjel“ (Landanteil) verbunden hat. Diese städtischen Arbeiter sind es hauptsächlich, die sich beeilen, ihren Landanteil loszuwerden.

Die Regierung sieht diese Bewegung sehr scheel an. Es ist deshalb noch nicht ausgeschlossen, daß der Reichsrat eine entsprechende Änderung in das betreffende Gesetz eintragen wird, um das wirtschaftliche Joch des platten Landes noch aufrechtzuerhalten. So wollte auch der Vertreter der Regierung in der Duma, daß die „Nadjelländereien“ (also die, welche die Bauern 1861 erhalten haben) nicht veräußert werden sollen.

Auch für die ländlichen Arbeiter, die, an die Scholle gefesselt, den Großgrundbesitzern ausgeliefert waren, wird die Loslösung davon eine Befreiung bedeuten. Gewiß wird zuerst die Armee der Proletarier riesig anwachsen und die ohnehin geringen Löhne noch herabdrücken. Aber dies ist dennoch nur eine zeitweilige Erscheinung. Die rechtliche Gleichstellung des bäuerlichen Grundbesitzes ist somit eine unerläßliche Bedingung seiner persönlichen Befreiung.

Das Institut des „Nadjelanteils“ ist keineswegs mit den Rentengütern oder mit den Heimstätten in Westeuropa zu vergleichen \*). Ohne die Bedeutung dieser letzteren Einrichtungen hier zu erörtern, ist vor allem darauf hinzuweisen, daß die Fesselung des russischen ländlichen Arbeiters an die Scholle ihn unter die administrative Gewalt des Adels (Senski-Natschalniks) bringt.

Der russische Arbeiter bleibt so lange unfrei, solange er „Grundbesitzer“ ist. Denn das ganze Staatsgebäude ist noch immer auf dem Grundbesitz aufgebaut, und der administrative und Steuerdruck ist auf dem platten Lande doppelt so stark als in den Städten. Für den ländlichen Arbeiter ist somit allein die rechtliche und wirtschaftliche Möglichkeit, nach der Stadt zu ziehen, von großer Bedeutung.

Allerdings sucht die Regierung die rechtliche Sonderstellung aller Bauern, der bäuerlichen Tagelöhner sowohl als auch der bäuerlichen Großgrundbesitzer, aufrechtzuerhalten. Es ist aber klar, daß, indem sie durch Zerstörung der Gemeinde die Grundlage des mittelalterlichen ständischen Rechtes untergräbt, den rechtlichen Überbau nicht lange wird erhalten können: früher oder später muß er stürzen, wie ein Haus, dessen Fundament unhaltbar geworden ist.

Die anhaltend hohen Getreidepreise, die die Einführung von technisch höher stehenden Betrieben befördern, beschleunigen auch den Differenzierungsprozeß unter den Bauern. Die kleinen Grundbesitzer können leichter ihr „Los“ los werden, finden auch Arbeit als Tagelöhner, tragen also keine Bedenken, „reine Proletarier“ zu werden.

So wird sich über kurz oder lang die Physiognomie der russischen ländlichen und städtischen Arbeiterschaft bedeutend ändern, und der reine Arbeiterkampf wird dadurch erleichtert.

---

\*) Es wird hier nicht die rechtliche, sondern bloß die wirtschaftliche Seite dieser Frage berührt. Mit diesen Ausführungen soll überhaupt nur auf die Tendenzen der weiteren Entwicklung hingewiesen, keineswegs aber die Politik der Regierung irgendwie gerechtfertigt werden.





## G. BENOIT-LEVI, PARIS: DIE „NATIONAL CIVIC FEDERATION“.

**D**IESER einflußreiche Verband amerikanischer Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde auf Anregung des Präsidenten Roosevelt vor einigen Jahren begründet und hatte sich zur Aufgabe gestellt, seine guten Dienste zur Vermittlung von Streitfällen anzubieten, sooft die Unternehmer oder Arbeiter einer Industrie ihn darum angehen wollten.

Der Verband setzt sich aus Delegierten der Gewerkvereine, der Arbeitgeber und des Publikums zusammen, und gerade auf dieser Dreiheit beruht sein Erfolg. Eine oftmals bestätigte Erfahrung lehrt, daß kaum je ein Streik in großen, die Öffentlichkeit berührenden Industriezweigen zum Ziele geführt hat, dem nicht die Sympathie des Publikums gehörte, wie andererseits die Unterstützung der öffentlichen Meinung für jede Streikbewegung von größtem Werte ist. Im Schoße der Vereinigung nun werfen die Vertreter des Publikums ihr Gewicht immer auf jene Seite, die die Interessen sozialer Gerechtigkeit und allgemeiner Wohlfahrt zu vertreten scheint, und ungerne nur lehnen sich die Vertreter der Streikenden gegen das Votum der Vertreter des Gesamtwillens auf, schon deshalb, weil sie dann im Streikfalle die öffentliche Meinung, die sich vorwiegend auf das Urteil ihrer Experten, die eben in der National Civic Federation ihre Stimme abgeben, stützt, gegen sich hätten.

Der Verband wird geleitet von August Behnont, dem Direktor der New Yorker Untergrundbahn, vom Handelsminister Strauss und Mr. Vreeland und, auf der Seite der Arbeiter, von den Leitern der beiden großen Gewerkschaftskommissionen John Mitchell und S. Gompers. Unter den anderen Mitgliedern des Vorstandes seien der frühere Präsident der Republik Cleveland, Carnegie, Prof. Seligmann, als Vertreter der öffentlichen Meinung, die Großindustriellen Samuel Gompers und John Mitchell als Vertreter der Industrie sowohl als auch der Arbeiterschaft genannt.

In den ersten Jahren nach ihrer Gründung beschränkte sich die National Civic Federation auf Anbahnung von Vergleichsverhandlungen in Streikfällen. Zunächst gelang es ihr, einen großen Streik in dem Gartenstädtchen Dayton beizulegen, was ihr Ansehen wesentlich hob. Das Vergleichsabkommen sei hier als typisches Argument vermerkt. Auf Grund eines Vertrages, der zu New York am 4. März unterzeichnet wurde und zwar zwischen der N. Casher Register Cie., durch den Präsidenten John Patterson vertreten, der American Federation of Labour, vertreten durch ihren Präsidenten M. Samuel Gompers und den Gewerkvereinen der Metallarbeiter, Kupferschmiede usw. wurden alle Streitfälle, die zwischen der genannten Industriefirma und den nachgenannten Gewerkvereinen bestanden, beigelegt. Der Streik ist damit beendet.

Die National Civic Federation ging aber über dieses ursprüngliche Arbeitsfeld hinaus; sie trat an das Studium des Auswandererproblems, der Rechtsfähigkeit der Gewerkvereine heran und begünstigte alle karitativen und gemeinnützigen Unternehmungen. Insbesondere verdient eine Stiftung: „Soziale Wohlfahrt“, an deren Spitze Fräulein Gertrude Boeks steht, hervorgehoben zu werden. Sie hat den Zweck, allgemeine Enqueten über mögliche Verbesserung der Lohn- und Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft anzustellen; ihre Nützlichkeit wurde auch von der Bundesregierung anerkannt, indem dieselbe sich an die Stiftung um Entsendung von Delegierten zu den am Baue des Panamakanals beschäftigten Arbeitern wandte.

Merkwürdig ist auch die Methode, welche die National Civic Federation zur Erreichung ihrer Ziele gewählt hat. Sie veranstaltet Bankette, gesellige Abendzusammenkünfte und lädt zu ihnen Vertreter der verschiedensten politischen und sozialen Richtungen ein; so lernen dieselben sich wechselseitig verstehen, schätzen und in höflicher Weise die Interessefragen besprechen.

Besonders sind es dann natürlich Unternehmungen philanthropischer Art, entrückt der eigentlichen Sphäre der Gegensätze und Interessenkämpfe, bezüglich deren sich eine Einigung der Stände zu gemeinschaftlichem aktiven Vorgehen erzielen läßt. So wurde kürzlich von den Arbeitervertretern einer bestimmten Industriegruppe vorgebracht, wie sehr solche unter den ungünstigen sanitären Verhältnissen der Arbeiter leide, wie sehr die Tuberkulose unter den Mitgliedern zunehme. Die Unternehmervvertreter der Industrie willigten sofort darein, eine eingehende Enquete zu veranstalten; und wirklich wurde auf diese Anregung hin eine solche Änderung der Arbeit durchgeführt, daß die Tuberkulose zurückging.

Auch dort jedoch, wo es bereits zu einem Kampfe der Parteien gekommen ist, greift die National Civic Federation häufig erfolgreich ein, so im letzten Frühling anläßlich eines Tramwaystreikes in Tetroy, unweit von New York. Der frühere Bürgermeister Leth Low berichtet darüber in einer der letzten Sitzungen der N. C. F.: „Im vergangenen Frühling wurde ich in meinem Landhause Westchester unweit New York ans Telephon gerufen, ein Bankier aus Philadelphia, der mich anrief, erklärte mir, daß er eine Straßenbahngesellschaft vertrete, deren Angestellte mit Streik drohten, er bat, ich möge mich mit dem Sekretär der Gewerkschaft, der in Detroit an der nordischen Grenze der Vereinigten Staaten wohne, Herrn Makuon, in Verbindung setzen, um als Vorstand der C. F. eine Einigung zu versuchen. Ich telephonierte sofort an das Hauptbureau nach New York, und 15 Minuten nachher wurde nach Detroit eine Depesche mit folgendem Inhalt abgesandt:

„Wir hören zu unserm Bedauern, daß ein Streik auszubrechen droht, wartet, bis National Civic Federation eine Einigung gesucht hat, wir hoffen eine Einigung herbeiführen zu können.“ Einige Stunden nachher kam aus Tetroy die Depesche: „Sie können unbesorgt sein, kein Streik wird veranstaltet werden, bevor die N. C. F. Zeit gehabt, die Sachlage zu studieren.“ Der Streik brach nicht aus, die Schiedsvorschläge der N. C. F. wurden von beiden Seiten angenommen. Eine telephonische Mitteilung, ein Depeschenwechsel und das moralische Ansehen der N. C. F. hatten hingereicht, um viele zwecklose Opfer auf beiden Seiten vermeidlich zu machen.



## DR. OTTO MELTZING, BERLIN: RÜCKBLICK AUF DAS SOZIALE VERSICHERUNGSWESEN IN DEUTSCHLAND, ÖSTERREICH UND DER SCHWEIZ IM JAHRE 1909.



AS Jahr 1909 war für das soziale Versicherungswesen eine Zeit der Reformen, starker Weiterentwicklung und zahlreicher Neuschaffungen. Von den umfassenden Reformwerken ist in erster Linie der deutsche Entwurf einer Reichsversicherungsordnung zu nennen. In ihr werden, ähnlich wie in dem etwas früher veröffentlichten

österreichischen Sozialversicherungsgesetzentwurf, die bisher erschienenen Arbeiterversicherungsgesetze zu einem einheitlichen Ganzen zusammengefaßt. Gleichzeitig wird das bestehende soziale Versicherungswerk an vielen Stellen einer Erweiterung und einem Ausbau unterzogen. Der Gesetzentwurf wurde in der Öffentlichkeit lebhaft erörtert. Die Kritik der verschiedenen Versicherungsträger, der Arbeitgeber- und der Versichertenkreise ebenso wie diejenige der Ärzte und anderer Interessenten, lautete durchweg ungünstig. Der Bundesrat, der sich eingehend mit der Vorlage beschäftigte, änderte sie in einer Reihe von Punkten ab. Die so umgeformte Bundesratsvorlage ist unlängst dem Reichstag zugestellt worden.

Vielfach war die Krankenversicherung Gegenstand gesetzgeberischen Wirkens in den einzelnen Staaten. In der Schweiz schloß die Kommission des Ständerats für die Vorberatung des Gesetzentwurfes über die Kranken- und Unfallversicherung ihren Bericht ab und führte damit die Vorarbeiten zur Verwirklichung dieses Gesetzes zu Ende. In Bosnien und der Herzegowina wurde eine den besonderen Verhältnissen dieser Landesteile angepaßte Krankenversicherung in Anlehnung an die entsprechenden österreichischen Gesetze ins Leben gerufen.

Häufiger noch beschäftigte man sich in den einzelnen Ländern mit der Alters- und Invalidenversicherung. In einer Konferenz der schweizerischen Kantone zwecks Stellungnahme zu diesem Problem beschlossen diese, die Altersversicherung von den Kantonen aus durchzuführen, sich hierbei aber über die Hauptpunkte der neuen Versicherung zu verständigen, so daß in den verschiedenen Kantonen möglichst einheitliche Verhältnisse auf dem Gebiete der Alters- und Invalidenversicherung entstünden. Außerdem wollte man sogleich mit der Bereitstellung finanzieller Mittel für diese Versicherung beginnen. Entsprechend diesem Beschluß stellte der Kantonsrat in Zürich aus dem Überschuß der Staatsrechnung für 1907 eine halbe Million Franken als Fonds für die kantonale Alters- und Invalidenversicherung zurück.

Mancherlei Neues hatte das Jahr 1909 auf dem Gebiete der Unfallversicherung im Gefolge. In Bayern versuchte man eine Gemeindeunfallversicherung auf dem Lande zu organisieren. Da selbständige Bauern zurzeit der Krankenversicherung nicht unterliegen, sondern nur unfallversicherungspflichtig sind, die Unfallversicherung aber erst von der vierzehnten Woche nach dem Versicherungsfall an für ihre Versicherten eintritt, gehen sie in den ersten 13 Wochen leer aus. Diese Lücke soll die Gemeindeunfallversicherung ausfüllen. Sie entschädigt hauswirtschaftliche und Betriebsunfälle bis zur Dauer von 90 Tagen.

In Preußen wurde nach langen Verhandlungen zwischen dem Reichsamt des Innern und der preußischen Regierung die Vorarbeit zu einem besonderen Unfallversicherungsgesetz für die Beamten in Preußen beendet, so daß der gesetzlichen Regelung dieser Materie keine Schwierigkeiten mehr im Wege stehen, nachdem der vollständige Entwurf eines Reichsunfallfürsorgegesetzes fertiggestellt ist.

In Österreich wurde das Gesetz betr. die Unfall- und Krankenversicherung der Arbeiter durch eine Novelle in gewissen Punkten geändert. Sie hält die unfallversicherungspflichtigen industriellen Unternehmer zur Führung von Lohnlisten an und regelt die Verjährungsfristen für die Entrichtung der Beiträge neu.

Gemäß der Bestimmung des § 1 des österreichischen Sozialversicherungsgesetzes sollte die Versicherung der Seeleute in einem besonderen Gesetz



durchgeführt werden. Dasselbe wurde von der Regierung ausgearbeitet und im Entwürfe dem Arbeits- und Industriebeirat sowie den in Frage kommenden Handelskammern zur Begutachtung übermittelt. Das neue Gesetz versichert die Seeleute, die bisher außerhalb jeden Versicherungsschutzes standen, gegen Krankheit, Alter, Unfall und Invalidität.

Den Gegenstand mannigfacher Erörterungen bildete im Jahre 1909 die Arbeitslosenversicherung. Die badische Regierung sprach sich in einer Denkschrift zur Arbeitslosenversicherung rückhaltlos für das Genter System aus. Zwecks Beratung der von ihr in der Denkschrift niedergelegten Grundsätze berief sie eine Konferenz von Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Kommunen nach Karlsruhe. Die Delegierten der Handelskammern und der Arbeitgeberverbände verhielten sich den Regierungsplänen gegenüber durchaus ablehnend. Die Vertreter der Landwirtschaft waren mit der Arbeitslosenversicherung einverstanden, wenn die Kosten dieser Versicherung von den Städten getragen würden. Die Handwerkskammern sprachen sich teils für, teils gegen die neue Versicherung aus. Die Oberbürgermeister der Städte Mannheim und Karlsruhe wollten von einer Befolgung des von der Stadt Straßburg hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung gegebenen Beispiels nichts wissen. Die Arbeitsnachweisverbände gaben die Anregung zum gesetzlichen Ausbau der paritätischen Arbeitsnachweise.

Auch die bayerische Regierung arbeitete Grundsätze für eine Arbeitslosenversicherung an Hand von Vorschlägen aus, die ein mit der Behandlung dieser Materie betrauter Ausschuß aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter, der Regierung, des Landtages und verschiedener Städte der Regierung unterbreitet hatte. Der Ausschuß hatte eine Arbeitslosenversicherung auf der Grundlage des Genter Systems befürwortet und empfohlen, gleichzeitig für die nichtorganisierten Arbeiter eigene Kassen in den Gemeinden zu errichten.

In Hessen-Darmstadt wies in der Ersten Kammer anläßlich einer Interpellation über die Arbeitslosenversicherung der Minister des Innern darauf hin, daß man es noch offen lassen müsse, ob das Genter System zu empfehlen resp. welchem System ein Vorzug zuzugestehen sei. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liege den Städten ob, da das Reich zurzeit nicht in der Lage sei, die Lasten einer Arbeitslosenversicherung zu tragen.

Auf dem im Juni vergangenen Jahres zu Passau abgehaltenen 10. bayerischen Städtetag wurde zur Arbeitslosenversicherung der Vorschlag gemacht, eine dem Berner System nachgebildete gemeindliche Arbeitslosenversicherung in die Wege zu leiten. In Berlin beschloß die gemischte Deputation, die Gemeindebehörden zu ersuchen, 300 000 Mark für die Arbeitslosen in Berlin zu bewilligen. In Erlangen stellte der Magistrat zur Unterstützung arbeitsloser gelernter Arbeiter, die sich infolge ihres Berufes und ihrer körperlichen Beschaffenheit zu den üblichen Notstandsarbeiten nicht eignen, für das Jahr 1909 einen Betrag bereit. In München schlug die mit der Ausarbeitung einer Arbeitslosenversicherung betraute Kommission vor, jedem Arbeiter, der mindestens acht Tage arbeitslos ist, gewisse Geldunterstützungen zu gewähren. Der Magistrat der Stadt Düsseldorf beschloß zur Arbeitslosenversicherung den Erlaß eines Reichsgesetzes zu betreiben, das den Gemeinden das Recht zur Einrichtung kommunaler Arbeitslosenversicherungskassen mit Beitrittszwang verleiht.

Von anderen neuen Versicherungsplänen, die im verstrichenen Jahre erörtert wurden, sind die Mutterschafts- und die Privatbeamtenversicherung zu nennen. Für die Angliederung der Mutterschaftsversicherung an die

Krankenversicherung gelegentlich der bevorstehenden Reform der gesamten Sozialversicherung in Deutschland trat der Bund für Mutterschutz in einer an den Reichstag gerichteten Petition ein. Zum ersten Mal verwirklicht wurde diese Versicherung in Deutschland durch die Eröffnung einer Mutterschaftskasse in Baden, die mit Unterstützung der badischen Landesversicherungsanstalt und des Karlsruher Stadtrats in Karlsruhe begründet wurde. Die auf Schaffung einer staatlichen Privatbeamtenversicherung gerichteten Pläne wurden insbesondere vom Hauptausschuß für die staatliche Pensionsversicherung der Privatbeamten im Berichtsjahre weiter verfolgt. In einer auf dem in Kassel abgehaltenen Vertretertag gefaßten Resolution richtete er an den Bundesrat die dringende Bitte, zugleich mit der Reichsversicherungsordnung eine Gesetzesvorlage über die staatliche Pensions- und Hinterbliebenenversicherung aller Privatangestellten dem Reichstag zu unterbreiten.



## DR. MED. ALFONS FISCHER, KARLSRUHE: DER AUSBAU DER WÖCHNERINNENFÜRSORGE.



ÄHREND fast alle Kulturstaaten den Wöchnerinnen s c h u t z , d. h. das Arbeitsverbot für die jungen Mütter innerhalb einer bestimmten, sich unmittelbar an die Niederkunft anschließenden Zeit, gesetzlich geregelt haben, besteht vorläufig nur in Deutschland und in Österreich eine Versicherungsgesetzgebung, mittels welcher die Wöchnerinnen für die Dauer der ihnen vom Gesetz vorgeschriebenen Arbeitsenthaltung eine Entschädigung, auf die sie einen Rechtsanspruch haben, erhalten. Aber selbst die deutsche wie auch die österreichische Mutterschaftsversicherung enthalten viele und empfindliche Lücken. Darüber besteht auch bei den Regierungen keine Unklarheit; und so sehen wir, daß die gegenwärtig sowohl das deutsche wie das österreichische Parlament beschäftigten Entwürfe zu der jeweiligen Neugestaltung der sozialen Versicherungsgesetze wichtige Änderungen vorschlagen. Wenn man die in jedem der beiden Gesetzesvorschläge enthaltenen Verbesserungen summieren würde, und diese Summe dann jedem der beiden Entwürfe einverleibt werden könnte, so käme ein einigermaßen zufriedenstellendes Gesetz zustande. In Deutschland will man nämlich die D a u e r , während welcher Unterstützungen an versicherte Wöchnerinnen zu zahlen sind, von sechs auf acht Wochen verlängern. Aber die H ö h e des Wöchnerinnengeldes soll, ungerechtfertigterweise, auch in Zukunft so niedrig bemessen bleiben wie bisher; d. h. es dürfen im günstigsten Falle nur drei Viertel des Tagelohnes als Unterstützung gewährt werden. Der österreichische Entwurf enthält den entgegengesetzten Fehler: Hier wird zwar beabsichtigt, den v o l l e n Ersatz der Lohneinbuße zu bieten; aber diese Unterstützung soll den Wöchnerinnen nur v i e r Wochen zuteil werden. — Und beiden Gesetzesvorschlägen ist vor allem der Mangel gemeinsam, daß sich der Versicherungskreis, soweit es sich um einen Versicherungsz w a n g handelt, nur auf die Lohnarbeiterinnen erstreckt, während eine obligatorische Wöchnerinnenfürsorge für viele sonstige bedürftige junge Mütter, vor allem für die nach Millionen zählenden, nicht versicherungspflichtigen Ehefrauen von Arbeitern und von diesen sozial gleichgestellten

Männern fehlt. — Bei solchem Sachverhalt ist es ein Gebot der Pflicht für jene Vereinsorganisationen, die sich die Gesunderhaltung von Mutter und Kind zur Aufgabe gemacht haben, mit Verbesserungsvorschlägen an die Parlamente heranzutreten. Und in der Tat ist in der letzten Zeit bekannt geworden, daß bereits eine ganze Reihe in Betracht kommender Vereinigungen Petitionen an den deutschen Reichstag gerichtet haben oder vorbereiten.

Zunächst hörte man davon, daß der „Deutsche Bund für Mutterschutz“ eine außerordentliche Tagung veranstalten wird, auf der das Thema: „Die Mütter in der deutschen Reichsversicherungsordnung“ auf der Tagesordnung stehen soll. Staats- und Kommunalbehörden, Vereine und Einzelpersonen aus ganz Deutschland sollen zur Teilnahme aufgefordert werden. Man kann nun freilich jetzt noch nicht wissen, wie der „Bund“ seine Forderungen fixieren wird. Indessen, es läßt sich vermuten, daß er im wesentlichen an seinen hochgespannten, an sich zwar berechtigten und vom Standpunkte des Hygienikers aus auch durchaus zu billigenden, aber unter den gegebenen Zuständen unerfüllbaren Ansprüchen festhalten wird. In dieser meiner Annahme werde ich unter anderem dadurch bestärkt, daß auch in der soeben durch die Tageszeitungen bekannt gewordenen Petition des Vereins „Mutterschutz München“, der, meines Wissens, zwar nicht zum „Bunde für Mutterschutz“ gehört, aber hinsichtlich der Mutterschaftsversicherungsforderungen auf dessen Boden steht, die alten Wünsche jener Organisation wiederholt werden, obwohl deren Erfüllbarkeit mit aller Schärfe von der Petitionskommission des Reichstages in Abrede gestellt wurde. Es ist eben zurzeit unmöglich, die Unterstützungsdauer auf zwölf Wochen auszudehnen; und es ist gegenwärtig ebensowenig erreichbar, eine obligatorische Wöchnerinnenversicherung für die weiblichen Familienmitglieder der Versicherten einzuführen. Selbst die vom Verein „Mutterschutz München“ (und auch früher schon vom „Bund für Mutterschutz“) gestellte Forderung einer Stillprämie von 25 M. dürfte in das Bereich der Unmöglichkeiten gehören. Denn dieser Betrag würde eine erhebliche Belastung der Kassen bedeuten, und andererseits wird zurzeit wohl schwerlich bei den deutschen gesetzgebenden Körperschaften Verständnis und Neigung bestehen, gesetzliche Bestimmungen zugunsten der stillenden Mütter\*) einzuführen. Meines Wissens macht gegenwärtig kein Staat die Stilltätigkeit zum Gegenstand der Gesetzgebung, mit Ausnahme von Norwegen, wo geplant ist, daß den unehelichen Müttern, die stillen, eine angemessene Unterstützung seitens des Kindesvaters während der Dauer von neun Monaten gewährt werden soll.

Während nun die beiden genannten Vereinigungen mit ihren Forderungen über das Ziel des Erreichbaren hinauschießen, bleibt eine andere

\*) Anmerkung bei der Korrektur: In der inzwischen dem Reichstage zugegangenen Bundesrats-Vorlage betreffend die Neuregelung der Reichsversicherungsgesetzgebung wird allerdings § 213 bestimmt, daß an Wöchnerinnen, solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe der halben Krankengelder bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft zugebilligt werden kann. In der Begründung des Gesetzentwurfes wird zum § 213 angeführt, daß für Krankenkassen, die sich in günstiger Vermögenslage befinden, die vielfach erwünschte Möglichkeit geschaffen werden soll, sich auf dem wichtigen Gebiete der Säuglingsfürsorge in zweckmäßiger Weise zu betätigen. — Die gute Absicht, die in der Bundesratsvorlage hiermit zum Ausdruck gelangt, verdient volle Anerkennung, wenngleich mit fakultativen Bestimmungen gewöhnlich wenig erreicht wird.



bedeutende Organisation, die „großherzoglich-hessische Zentrale für Säuglings- und Mutterschutz in Hessen“, mit ihrer Petition zu weit zurück. Dieser Verein, dem die höchsten Staatsbeamten Hessens angehören und, der die Protektion des Landesfürsten genießt, fordert bezüglich der Dauer und Höhe der Wöchnerinnenunterstützungen nur soviel, wie in dem Regierungsentwurf\*) vorgesehen ist. Darum ist nun freilich der Wert der Petition nicht gering anzuschlagen. Denn der Regierungsentwurf enthält ja zweifellos einige Verbesserungen gegenüber dem jetzt gültigen Gesetz, und es finden sich bei den gesetzgebenden Faktoren Stimmen genug, die gegenüber den auf den Fortschritt gerichteten Absichten der Reichsregierung die Bremse angewandt wissen wollen. Da ist es immer gut, wenn aus den Organisationen, die sich aus Angehörigen aller Bevölkerungskreise zusammensetzen, bekundet wird, daß man Vorschläge, wie sie in dem Regierungsentwurf enthalten sind, verwirklicht zu sehen wünscht. In einem Punkte geht überdies die Eingabe der hessischen Zentrale für Säuglings- und Mutterschutz über die Bestimmungen des Gesetzentwurfes hinaus. Es wird nämlich verlangt, „daß ein Stillgeld in Höhe des Krankengeldes, das neben dem Wöchnerinnengeld bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft an Wöchnerinnen der bezeichneten Art zu zahlen ist, so lange sie ihre Neugeborenen stillen. Der Betrag des Stillgeldes ist entsprechend zu kürzen, wenn Wochengeld und Stillgeld zusammen den Betrag des Grundlohnes überschreiten“. Also, die stillende Mutter, aber nur diese, soll auf die Dauer von zwölf Wochen den vollen Ersatz für die Lohneinbuße erhalten. Dieser Forderung gegenüber wird nun aber wieder das schon erwähnte Bedenken\*\*) geäußert werden müssen, daß es schwerlich gelingen dürfte, von Gesetzes wegen zwischen stillenden und nichtstillenden Müttern zu unterscheiden. Die jener Forderung der hessischen Zentrale zugrunde liegende Absicht, die Stilltätigkeit zu fördern, ist gewiß gut zu heißen. Indessen, es ist hierbei vorzugsweise an den Schutz der Säuglinge gedacht worden, während man das Interesse der Mütter weniger berücksichtigt hat; denn es ist sonst schlechterdings nicht zu verstehen, warum die Frauen, die aus irgendeinem der nicht wenigen Gründe am Stillen behindert sind (man denke an Totgeburten, an Tod der Säuglinge während der ersten Lebensstage, u. a. m.) mit dem zu gering bemessenen Wöchnerinnengeld, das der Regierungsentwurf auch jetzt noch vorsieht, abgespeist werden sollen. Die Wöchnerinnenfürsorge ist für die Gesunderhaltung der Mütter zum mindesten ebenso notwendig, wie für die Hygiene der Säuglinge; daher ist den jungen Müttern, ohne Unterschied, ob sie ihre Säuglinge stillen können oder nicht, eine ungekürzte Entschädigung dafür zu leisten, daß sie dem Arbeiterschutzgesetz entsprechend acht Wochen lang nach der Niederkunft der Lohnarbeit ferngehalten werden. — Hinsichtlich der Wöchnerinnenunterstützungen an die nicht versicherungspflichtigen Ehefrauen der Versicherten begnügt sich die hessische Zentrale für Säuglings- und Mutterschutz mit der im Regierungsentwurf vorgesehenen Bestimmung, wonach eine solche Wochenhilfe gewährt werden kann. Wir werden weiter unten noch ausführen, daß einer solchen Befugnis in der Praxis nur sehr wenig Bedeutung zugesprochen werden kann.

\*) Der Regierungsentwurf ist inzwischen, nach Beratungen im Bundesrat, geändert worden, z. B. bezüglich der genannten Bestimmung über die Gewährung von Stillgeld.

\*\*) Anmerkung bei der Korrektur: Dies Bedenken kann ich jetzt, nachdem die Bundesrats-Vorlage erschienen ist, nicht mehr im vollen Umfange aufrecht erhalten.

In der Mitte nun zwischen den zu hohen und den zu niedrigen Ansprüchen — als Maßstab gelten die Aussichten auf die Erfüllbarkeit unter den gegebenen Zuständen — stehen die Forderungen, die in der Petition der Propagandagesellschaft für Mutterschaftsversicherung, Hauptsitz Karlsruhe, dargelegt werden. Die Bestrebungen dieser Gesellschaft habe ich in Nr. 7 des II. Jahrgangs der „Dokumente des Fortschritts“ geschildert: es wird einerseits auf die gesetzliche Regelung einer wirkungsvollen und umfassenden Mutterschaftsversicherung hingearbeitet, andererseits gelangt zur Ergänzung der staatlichen Maßnahmen das Mittel der Selbsthilfe, in Gestalt der von der Propagandagesellschaft gegründeten und zu gründenden Mutterschaftskassen, zur Anwendung. In Karlsruhe wurde die erste deutsche Mutterschaftskasse am 1. Juli 1909 eröffnet; in Bälde werden auch in Heidelberg\*) und Baden-Baden — in diesen beiden Städten bestehen bereits starke Ortsgruppen der Karlsruher Propagandagesellschaft — solche Kassen vorhanden sein, und in vielen anderen deutschen Städten werden entsprechende Wohlfahrtsinstitute nach dem Karlsruher Vorbild geplant. — Gemäß ihrem Ziel und in Erwägung der in dem Regierungsentwurf enthaltenen Lücken einerseits sowie der gegebenen wirtschaftlichen und politischen Zustände andererseits stellt die Propagandagesellschaft folgende Forderungen auf:

1. Den dem Krankenversicherungsgesetz unterstellten Wöchnerinnen ist für die Dauer von acht Wochen, darunter wenigstens für sechs Wochen nach der Niederkunft, ein Wöchnerinnengeld in Höhe des vollen Tagelohnes zu gewähren.

2. In Ergänzung der durch das Krankenversicherungsgesetz den versicherten Wöchnerinnen gewährleisteten Wöchnerinnenfürsorge ist reichsgesetzlich zu bestimmen, daß staatlich genehmigte, auf Selbsthilfe beruhende Mutterschaftskassen, die vorwiegend für nicht versicherungspflichtige Personen geschaffen wurden, aus Reichsmitteln finanziell zu unterstützen sind.

In der Begründung zu dem ersten dieser Vorschläge wird hervorgehoben, daß die im Regierungsentwurf vorgesehene, auf höchstens drei Viertel des Tagelohnes festgesetzte Höhe des Wöchnerinnengeldes unzureichend sei und daher die junge Mutter veranlasse, früher als es für die Gesunderhaltung ihres eigenen Körpers sowie des kindlichen Organismus vom Standpunkte des Hygienikers aus erlaubt ist, die Arbeit wieder aufzunehmen, um den vollen Tagelohn, den sie nicht entbehren kann, zu verdienen. Der Gesetzgeber habe die Unterstützungen im Krankheitsfalle auf höchstens drei Viertel des Tagelohnes bemessen, vorzugsweise, um der sonst zu erwartenden Simulation vorzubeugen. Eine solche Befürchtung käme naturgemäß beim Wochenbett nicht in Betracht. Mithin liege kein zureichender Grund vor, das Wöchnerinnengeld nur in Höhe des Krankengeldes zu gewähren. Andererseits gebiete die Rücksicht auf den durch das Wochenbett im Interesse der Mutter wie des Kindes entstehenden Aufwand, daß der Wöchnerin, wenn anders sie nicht notleiden soll, wenigstens der volle Ersatz für den durch den gesetzlichen Wöchnerinnenschutz verursachten Lohnausfall geleistet wird.

Der zweite Teil der Petition wird folgendermaßen begründet: die Ursachen, aus welchen Bestimmungen über die Wöchnerinnenfürsorge für v e r -

\*) Die Heidelberger Mutterschaftskasse ist inzwischen schon eröffnet worden.

sicherte Wöchnerinnen im Krankenversicherungsgesetz für erforderlich erachtet werden, treffen im wesentlichen auch für jene große Zahl von bedürftigen Frauen zu, für die es eine Zwangsversicherung nicht gibt und mit Rücksicht auf die erheblichen Kosten für absehbare Zeiten wohl auch nicht geben wird. Freilich werden die Geldunterstützungen für die nicht erwerbstätigen Wöchnerinnen aus den Kreisen der Ehefrauen von Arbeitern, unteren Beamten, Handwerkern, kleineren Landwirten, Kaufleuten u. a. m. nicht einen solchen Umfang beanspruchen müssen, wie bei denjenigen Frauen, welche selbst Lohnarbeit verrichten; denn bei jenen ist nicht die Einbuße des Geldverdienstes zu ersetzen. Es handelt sich im wesentlichen vielmehr nur darum, einen Ersatz für die Arbeitskraft im Haushalt zu beschaffen und die durch die Niederkunft verursachten ungewöhnlichen Kosten außerdem decken zu helfen. — Die Reichsregierung hat die Zweckmäßigkeit einer Wöchnerinnenfürsorge für die in Rede stehenden jungen Mütter dadurch anerkannt, daß nach dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung in Zukunft den Krankenkassen die bis jetzt fehlende Befugnis erteilt werden soll, Wöchnerinnenunterstützungen an Ehefrauen von Kassenmitgliedern zu gewähren. — Der Kreis der bedürftigen Frauen, die, wenn der Entwurf Gesetz wird, in Zukunft auf Wöchnerinnenunterstützung rechnen könnten, wäre damit freilich wesentlich erweitert; aber immerhin würde noch für weite Schichten der weiblichen Bevölkerung jegliche Wöchnerinnenfürsorge fehlen. Es ist jedoch anzunehmen, daß selbst die Krankenkassen, die zu der in Rede stehenden Wöchnerinnenfürsorge-Maßnahmen nach dem Gesetz befugt sein würden, nur in den seltensten Fällen finanziell in der Lage sein werden, von jener Befugnis Gebrauch zu machen. Vor allem aber ist zu erwarten, daß in der Regel die Kassenvorstandsmitglieder aus den Reihen der Arbeitgeber gegen die Einführung einer mit hohen Kosten verbundenen Maßregel stimmen werden, zu der sie gesetzlich nicht verpflichtet sind. In der Praxis wird sich daher schwerlich eine Mehrheit im Kassenvorstande finden, die sich für die Wöchnerinnenunterstützung an nicht versicherte Ehefrauen von Kassenmitgliedern erklärt; und es ist anzunehmen, daß, selbst wenn sich eine Mehrheit fände, die Aufsichtsbehörde einem solchen Beschluß im Hinblick auf den Widerstand der Arbeitgeber die Genehmigung versagen würde. Erfahrungen, die in dieser Hinsicht bei der Ortskrankenkasse Karlsruhe gemacht wurden, bestätigen diese Annahmen vollauf. Hierbei muß noch beachtet werden, daß zurzeit die Arbeitgeber nur ein Drittel der Stimmen im Krankenkassenvorstande besitzen, während sie, wenn der Regierungsentwurf Gesetz wird, in Zukunft über die Hälfte der Stimmen verfügen werden. Aus diesen Darlegungen ergibt sich, daß die durch die Krankenkassen einzuführende Wöchnerinnenfürsorge für nicht versicherte Ehefrauen von Krankenkassenmitgliedern in der Praxis nur sehr spärlich Platz greifen wird. Es erscheint daher dringend geboten, die Lücke in der Wöchnerinnenfürsorge durch auf Selbsthilfe beruhende Mutterschaftskassen auszufüllen. Die Gründung solcher Wohlfahrtsinstitute, die zweifellos geeignet sind, den Sinn für Selbsthilfe zu wecken und zu stärken, die Gesundheit von Mutter und Kind zu erhalten und so dem Staatswohle in bedeutendem Umfange zu dienen, würde wesentlich gefördert werden, wenn die Mutterschaftskassen von Reichs wegen eine finanzielle Unterstützung zu erwarten hätten, etwa in der Art, wie es in manchen Ländern seitens des Staates gegenüber den Arbeitslosenkassen geschieht oder geplant ist. Durch eine solche reichsgesetzliche Hilfe zur Selbsthilfe würde sich auch



das Interesse der in Betracht kommenden Frauen hinsichtlich des Beitritts zu der auf solche Weise wirkungsvoller gewordenen Mutterschaftskasse wesentlich erhöhen.

Soweit die Petitionen. Der Verfasser, als Vorsitzender der Propagandagesellschaft für Mutterschaftsversicherung, gibt sich der Hoffnung hin, daß die zuletzt erörterte Eingabe an den Reichstag sich in den richtigen Bahnen befindet, um einerseits alles Erreichbare zu fordern, und um andererseits das Unerfüllbare nicht zu verlangen. Es wäre erfreulich, wenn der Petition der Propagandagesellschaft recht viele Leser zustimmen könnten, wenn insbesondere soziale und gemeinnützige Vereine mit dieser Eingabe einverstanden wären und hiervon dem Verfasser Mitteilung machen wollten. Hierdurch würde die Bittschrift der Propagandagesellschaft noch erheblich an Wert gewinnen können.

## CHRONIK

**D**AS moderne Proletariat\*): Als erste jener Monographien, die unsere Zeitschrift im Auftrage des „Instituts für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen“ herausgibt, ist eine Schrift über das „moderne Proletariat“ erschienen.

Die vielen Dokumente aus der fortschrittlichen Entwicklung der Arbeiterschaft, welche den Aufstieg des Proletariats aus den Tiefen des Elends und der Unwissenheit, seine Entwicklung zu einem bedeutsamen Kulturfaktor veranschaulichen, dürfen wohl die Beziehung der Studie zu den „Dokumenten des Fortschritts“ rechtfertigen; ihre Mitteilungen über die beispielgebenden Erfahrungen des Auslandes in der Gewerkschafts- und Genossenschaftsentwicklung so-

wie im Volksbildungswesen bringen sie in den Kreis jener Bestrebungen, welche die Wirkungssphäre des „Instituts für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen“ bilden.

Die Studie ist aus langer Beschäftigung der Verfasser mit den Problemen des Arbeiterlebens und mehrjähriger Teilnahme derselben am Leben der Arbeiterschaft erwachsen.

Die als Anhang beigefügten Sammlungen von Prosaskizzen, welche — von Arbeitern selbst verfaßt — ihr Leben und Empfinden unmittelbar widerspiegelt, stellen eine weitere Brücke zwischen der vorliegenden theoretischen Untersuchung und dem pulsierenden Leben der arbeitenden Massen her.

Aus tiefstem Innern quellende Sympathien mit dem Leiden und Lieben, dem Höhensehen und Aufwärtsstiege des Proletariats haben den Verfassern die Feder geführt, und doch hoffen sie, bei all dieser Sympathie die streng wissenschaftliche Objektivität, die kritische Ab-

\*) „Das moderne Proletariat“ eine sozial-psychologische Studie von Dr. R. Broda, Paris und Dr. Julius Deutsch, Wien; Berlin, Georg Reimer. Ladenpreis brosch. 5 M. Den Mitgliedern des „internationalen Instituts für den Austausch fortschrittlicher Erfahrungen“ unentgeltlich im Sinne der Statuten.

wägung aller Momente bewahrt zu haben.

Möge das Buch hinausgehen und allen jenen, welchen die Leiden des Proletariats zu Herzen gehen, die aber nur Duster und Armut erblicken, wo doch neben dem Elend so viel Licht und Kraft erblüht — die Möglichkeiten einer neuen Kultur des Zukunftsglaubens und des Massegeistes, wie sie in den Organisationen des Proletariats erwächst, vor Augen führen.



**Die Kochkunst der Arbeiterfrauen:** Der Partikularismus, die in Preußen-Deutschland immer wache Eigenbrödelei der germanischen Stämme, die so viel für die Kultur geleistet hat, in der Kochkunst hat der Genius der germanischen Rasse völlig versagt. Für viele seiner Großtaten hat Neu-Deutschland den Nachbarvölkern trotzig Bewunderung abgerungen, seine Küche allein wird von Franzosen, Engländern, Italienern, Russen und Skandinaven einmütig perhorresziert. Zu unterst im Völkerpsychologischen liegen die Gründe für diesen Tiefstand der Nahrungsbereitung. Eine karge Natur, eine wenig geweckte Sinnenfreude und ein überall vorhandener Hang zu asketischer Verinnerlichung wirkten zusammen. Die leichte Feststimmung, die bei andern Völkern über den Mahlzeiten liegt, fehlt im allgemeinen in Deutschland. Die Mahlzeiten sind entweder zu üppig oder zu arm.

Überall in Österreich, in Frankreich, in Italien, selbst in Rußland kann das Bauernmädchen, die Fabrikarbeiterin ihre drei, vier ärmlichen Nationalgerichte bereiten, sie kocht sie, wie sie es von der Mutter gelernt, wie sie es von Jugend auf gewohnt war, nichts ist in diesen Ländern so konservativ wie die Küche, nichts so durch Tradition vervollkommenet wie der kleine Küchenzettel des Proletariats.

Mit möglichst geringen Mitteln, mit möglichster durch Generationen erprobter Ersparnis an Zeit, Feuerung und Material wird das nach den Verhältnissen denkbar Beste erreicht.

Alles dieses fehlt in Deutschland. Die Klage der Arbeiter, daß ihre Frauen nicht zu kochen verstehen, daß ihnen das Essen zu Hause nicht schmeckt, hört man immer von neuem. Die Mädchen, die aus den Schulen kommen, gehen direkt in die Fabriken, haben keine Zeit, sich um die Hausarbeit zu kümmern, bis sie selber Mütter sind und nun als erwachsene Menschen beginnen sollen, das A-B-C des Haushalts zu lernen.

Die Wirkung dieser Übelstände ist weit tiefgehender, als es auf den ersten Blick erscheint; den Sizilianer, den Kalabresen, diesen primitiven Sinnmenschen, der in New York einwandert, kettet als nicht zu unterschätzendes Band die heimische Küche an das Mutterland, nur dort erhält er genau die Nahrung, die er gewohnt ist, die ihm zuträglich ist und die ihm schmeckt. Dem deutschen Auswanderer schmeckt es überall und fast überall besser als in der Heimat. Die schnelle Anpassungsfähigkeit des Deutschen an Sitten und Gebräuche fremder Länder, das oft verblüffend schnelle Aufgeben der eigenen Nationalität zugunsten der Nationalität der Wirtsländer beruht zu einem nicht geringen Teil auf dieser schnellen Akklimatisierungsfähigkeit der Magen. Die Lebenshaltung, die seelische Kultur unserer prachtvollen deutschen Arbeiter, die uns noch weit weniger als den preußischen Leutnant irgendeine andere Nation der Erde nachzumachen imstande ist, stehen gar nicht im Verhältnis zu dem rohen barbarischen Futter, das diesen wichtigsten Faktoren im sozialen Leben der Jetztzeit von ihren Hausfrauen geboten wird.

Da durch die fortschreitende Industrialisierung und durch die stetig

wachsende Berufstätigkeit der Frau außerhalb des Hauses auf eine Besserung nicht zu rechnen ist, sondern da im Gegenteil der boarding-house-artige Zuschnitt der meisten Häuslichkeiten sich aller Voraussicht nach im gleichen Maße wie bisher steigern wird, so ist bei alledem die Entwicklung einer sinngemäßen und vor allem rationellen Kochkunst eine unbedingte Notwendigkeit zur Erreichung einer neuen Heimkultur. Die Frauen der ärmeren Klassen, und nur um die handelt es sich hier, müßten gleichzeitig mit dem ABC des Kochen erlernen. Da Tradition und Erziehung versagen, hat der Staat in die Bresche zu treten, hat der Staat in weit größerem Umfang als bisher die Frauen zu lehren, wie man schmackhaft und billig kocht, wie man eine Krankenkost herstellt, und wie man sich zu behelfen lernt.

Das bisher in dieser Richtung Geleistete ist bei weitem nicht ausreichend, denn wenn man nicht eine mangelnde Begabung der deutschen Frau für die Kochkunst annehmen will, so muß es möglich sein, durch Einrichtung von Kochkursen für Fabrikarbeiterinnen, wie z. B. in Bergamo in Oberitalien, der Entwicklung einer allgemeinen deutschen „Volkskochkunst“ die Wege zu ebnen. Das wäre für die Entwicklung der deutschen Nationalkultur ein keineswegs gering zu schätzender Faktor.

*Erich Lilienthal.*

**Ledigenheime.** Die Ledigenheime sind unbedingt eins der wirkungsvollsten Mittel zur Bekämpfung des Schlafstellenwesens und wohl der einzige Weg, auf dem eine Abstellung dieser Großstadtplage, die mit allen ethischen Fragen aufs engste verbunden ist, möglich erscheint. Das auch materielle Gedeihen eines der größten dieser Heime in Charlotten-

burg ist daher mit Genugtuung zu begrüßen und ein Zeichen für seine dringende Notwendigkeit. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, ist das Charlottenburger Ledigenheim auch im zweiten Jahre seines Bestehens regelmäßig bis auf den letzten Platz besetzt gewesen, und das finanzielle Ergebnis ist so günstig, daß für das Jahr 1909 nach reichlichen Abschreibungen und Rücklagen die höchste zulässige Dividende von 4 % auf das Aktienkapital wird verteilt werden können. Das Ledigenheim ist im Jahre 1909 von insgesamt 860 Mietern bewohnt gewesen. Die Zahl von 860 Bewohnern bei nur 340 Betten zeigt, daß ein ständiger Wechsel der Bewohner stattfindet. Er ist in der Hauptsache bedingt durch den Wechsel der Arbeitsstellen, der die Arbeiter bei zu großer Entfernung veranlaßt, sich eine der Arbeitsstelle näherliegende Wohnung zu suchen. Das Ergebnis des zweiten Jahres zeigt, daß Ledigenheime dieser Art ein dringendes Bedürfnis für die Großstadt, aber auch selbst bei billigen Mietpreisen durchaus rentabel sind.



**Zunahme des Milchgenusses.** Von dem gesunden Sinn und wachsenden hygienischen Verständnis der Arbeiterschaft zeugt die überraschende Entwicklung des öffentlichen und des Werkausschanks von Milch durch den Gemeinnützigen Verein für Milchausschank zu Berlin (Vors.: Komm.-Rat Conrad v. Borsig, Geschäftsstelle: Friedenau, Rubensstr. 37). Bisher war man gewohnt, die Milch als ein Getränk für Frauen und Kinder zu betrachten; jetzt hat die Erfahrung gelehrt, daß Männer gern und häufig Milch trinken, wenn man sie ihnen in ausgezeichnete Beschaffenheit, zu billigen Preise und in bequemer Form (Flaschenmilch zur Arbeitsstätte) darbietet.



In seinen vier Milchhäuschen verkaufte der Verein im ersten Jahre durchschnittlich täglich 1020 Glas Vollmilch und 99 Glas Buttermilch; an heißen Tagen stieg der Verkauf auf 2000 bzw. 250 Glas. Am stärksten ist er dort, wo große Fabriken oder Droschken- und Omnibushalteplätze in der Nähe liegen. Wo industrielle Betriebe noch nicht zur Einrichtung eines Werkausschanks übergegangen sind, nehmen die Arbeiter vielfach aus den Milchhäuschen bereit gehaltene, mit Pappdeckelverschluß versehene Portionsflaschen mit zur Arbeitsstätte. Besonders rege ist der Verkehr früh vor Beginn der Arbeit, während der Mittagspause und zur Zeit des Arbeitsschlusses. Das fünfte Milchhäuschen wird zu Ostern eröffnet, sieben weitere sind genehmigt, eine größere Anzahl geplant.

In seine Werkausschänke lieferte der Verein, der erst im März 1909 mit der Arbeit begann, 328 936 Flaschen Vollmilch, 1129 Flaschen Buttermilch.

L. G.-L.



**Arbeiterrates.** Ingenieur Emil Schenck, Geschäftsführer der Firma Carl Schenck, G. m. b. H. in Darmstadt, teilt mit, daß in seiner Fabrik mit der Einrichtung eines Arbeiterrates gute Erfahrungen gemacht worden sind. Hier sei schon in sehr schwierigen Lagen durch das Bestehen eines solchen Arbeiterrates oder Arbeiterratesausschusses ein Ausweg gefunden worden, so daß ernstliche Meinungsverschiedenheiten mit den Arbeitern vermieden worden seien, trotzdem die Mehrzahl der in der Fabrik beschäftigten Arbeiter und besonders die in den Arbeiterrat gewählten straff organisiert waren. Als vor einigen Jahren wegen der Unruhen, die in Offenbach stattfanden, 60 % der Arbeiter gekündigt werden mußte, war es nur dem Arbeiterrat zu verdanken,

daß den davon Betroffenen die Notwendigkeit dieser Maßregel klargemacht und ihr die Schärfe genommen werden konnte.

Herr Schenck meint, daß es für das gedeihliche Wirken des Arbeiterrates nötig ist, daß sich die Direktion persönlich um die in den Sitzungen vorliegenden Fragen bekümmert und bei den Verhandlungen vertreten ist. Der aus Unternehmerkreisen oft gehörte Einwand, daß der Arbeiterratesausschuß gar keinen Wert habe, weil die Leute sich in Wirklichkeit doch nicht offen aussprechen und ihre Beschwerden trotz allem in die Organisation hinaustragen, finde darin seine Erklärung, daß vielfach dem Vertreter der Firma, der den Ausschusssitzungen beiwohnt, das Vertrauen der Arbeiterschaft fehlt. Wenn der Chef selbst oder einer der Direktoren bei den Sitzungen zugegen ist, und er den Arbeitern verspricht, daß sie wegen ihrer Äußerungen nicht gemäßregelt werden, und daß alles, was verhandelt und ausgesprochen, auch vertraulich behandelt wird, so wird den Arbeitern die Zunge gelöst, und in offener Rede und Gegenrede werden die schwierigsten Fragen geklärt.

Bei der Firma Schenck ist seit Jahren die Einrichtung getroffen, daß der Ausschuß aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Schriftführer wählt. Die Sitzungen werden in recht geschickter Weise von den Arbeitern selbst parlamentarisch geleitet und das Protokoll inhaltlich einwandfrei geführt. Diese Mitarbeit erzieht die Arbeiter zu größerer Verantwortung und gibt ihnen mehr Lust und Geschmack an der Sache.

Bei der in den Kreisen der Arbeitgeber und Unternehmer heute vielfach herrschenden grundsätzlichen Ablehnung von Arbeiterratesausschüssen ist es dankenswert, daß Herr Emil Schenck durch Mitteilung seiner Erfahrungen zur weiteren Klärung der Angelegenheit beigetragen hat.

**Auf dem Wege zum Arbeiter-Einküchenhaus.** Ein Pionier auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge für die minderbemittelten Klassen ist die Frankfurter Aktien-Baugesellschaft für kleine Wohnungen. Die Gesellschaft, die Anfang 1907 170 Häuser mit 1029 Wohnungen, in denen 1909 Haushaltungen mit 5000 Personen untergebracht waren, besaß, hat am 1. Dezember 1905 ein Witwerheim mit 35 Wohnungen eröffnet. Von diesen wurden sofort 23 von alleinstehenden Männern mit 76 Kindern bezogen. Von den Männern waren 15 Witwer, 5 Ehemänner, deren Frauen auf längere Zeit im Hospital oder Irrenhaus waren, und 3 solche, die in Scheidung lebten. Gegenwärtig sind alle 35 Wohnungen besetzt; die Einrichtung hat sich vorzüglich bewährt. Die Wohnungen sind helle, gesunde, geschmackvoll ausgestattete, und mit Balkon, Kochkammer, Badegelegenheit versehene, in sich abgeschlossene Häuslichkeiten. Die Männer nehmen meist nur das Frühstück und Abendbrot zu Hause ein, da die Arbeitsstätten zu weit entfernt sind, um zu Mittag nach Hause zu kommen. Die Kinder essen alle gemeinschaftlich in dem großen Speisesaal ihr Mittagessen, an dem sich Sonntags auch die Väter beteiligen. Für Kinder unter 4 Jahren stehen auch gemeinschaftliche, große Schlafsäle zur Verfügung, und es ist hinsichtlich der Kosten gleichgültig, wieviel Kinder eines Vaters diese Gelegenheit benutzen. Für Beaufsichtigung, vollständige Beköstigung eines Kindes, Reinigung der Kleider und Besorgung kleiner Flickarbeiten — bei Kindern unter 3 Jahren auch Reinigung der Leibwäsche — werden berechnet:

bei einem Kinde wöchentl.	3,50 Mk.
„ zwei Kindern	„ 6,00 „
„ drei „	„ 7,00 „
„ vier „	„ 8,00 „
„ fünf „	„ 9,00 „

Es ist nun von verschiedenen Seiten schon der Wunsch laut geworden, daß auch Frauen in das Heim aufgenommen werden sollen. Nicht allein wird es als Ungerechtigkeit empfunden, daß man alleinstehenden zur Erwerbsarbeit gezwungenen Frauen mit Kindern die Annehmlichkeiten versagt, die man den in gleicher Lage befindlichen Männern gewährt, — auch erscheint es nicht berechtigt, die im Hause befindlichen Männer für immer zum Zölibat zu verdammen bei Strafe der Entfernung aus dem ihm so viele Vorteile bietenden Heim. Geht die Verwaltung auf diese Anregungen ein und erlaubt auch Frauen bzw. Ehepaaren, bei denen die Frau mit erwerbstätig ist, den Aufenthalt im Heim, so wäre damit der Schritt zum Einküchenhaus für die arbeitenden Klassen getan. — Erwähnt sei noch, daß die Gesundheitsverhältnisse in den von der genannten Gesellschaft errichteten Häusern außerordentlich günstige sind. Bei einer 5000 Menschen umfassenden Bewohnerzahl betrug die Sterblichkeit 10,98 % gegen 14,7 % in der Stadt Frankfurt, die der Kinder unter 14 Jahren 16,22 % gegen 21,66 %.

ssc.



**Handlungsgehilfenschutz in Österreich.** Die österreichischen Handelsangestellten besitzen seit Jahren eine ungemein rührige Gewerkschaftsorganisation, die sich eifrigst bemühte, eine Vermehrung des gesetzlichen Schutzes für die Handelsangestellten herbeizuführen. Der zähen Arbeit der Organisation gelang es nun, dank der Unterstützung der Arbeitervertreter im Parlamente, einen großen Erfolg zu erzielen.

Am 4. Februar 1910 wurden zwei Handlungsgehilfenschutzgesetze von der Krone sanktioniert, denen eine große sozialpolitische Bedeutung zukommt. Wir lassen die wichtigsten

Bestimmungen dieser beiden Gesetze folgen:

Das Gesetz über den Dienstvertrag der Handlungsgelhilfen überläßt Art und Umfang der Dienstleistung sowie das Entgelt hierfür in erster Linie der freien Vereinbarung. Subsidiär tritt der jeweilige Ortsgebrauch als regelnder Faktor ein. Wenn aber die vertragschließenden Teile Vereinigungen von Arbeitern und Unternehmern angehören, zwischen welchen ein Kollektivvertrag besteht, dann gilt mangels entgegenstehender Abmachungen dieser Kollektivvertrag als Vereinbarung. — Über das an den Handelsangestellten zu leistende Entgelt bestimmt das Gesetz, daß das Gehalt spätestens am Schlusse eines Kalendermonats bezahlt werden müsse. Der Dienstnehmer hat Anspruch auf das Entgelt bei Dienstesverhinderung infolge von Krankheit oder Unglücksfall bis zur Dauer von sechs Wochen, infolge von Militärdienst bis zur Dauer von vier Wochen und bei Dienstesverhinderung wegen anderer wichtiger, seine Person betreffenden Gründe für eine verhältnismäßig kurze Zeit, sofern kein eigenes Verschulden vorliegt. Während der Zeit der unverschuldeten Dienstesverhinderung darf auch keine Entlassung erfolgen. Jedem Dienstnehmer steht ein Anspruch auf Erholungsurlaub unter Fortdauer seiner Geldbezüge zu. Dieser Urlaub währt nach einer ununterbrochenen Dienstzeit von 6 Monaten mindestens 10 Tage, nach 5 Jahren mindestens 2 Wochen, nach 15 Jahren mindestens 3 Wochen. Die Zeit einer Dienstesverhinderung durch Krankheit oder Unglücksfall darf in diesen Urlaub nicht eingerechnet werden, wohl aber die Zeit einer militärischen Dienstleistung. — Jeder Dienstgeber hat auf seine Kosten

alle jene Einrichtungen bezüglich der Arbeitsräume und Gerätschaften herzustellen und zu erhalten, die mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Dienstleistung zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Angestellten erforderlich sind. Er darf dem Angestellten keine gesundheitsschädlichen Wohnungen überlassen; er hat dafür zu sorgen, daß die Arbeitsräume in genügender Weise licht, rein und staubfrei gehalten sind, daß sie im Winter geheizt werden und über ausreichend Sitzplätze für die Angestellten verfügen; er hat jene Maßnahmen zur Wahrung der Sittlichkeit zu treffen, die durch das Alter und Geschlecht der Dienstnehmer geboten sind. — Die Kündigung kann mangels Vereinbarung oder eines für den Angestellten günstigeren Ortsgebrauches beiderseits nur sechs Wochen vor Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres erfolgen. Diese Kündigungsfrist kann durch Vereinbarung nicht unter einen Monat herabgesetzt werden. — Die Frage der Konkurrenzklauseel wurde folgendermaßen geregelt: Eine Vereinbarung, durch die der Angestellte für die Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner Erwerbstätigkeit beschränkt wird, ist unwirksam, wenn der Angestellte zur Zeit der Vereinbarung minderjährig ist oder wenn das Entgelt zur Zeit der Beendigung des Dienstverhältnisses 4000 Kronen jährlich nicht übersteigt. Bei höherem Entgelt ist eine solche Vereinbarung nur soweit wirksam, als sich die Beschränkung auf die Tätigkeit in dem Geschäftszweige des Dienstgebers bezieht, den Zeitraum eines Jahres nicht übersteigt und nicht eine unbillige Erschwerung des Fortkommens des Handelsangestellten enthält. Die Konkurrenzklauseel tritt außer Kraft bei vorzeitiger Lösung oder Kündigung des Dienstverhältnisses.



nisses wegen eines schuldbaren Verhaltens des Dienstgebers oder bei Lösung des Dienstverhältnisses durch den letzteren, ohne daß der Angestellte durch schuldbares Verhalten hierzu gegründeten Anlaß gegeben hat, ferner daß der Dienstgeber bei der Auflösung des Dienstverhältnisses erklärt hat, während der Dauer der Beschränkung dem Angestellten das ihm zuletzt zukommende Entgelt zu leisten. Die Vereinbarung einer Konventionalstrafe schließt den Anspruch auf Erfüllung oder Ersatz eines weiteren Schadens aus. Die Konventionalstrafe selbst unterliegt richterlicher Mäßigung.

Das zweite Gesetz regelt die Arbeitszeit im Handelsgewerbe. Es ordnet an: Eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden für Arbeiter in Handelsgewerben, im Speditionsgewerbe und im Warenverschleiß der Produktionsgewerbe, Konsumvereinen, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften; eine Ruhezeit von mindestens 10 Stunden für Kutscher im Speditionsgewerbe. Die tägliche Arbeitszeit kann daher inklusive der Pausen ein Höchstmaß von 13 bzw. 14 Stunden nicht überschreiten. Die Mittagspause soll in der Regel 1½ Stunden betragen. Laden und dazugehörige Kontore und Magazine sind von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens geschlossen zu halten; nur beim Lebensmittelhandel

können diese Räume bis 9 Uhr offen gehalten werden. Die politische Landesbehörde erhält die Befugnis, die Ruhezeit noch weiter auszuweiten. Die Bestimmungen über die Mindestruhezeit finden keine Anwendung bei Inventurarbeiten, Übersiedlung oder Neueinrichtung des Geschäftes, Besuch der Märkte, Arbeiten, welche zur Verhütung des Verderbens der Waren oder in sonstigen Notfällen unverzüglich vorgenommen werden müssen, und außerdem bei Arbeiten an höchstens dreißig Tagen im Jahre. Schließlich schreibt das Gesetz vor, daß in den Arbeitsräumen Sitzgelegenheiten für die Beschäftigten bereitzustellen sind.

Als im Parlamente die Schutzgesetze angenommen waren, veranstalteten die Handelsangestellten in Wien und den größeren Städten des Reiches Kundgebungen, in denen der errungene Erfolg gefeiert wurde. Der gewerkschaftlichen Organisation, dem Zentralverein der kaufmännischen Angestellten Österreichs, wurde die Anerkennung für das verdienstvolle Wirken ausgesprochen und den sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlamente der Dank für die „energische und umsichtige Unterstützung“, die sie der Aktion der Handelsangestellten angedeihen ließen, dargebracht.

# RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROF. DR. RODOLPHE BRODA-PARIS

.....

## SOZIALISMUS UND KULTUR.



IE immer man sich zu der sozialistischen Bewegung und zum Aufstiege des Proletariats stellen mag, die Tatsache selbst, daß beide langsam, aber stetig vorwärtsschreiten, ist unbestreitbar. Sie werden zu stets bedeutsameren Machtfaktoren, die unserer Zeit-epoche ihren Stempel aufdrücken.

Vielfach wird die wahre Ausdehnung der Bewegung noch unterschätzt, weil man nur die sozialistische Arbeiterbewegung als solche, d. h. bloß jene Tatsachen ins Auge faßt, in denen sich die vereinte Wirkung des sozialistischen Gedankens und der proletarischen Klassenbewegung zeigt; aber beide haben ja auch außerhalb dieser Verbindung, die Karl Marx ihnen als geschichtliche Notwendigkeit gezeigt, einen weiten, freien Wirkungskreis.

In allen Staaten mit demokratischem Wahlrecht üben Interesse und Wille der Arbeiterschaft auch auf die Politik der nichtsozialistischen Parteien einen wesentlichen Einfluß, ja selbst in konservativen Staatsgebilden ist man gezwungen, mit der ökonomischen Kraft der Arbeiterschaft zu rechnen. Andererseits wieder sind Name und Idee des Sozialismus vielfach auch im Bürgertum heimisch geworden. In Frankreich hat vor allem auch die herrschende radikale Partei, um ihre Fühlung mit der sozialistischen Gedankenwelt zu bekunden, den Titel „Sozialistisch“ angenommen. Sie nennt sich: „Radikal-Sozialistisch“. Mag sie noch so weit vom kollektivistischen Gedanken entfernt sein, sie hat doch oft und oft bezeugt, daß sie mit der sozialistischen Partei das Bekenntnis zur allmählichen Verstaatlichung der wichtigsten Industriezweige gemeinsam habe, sie geht in allen ihren Programmen überwiegend auf sozialistische Gedankengänge zurück.

Stehen wir so einer für das gesamte moderne Leben entscheidungsvollen Tatsache gegenüber, so sind wir zur Frage gedrängt, ob dieselbe für die Gesamtkultur der Menschheit erfreulich, förderlich oder aber verderbenschwanger sei.

Gewiß lassen sich die sozialistische und die Arbeiterbewegung auch nach ganz anderen Endgesichtspunkten beurteilen. Man kann sie vom proletarischen Klassenstandpunkte aus als selbstverständlich bejahen, vom bürgerlichen Klassenstandpunkt aus unbedingt bekämpfen, wenngleich dieser letztere Interessenstandpunkt auch andere Folgerungen zuläßt, weil, wenn nicht die Arbeiterbewegung, so doch der Sozialismus auch dem Endinteresse der heute im bürgerlichen Milieu lebenden Generation viel Wertvolles zu bieten vermag.

Aber gerade in dieser ausschließlichen Herausarbeitung des Klassenstandpunktes scheint mir eine gewisse Übertreibung mehrerer sozialistischer

Theoretiker zu liegen. Die Eigentümlichkeit, einer gewissen Klasse anzugehören, ist gewiß auch für die Psychologie jedes Menschen von größter Wichtigkeit, aber sie schließt durchaus nicht andere wichtige, psychologische Gesichtspunkte aus. Und ein Blick auf die Tatsachen der politischen Machtverteilung der einzelnen Länder zeigt klar, daß unzählige Arbeiter trotz des evidenten Klasseninteresses, das sie zum Sozialismus hintreiben muß, aus religiösen oder nationalen Gründen sich anderen Parteien, z. B. der katholischen Zentrums Partei in Deutschland oder der nationalistischen Partei in Frankreich, anschließen und ebenso, daß nicht nur ein großer Teil der Intellektuellen Frankreichs, sondern auch ein wesentlicher Bruchteil des deutschen und französischen Kleinbürgertums, des Wirstandes, trotz ihrer bürgerlichen Klassenlage sich der neuen Strömung zuneigt, — vom kleinen Beamtenstande, der ja tatsächlich auch in seiner Klassenlage zwischen Bürgertum und Proletariat die Mitte hält, ganz zu schweigen.

Unter den Motiven politischer Gesinnung aber, welche für die vielen, die nicht bloß ihre Klasseninteressen bei Wahl ihrer politischen Parteistellung berücksichtigen, ist der mitentscheidende Gesichtspunkt wohl der: „ob die Partei, die um ihre Stimme wirbt, eine wahre Kulturpartei ist“.

Untersuchen wir also die Frage, inwieweit die sozialistische Bewegung als kulturfördernd angesehen werden kann, ob vielleicht eine wahre Wechselwirkung von Sozialismus und Kultur in ihrer beiderseitigen Entfaltung festgestellt werden kann.

Worin lag in der Tat der Ausgangspunkt der modernen Arbeiterbewegung?

Die übliche ökonomische Auffassung antwortet: in der Zusammenballung großer Menschenmassen in den Betriebszentren, wo sie als Lohnarbeiter tätig sind; gewiß ward denn auch eine unumgängliche Vorbedingung für Entstehung der modernen Arbeiterbewegung durch das Erwachen der Großindustrie und des Lohnarbeiterstandes gegeben.

Aber reicht dieses Moment zur Erklärung der modernen Arbeiterbewegung aus? Gewiß nicht, wenn wir auf die Lohnarbeiterklassen aller Halbkulturvölker, auf die Landarbeiter selbst so vieler europäischer Staaten, von Rußland bis in den Osten Deutschlands, blicken. Der Umstand, daß große Menschengruppen sich in einer Interessenlage befinden, die sie bei logischer Erkenntnis dieses ihres Interesses zum proletarischen Klassenbewußtsein und weiter zum Sozialismus treiben muß, reicht durchaus nicht hin, um diese psychologische Entwicklung tatsächlich zu erzwingen. Damit dieses möglich werde, muß auch ein gewisser geistiger Reifegrad, eine gewissermaßen geschulte Intelligenz vorhanden sein, ein gewisses durch Wissen und Kultur gehobenes Selbstbewußtsein, ein gewisses Erkennen der wirklichen, wenn auch fernliegenden Machtfaktoren der Erde, die dem unmittelbaren Herrn und Meister ebenbürtig, ja überlegen sind; ein Begreifen, daß erfolgreicher Widerstand möglich sei.

Die moderne Arbeiterbewegung konnte nur deshalb erwachsen, weil die allgemeine Schulbildung das Kulturniveau der breiten Bevölkerungsschichten gehoben hat. Die moderne Arbeiterbewegung ist ein Kind der modernen, auf die Massen sich ausdehnenden Kultur. Sie konnte in keiner Zeitepoche der Vergangenheit erwachsen, wo die Kultur noch das Monopol einer Minderheit gewesen war, wo die breiten Massen im Dämmer der Resignation fronten und ihr Los als unabwendbar hinnahmen. Die geistige Reife, die im Gefolge der modernen



Schule einherzog, ließ den Gedanken aufflammen, ob Elend und Not denn nicht vielleicht durch eigene Kraft beseitigt werden könnten, die wachsende geistige Reife ward auch Herr der religiösen Resignation, die bloß im Jenseits den Ausgleich von Reich und Arm erhofft. Ohne die bürgerliche demokratische Bewegung, die aus der französischen Revolution ersprang und die Gleichheit des Elementarwissens realisierte, hätte die soziale Gleichheitsbewegung nie erwachsen können. Die sozialistische Bewegung ist ein Kind der modernen demokratischen Kultur.

Aber die sozialistische Bewegung ist nicht bloß eine Folgeerscheinung der modernen Kultur, sie wird auch ihr wesentlichster Hebel, bedeutungsvollste kulturzeugende Triebkraft im Seelenleben der breiten Volksschichten. Eine wahre Wechselbeziehung läßt sich immer wieder zwischen beiden nachweisen. Wenn wir heute eine Statistik der Anhänger der verschiedenen Kulturbewegungen aufstellen wollten, z. B. der Antialkoholbewegung, der Frauenbewegung, der Friedensbewegung und der Bewegung für Schaffung internationalen Rechts, so finden wir die sozialistische Partei in allen, stärker denn jede andere Partei, vertreten.

Warum? Weil eben die Beschäftigung mit dem sozialistischen Zukunftsideal das Interesse für alle anderen sozialen Ideale kultureller Vervollkommnung auslöst.

Wenn wir noch näher etwa auf die Arbeiterorganisationen blicken, die sich mit der Bekämpfung des Alkohols befassen, wenn wir die einzelnen Arbeiter, die sich für die Bekämpfung dieses schwersten Feindes der sittlichen Größe ihrer Klasse begeistern, um die Gründe ihrer Haltung befragen, so werden wir immer wieder hören: „Wir bekämpfen den Alkoholismus, weil er die geistige und politische Spannkraft der Arbeiter untergräbt, weil er ein Hemmnis für ein Anwachsen der sozialistischen Bewegung darstellt.“

Wenn wir den einzelnen Arbeiter, die einzelne Arbeiterin befragen, wieso sie in den Antialkoholverein gekommen, ob es der erste Verein sei, dem sie beigetreten, so wird man immer wieder und wieder hören, daß sie in der Jugend stumpf dahingelebt, daß der Sozialismus, an die natürlichen Instinkte der Selbstbehauptung und des Kampfes um die Befriedigung elementarer Lebens- und Kulturtriebe ihrer Klasse appellierend, sie aus dieser Stumpfheit geweckt, daß sie erst durch ihn zu Kulturmenschen geworden seien, die nun für jede neue Kulturbewegung ein empfängliches Gemüt besäßen.

Zu diesen elementaren psychologischen Tatsachen tritt dann wohl auch, insbesondere in der deutschen Sozialdemokratie, die Liebe zum „Wissen“, wie sie sich aus der Beschäftigung mit der wissenschaftlichen Begründung des Sozialismus, der wissenschaftlichen Darlegung von dessen notwendiger Erfüllung im Konzentrationsprozesse der Industrie ergeben hat.

Man freut sich derart, die Notwendigkeit des eigenen Sieges vermöge der methodischen Wissenschaft zu erkennen, daß man in dieser Wissenschaft selbst ein neues Ideal erblickt. Man geht auch wohl darüber hinaus, sieht in der geistigen Befreiung des Proletariats die Vorbedingung seines politischen Sieges und blickt zur Wissenschaft, welche all diese Befreiung zu vermitteln vermag und zu den Trägern der Wissenschaft, den Schöpfern geistiger Werte, mit wahrhaft geschwisterlicher Zuneigung empor.

Auch historische, scheinbar zufällige Momente mögen auf diese Entwicklung, speziell der deutschen Sozialdemokratie, Einfluß genommen haben; vor allem der begeisternde Aufruf von Ferdinand Lassalle zur Einigung von

Wissenschaft und Arbeit, die streng wissenschaftliche Gedankenrichtung des sozialistischen Führers Karl Marx sowie endlich auch das rege Interesse gerade der deutschen Hochschullehrerkreise an der geistigen Höherhebung der Arbeiterschaft, das natürlich freudige Erwiderung in der Arbeiterschaft auslösen muß.

In Frankreich wieder fanden sich Wissenschaft und Arbeiterschaft im gemeinsamen Kampfe gegen jene Armeekreise, welche der offenbaren Wahrheit zum Trotze, um ihrer nationalistischen Ideale willen den Justizirrtum im Falle Dreyfus nicht anerkannten.

Aber alle diese scheinbaren Zufälligkeiten hätten das Band zwischen wissenschaftlicher Kultur und proletarischem Aufwärtsstreben nicht so fest schmieden können, bestände nicht eben die erwähnte innere Verwandtschaft beider sozialer Momente.

Naturgemäß treten diesen Entwicklungsmächten auch Gegenmächte gegenüber. Das immer größer werdende Selbstbewußtsein des Proletariats und insbesondere seiner aus der Arbeiterschaft selbst hervorgegangenen Führer, Gewerkschaftssekretäre, Funktionäre von Lokalverbänden, zeitigte wachsende Unzufriedenheit mit der Vorherrschaft der aus intellektuellen Kreisen hervorgegangenen Führer; und so entstand in Deutschland die Gegnerschaft gegen die „Akademiker in der Partei“; in Frankreich ist die gleiche Tendenz in der politisch-sozialistischen Partei bisnun noch nicht in Erscheinung getreten, wohl aber in unvergleichlich gefährlicherem Maße in der gewerkschaftlichen Bewegung, aus der alle nicht aus der Arbeiterschaft selbst hervorgegangenen Männer grundsätzlich verbannt werden. Gewiß mag häufig irgendein Verschulden der „Akademiker“ vorliegen, gewiß mag mancher die Führerschaft innerhalb der sozialistischen Partei zur Befriedigung persönlichen Ehrgeizes zu mißbrauchen geneigt sein. Gewiß ist es zu begreifen, daß weite Schichten der Arbeiterschaft sich aus Furcht vor unfruchtbarem theoretischen Hader, der besonders für sie, die im Handarbeiterstand verblieben, jedes Inhalts zu entbehren scheint, abgestoßen fühlen mögen. Insoweit sich die Bewegung bloß gegen die Intellektuellen resp. dahin richtet, dieselben in den Führerstellungen der Partei durch eine Auslese des Handarbeiterstandes selbst zu ersetzen, kann ihr eine große Bedenklichkeit wohl nicht zugesprochen werden. Ganz anders dort, wo sie sich nicht mehr bloß gegen die Intellektuellen, sondern gegen die Intelligenz, nicht mehr bloß gegen die Vertreter der Kultur, sondern gegen die Kultur selbst wendet; wo das Streben nach Befriedigung rein materieller Instinkte der Beschäftigung mit idealen Problemen bewußt entgegengestellt wird, wo die universités populaires und die Volksbildungsvereine für schädlich und nutzlos erklärt und unterdrückt werden, wo die Beschäftigung mit Kulturproblemen als Ablenkung des Arbeiters vom rein materiellen Kampfe betrachtet, in völliger Verkennung der historischen Zusammenhänge ein Gegensatz zwischen Kultur und proletarischem Klassenkampf erblickt wird, während doch die Arbeiterbewegung aufs innigste auf erstere angewiesen ist, wenn sie, ungleich der Massenbewegungen der Vergangenheit, nicht bloß zerstören, sondern aufbauen soll. Gerade dieses bedenkliche Symptom der französischen syndikalistischen Bewegung, die im übrigen so viel Begeisterung, so viele lebendige Kräfte auslöst, mag für die deutsche Sozialdemokratie, in der sich ja auch gleiche Tendenzen, wennschon schüchterner, vom gesunden Instinkte, vom gesunden Bildungshunger der Arbeiter niedergehalten, regen, eine Warnung sein; und anderer-

seits mag die unverbrüchliche Waffenbrüderschaft von Wissenschaft und Kultur, wie sie sich in der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung trotz der gesunden Betonung materiellen Interesses immer bewahrt hat, der französischen syndikalistischen Bewegung den Weg weisen. Wenn diese fortführe, der bewußten Bekämpfung des bürgerlichen Reichtums, auch die Bekämpfung der Kultur des Bürgertums, die ja der Arbeiterklasse dereinst als Erbteil zufallen muß, zu gesellen, so würde sie sich in Gegensätze zu den Arbeiterbewegungen aller anderen Länder der Erde stellen, die Internationalität der Bewegung zerbrechen.

Um nun aber Licht und Schatten in den beiden Vorkämpfertruppen der Arbeiterbewegung, in der deutschen und französischen Sozialdemokratie, gleichmäßig aufzuzeigen, möge andererseits nochmals darauf hingewiesen werden, daß die französische sozialistische Partei (die von der Gewerkschaftsbewegung, dem revolutionären Syndikalismus, streng zu unterscheiden) in noch höherem Grade als die deutsche, sich als bewußte Kulturpartei empfindet, daß sie für jede auch außerhalb der rein ökonomischen sozialistischen Probleme liegende neue Forderung das offenste Interesse bezeugt, vor allem auch für die Friedensbewegung und für die Schaffung eines internationalen Rechtszustandes, daß sie sich von jener, ich möchte fast sagen, kindlichen Ansicht, die in manchen sozialistischen Werken Deutschlands zuweilen zum Ausdruck kommt, daß nämlich außerhalb der sozialistischen Bewegung, jenseits der ökonomischen Sphäre sich keine andere Kulturbewegung, von ihr gänzlich unabhängig, wenngleich durchaus nicht gegensätzlich, denken lasse, stets freigehalten hat.

Das genannte Problem ist ja auch so leicht zu lösen: Der Sozialismus, aus der Demokratisierung der Kultur erwachsen, stellt eine bedeutungsvolle Kulturbewegung dar, welche die schöpferischen Werte moderner Hochkultur zu den breiten Massen hinausträgt, in ihnen neue Kämpfer für den Kulturfortschritt gegenüber den widerstrebenden Mächten des Konservatismus gewinnt und in der endlichen Erkämpfung einer auf wissenschaftlichen Prinzipien beruhenden Gesellschaftsordnung, welche allen Begabungen, die heute im Elend ersticken, freie Entfaltungsmöglichkeit verspricht, zur bedeutungsvollsten Kulturbewegung der Zeit zu werden im Begriffe ist. Aber der Sozialismus umfaßt nicht den ganzen Rahmen der Kultur, er ist eine ökonomisch und politisch nur indirekt kulturanregende Bewegung, neben ihm gibt es andere fortschrittliche Kulturbestrebungen, wie die Friedensbewegung und noch viele andere, die auch in dieser Zeitschrift stets als gleichwertig mit der sozialistischen Bewegung behandelt wurden und im Institut für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen auch weiterhin untersucht und nach besten Kräften gefördert werden sollen.

Wer darum die ganze Weite und notwendige Begrenzung des sozialistischen Gedankens erfaßt, wird alle Momente der Kulturentwicklung zu fördern trachten, auch wenn sie mit dem sozialistischen System an sich in keiner direkten Verbindung zu stehen scheinen.

Mit noch einem großen Kulturgedanken unserer Zeit scheint die Arbeiter-schaft in besonders inniger Verbindung zu stehen: mit dem Entwicklungsgedanken.

Die Siegeshoffnung der Arbeiterschaft beruht auf der Erkenntnis, daß im Getriebe der heutigen Gesellschaft selbst lebendige Kräfte wirksam sind, welche zur Konzentration der Produktion in immer weniger Brennpunkten,



zur endlichen Aufsaugung aller Zweige der Gütererzeugung, des ganzen ökonomischen Lebens in Händen des Staates, der Gesamtheit führen, daß somit der Kampf für die Durchsetzung dieser notwendigen Entwicklungskräfte gleichbedeutend sei mit dem Kampfe für die Durchsetzung der eigenen Klasse und dem Siege des eigenen sozialen Kampfgedankens, daß andererseits eben diese Betonung des eigenen Klassengedankens zusammenfalle mit dem Kampfe um die fortschrittliche Entwicklung der Gattung.

Die sozialistische Arbeiterklasse wird so zum kategorischen Imperativ, für den Gattungsfortschritt einzutreten, gedrängt; die Grundsätze der Fortschrittsmoral müssen notwendigerweise ihre eigenen werden. Das Proletariat wird aus innerer Notwendigkeit heraus Träger des Entwicklungsgedankens, und auf ihm vor allem muß unsere Hoffnung beruhen, daß der Entwicklungsgedanke, daß die bewußte Einsetzung des einzelnen für den Fortschritt der Gattung und der Menschheitskultur dereinst als Wesen aller Tugend erkannt werde\*).

---

\*) Siehe die nähere Ausführung all dieser Gedanken in der eben erschienenen Monographie unseres Instituts „Das moderne Proletariat, eine sozialpsychologische Studie“, die allen Mitgliedern unseres Instituts zugehen wird.

# KORRESPONDENZEN

---

## ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

PROFESSOR DR. FELIX REGNAULT, PARIS: DIE URSACHEN DER LETZTEN PARISER ÜBERSCHWEMMUNG.

**D**IE Seine hat, wie allgemein bekannt, im vergangenen Januar ihre Uferlandschaften, Paris inbegriffen, überschwemmt und die Verheerung einen Umfang angenommen, wie er seit dem Jahre 1658 nicht mehr zu verzeichnen war. Die Verkehrsmittel der Stadt wurden unterbrochen; die Fabriken, die sich überwiegend am Flusse angesiedelt haben, des leichteren Transportes der Vorräte willen, wurden lahmgelegt; Hunderttausende wurden der Arbeitslosigkeit und dem Elend überantwortet. Kanäle sind geborsten, in die Keller unzähliger Häuser flutete der Schlamm, die Gesundheit der Bewohner war bedroht.

Nun, da die Gefahr vorüber, fragt man nach den Ursachen. Die Meteorologen antworten, der Winter sei mild und die Regengüsse abnorm bedeutend gewesen: zwei Tatsachen, die offenbar vor jedermanns Augen stehen. Sie erklären weiter, daß der Boden, von Wasser gesättigt, weitere Fluten nicht mehr aufnehmen konnte und das Regenwasser somit ablaufen ließ, daß fast alle Zuflüsse der Seine wuchsen, die Wirkung der Fluten sich also für Paris selbst, wo all die Seitenflüsse bereits einen großen Strom bilden, vervielfachte.

All dies sind naturgegebene Tatsachen, die sich nicht ändern lassen. Aber neben diesen zwei primären Gründen gibt es doch auch Nebengründe, die einen wesentlichen Anteil an der großen Verheerung tragen, und unter ihnen steht mit an erster Stelle die Entwaldung des Seinebeckens.

Nicht als ob bewiesen werden könnte, daß ein größerer Waldbestand die Überschwemmung verhindert hätte. Im Jahre 1658 war das Seinetal noch sehr gut bewaldet und doch stieg die Flut höher als heuer; doch kam diesmal die Überschwemmung unverhältnismäßig rascher, seitdem die hemmenden Barrieren des Baumwuchses fehlen, und floß auch rascher ab; sie richtete in einer viel kürzeren Zeit als damals einen ebenso großen Schaden an.

Das Problem ist viel diskutiert worden, und der Verfasser des bedeutendsten Werkes über die Witterungs- und Wasserverhältnisse des Seinetales, Belgrand, sagt im Jahre 1872: das Seinetal sei hinreichend bewaldet, da über ein Drittel der Abhänge des Morvangebirges und des Plateaus von Burgund sowie die weiten Flächen um Fontainebleau und um Beauchamp mit Waldbeständen bedeckt seien, und dies genüge, und daß eine Gefahr für diese Waldbestände nicht vorhanden, weil eben diese Konservierung im Interesse der Eigentümer selbst läge und man von diesen nicht annehmen könne, daß sie sich selbst ihrer besten Einkünfte berauben würden.

Und doch ist das eingetreten, was Belgrand für unmöglich erklärte: Seit dem Jahre 1872 fiel ein Wald nach dem anderen, und wenn auch zugegeben werden mag, daß das Seinetal nicht so schlimm gestellt ist wie etwa das Tal der Loire, so ist der Wald doch von vielen seiner Höhenzüge verschwunden und damit die Schutzwehr gegen allzu rasch auftretende, allzu hochgehende Überschwemmungen beseitigt.

Welches sind die Gründe der Entwaldung? Sie sind ökonomischer, aber auch verwaltungstechnischer Natur. Die Steuern, die auf den Waldbesitzern lasten, sind zu hoch, dieselben werden durch den Steuerdruck gezwungen, ihre Waldbestände loszuschlagen.

Ferner sind die Bedürfnisse der Industrie vielfach dem Wald feindlich; die Papierfabriken vor allem verzehren ein Gehölz nach dem anderen, und ebenso kommen selbst aus dem Auslande Unternehmer, welche den schönen Waldbeständen des Seinetals zu Leibe gehen. Ein viel gefährlicherer Feind des Waldes als alle diese Faktoren sind aber die Schafherden, das Interesse des Hirten. Für seine Zwecke sind die Wälder wertlos; er strebt darnach, seine Herden zu vergrößern, er braucht Weide, er schlägt die Bäume nieder, und das weidende Vieh vollendet dann die Zerstörung, vernichtet Wurzel und Keim, verhindert jeden Nachwuchs.

Die Folgen der Entwaldung waren ja allerdings bei verschiedenen geologischen Bedingungen verschieden und nicht ungünstig dort, wo ein fetter Boden die Ersetzung des Waldes durch üppige Wiesen ermöglichte; auf steinigem Gebiet aber, dem das Wurzelgeflecht des Waldes früher mühsam etwas Erde aufgeklammert hatte und das nunmehr ganz brutal zutage trat, waren auch die Bedingungen für das rasche Erwachen einer Überschwemmung gegeben.

Und so kam es. Nicht von den bewaldeten Strecken des Seinetals, sondern von den waldlosen, steinigen Flächen, von den Flüssen, die in diesen Bezirken ihren Ursprung nehmen, ging im wesentlichen die große Überschwemmung aus.

Wenn der Wiederkehr ähnlicher Naturkatastrophen vorgebeugt werden soll, dann muß die Wiederaufforstung in planmäßiger Weise betrieben werden. Nicht als ob ich unvernünftige Forderungen, wie die der Aufforstung fruchtbarer Ackerlandschaften, aufstellen wollte, nein; es genügt vollständig, wenn der unfruchtbare Boden der Berghänge, der auch heute nur kümmerliche Ertragsmöglichkeiten für den Hirten bietet, dem Walde wiedergegeben wird; die lokalen Interessen werden dabei wenig verlieren, und das große Allgemeininteresse der im Seinetal Wohnenden wird dabei unendlich an Sicherheit gewinnen.

Der ganze Verlauf und die ganze Ursachenverkettung der letzten Überschwemmung zeigen aber aufs neue für den inländischen wie den ausländischen Beobachter, eine wie große praktische Wichtigkeit den Fragen der Entwaldung und Wiederaufforstung zukommt.



## CHRONIK

### Die Entvölkerung Spaniens.

Von den großen romanischen Staaten, die einst Träger der Zivilisation und Schrittmacher der Geschichte waren, befinden sich Spanien und Portugal am meisten im Verfall. In viel geringerem Maß noch als in Italien hat die moderne Kultur und die moderne Industrie in Spanien Fuß gefaßt. Das Volk wird dort noch wie vordem von Klerus geleitet, und die Not ist sehr groß. In den letzten Jahren greift deshalb die Bevölkerung immer mehr und mehr nach dem Allheilmittel: der **Auswanderung**. Die spanische Auswanderung nimmt von Jahr zu Jahr in verblüffend raschem Tempo zu. So berichtet die „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“, daß 1906 aus Spanien rund 122 000 Personen ausgewandert sind, während die Ziffer der Auswanderer 1904 noch weniger als 40 000 betrug. Dieser große Menschenstrom fließt meistens nach den spanisch sprechenden südamerikanischen Republiken, besonders nach Argentinien, wo 1906 die Zahl der eingewanderten Spanier nahezu 73 000 betrug.

Angesichts dieser großen Auswanderung ist direkt eine Bevölkerungskalamität entstanden. Von 1887—1900 wuchs die Bevölkerung Spaniens von 17 Millionen auf 18, d. h. um kaum  $\frac{1}{2}$  % im Jahre. Bei der nächsten Volkszählung wird überhaupt keine Zunahme mehr, sondern ein **Rückgang** der Bevölkerung erwartet.

ssc.

**Die französische Bevölkerungskrise.** Die Bevölkerungskrise in Frankreich, welche die Gelehrten in immer höherem Maße beschäftigt,

zeigt die Zeitschrift des Kgl. Preuß. Stat. Landesamts in ihrer vollen Bedeutung durch eine Gegenüberstellung mit der Bevölkerungsbewegung in Preußen. Es gab in Preußen:

Jahr	Eheschließungen	Geburten	Bevölkerungszunahme
1896	264 822	1 185 479	518 692
1900	293 064	1 235 903	490 369
1905	299 988	1 241 819	514 990
1906	309 922	1 269 611	595 942

Dagegen in Frankreich:

1896	290 171	865 586	+93 700
1900	299 084	827 297	—25 988
1905	302 623	807 291	+37 120
1906	306 487	806 847	+26 651

Obwohl also noch im Jahre 1905 die Zahl der Eheschließungen in Frankreich größer war als in Preußen, war die Zahl der Geburten um nahezu 50 % geringer! Als Folge hat sich denn auch ergeben, daß die gesamte natürliche Bevölkerungszunahme in Frankreich nur 56 464 im Jahresdurchschnitt für 1896—1905 betragen hat, während sie in Preußen gleichzeitig jährlich  $\frac{1}{8}$  Million überstieg.

s. s. c.



**Berlin gegen die Landflucht.** „Die Reichshauptstadt hat als größte Grundbesitzerin der Mark natürlich ein Interesse daran, die Gutsarbeiter an die Scholle zu fesseln. Diesem Zweck diene ein interessanter Beschluß, den die Deputation für die städtischen Güter faßte. Die Deputation nahm einstimmig das Projekt für ein zum gemeinschaftlichen Wohnen von etwa 40 unverheirateten Handwerkern und sonstigen landwirtschaftlichen Arbeitern bestimmtes Haus auf dem neuen Gute Hobrechtsfelde an. Das „Gemeinschaftshaus“



stellt einen Versuch dar, unverheiratete Arbeiter, die jetzt zumeist der Abwanderung in die Städte verfallen, auf dem Lande dadurch zu fesseln, daß ihnen neuzeitliche Lebensbedingungen und die Aussicht gewährt wird, bei Verheiratung in andere Stellen der großen landwirtschaftlichen Verwaltung der Stadt Berlin, die auf ihren etwa 25 Gütern eine größere Anzahl von Handwerksstätten aller Art besitzt, einzurücken.“

Diese Mitteilung, die wir dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen, stellt einen interessanten Versuch dar zur Schaffung einer Landarbeiterschaft in städtischen Diensten. Beim Glücken des Experimentes dürften wohl viele Kommunen diesem Beispiel folgen, und es ist vielleicht hier einer der Wege angedeutet, die zur „Selbsternährung der Städte“ führen können.



**Das Wechselrecht.** Im Monat Juni dieses Jahres findet in Haag auf Einladung der holländischen Regierung die erste internationale Konferenz statt, um die Aufgabe der Vereinheitlichung des Wechselrechts zu lösen. An ihr werden Vertreter zahlreicher Länder teilnehmen. Die Vertreter des Deutschen Reiches hatten bereits im Januar unter Zuziehung von Sachverständigen aus Interessenten- und Juristenkreisen im Reichsjustizamte in Berlin Beratungen zur Vorbereitung der Konferenz. Von ihnen wird wohl nach Möglichkeit auf Beibehaltung der wesentlichen Bestimmungen der mustergültigen deutschen Wechselordnung hingewirkt werden. Es wird vom guten Willen der beteiligten Kulturstaaten abhängen, ob das schöne und so bedeutsame Ziel der Herstellung eines einheitlichen Weltwechselrechts erreicht werden wird. (Vgl. das Werk

von Kammergerichtsrat Dr. E. Meyer-Berlin: „Das Weltwechselrecht“.)

Dr. John Mez.



**Die neue Kautschukquelle.** Man schreibt der Frankf. Ztg.: Der Bedarf an Kautschuk steigt von Jahr zu Jahr, während die natürlichen Quellen, aus denen er gedeckt werden muß, solange seine künstliche Herstellung noch nicht gelungen ist, infolge der forcierten Inanspruchnahme sich zu erschöpfen drohen. Die Entdeckung einer neuen Kautschukpflanze ist daher von erheblicher Bedeutung. Die Franzosen haben, wie kürzlich schon kurz mitgeteilt, das Glück gehabt, in ihrer Kolonie Indochina einen Baum aufzufinden, der als Kautschukspender zu schönen Hoffnungen berechtigt. Bisher waren es nur Lianen, die dort bei schwieriger Ausbeutung mäßige Erträge des kostbaren Milchsafte liefern, und auch die Versuche, fremde Kautschukpflanzen in Tongking einzuführen, blieben ohne rechten Erfolg. Der nun aufgefundene Baum bildet nach einem Bericht, den die Naturwissenschaftliche Rundschau den Comptes rendus entnimmt, sehr dichte Bestände in der ganzen Provinz Bac-Kan und im Süden der Provinzen Bao-Lac und Cao-Bang. Der aus dem Baum ausfließende Milchsafte enthält reichlich Kautschuk, der von ausgezeichneter Beschaffenheit sein soll. Der Baum erreicht eine Höhe von zehn bis fünfzehn Metern und gehört in die Familie der Moraceen, und zwar in die Gattung Bleekrodea, von der bisher zwei Arten, eine auf Madagaskar und eine auf Borneo, bekannt waren. Die tonkinesische Art hat den Namen Bleekrodea tonkinensis erhalten. Hoffen wir, daß sie die Erwartungen erfüllt, die ihre Entdecker auf sie setzen.



## POLITISCHE ENTWICKLUNG

### GEORG GOTHEIN, M. D. R.: DIE ELSASS-LOTHRINGISCHE VERFASSUNGSFRAGE.



ALS im Frankfurter Frieden Elsaß-Lothringen Deutschland angegliedert wurde, erregte es einen Sturm der Begeisterung im deutschen Volke, daß diese alten deutschen Lande, in denen der Kern der Bevölkerung deutsch geblieben war, wo nach wie vor die deutsche Sprache vorherrschte, nun wieder an Deutschland zurückfielen. Man kann ehrlich gestehen, daß neben diesem starken Gefühl, das das Volk beherrschte, für die Regierungen, den leitenden Staatsmann und unsere Generale in noch höherem Maße die Erwägung maßgebend war, daß damit die militärische Position Deutschlands gegen Angriffe von französischer Seite eine wesentliche Verbesserung erfahren würde. Von Metz und Straßburg, um die kleineren Vogesenfestungen nicht zu nennen, waren die deutschen Lande rechts und links des Rheines im Falle eines Krieges ständig bedroht, und der Aufmarsch unserer Armee, die Chance, einen Feldzug nicht im eigenen Lande führen zu müssen, war jedenfalls ungleich viel besser, wenn diese Festungen in deutsche Hand kamen. Freilich, daß Belfort französisch blieb, war ja für das südbadische Land immerhin eine gewisse Bedrohung, aber gegenüber dem Moment, daß diese Stadt und ihre Umgebung eine rein französische Bevölkerung aufwies, mußte das der militärischen Sicherheit hier zurücktreten, um so mehr, als die Bedrohung Deutschlands von Belfort aus nicht die Bedeutung wie die von Metz und Straßburg aus besaß.

Das deutsche Volk sah in den Elsaß-Lothringern Landsleute, wollte sie mit offenen Armen in das neue Deutsche Reich aufnehmen und war recht enttäuscht, als es auch bei den deutschsprechenden Elsaß-Lothringern keine Gegenliebe fand, als auch bei diesen die Sympathien für Frankreich unvermindert blieben.

Das war freilich nicht verwunderlich, denn die Geschichte Elsaß-Lothringens war mit der deutschen nur recht lose verbunden. Das Herzogtum Elsaß ist ungefähr um das Jahr 1260, also in der Zeit des Interregnums zu Ende gewesen, und seit dieser Zeit hat selbst das Elsaß keine eigentlichen staatlichen Verbindungen mit Deutschland mehr gehabt. Für Lothringen waren sie auch schon vorher mehr wie lose, und in der Folgezeit mußten die zehn Städte des Elsaß sich auf eigene Hand wehren. In dem Kampf mit Karl dem Kühnen haben sie mit den Schweizern und Lothringern zusammen ihr eigenes Heer gegen ihn ins Feld geführt. Später hat das habsburgische Kaisertum das Elsaß der spanischen Oberhoheit überantwortet, so daß es als ein Bestandteil der spanischen Monarchie durch den Dreißigjährigen Krieg hindurch- und in den Westfälischen Frieden hineingegangen ist; eine Geschichte, die in keiner Weise dazu angetan ist, glänzende Erinnerungen an die Zusammengehörigkeit mit Deutschland wachzuhalten. Die Geschichte des Elsaß war, solange es in mehr oder minder loser Form zu Deutschland zählte, nicht deutsche, sondern Provinzialgeschichte, und das erstemal, wo die Elsaß-Lothringer das Gefühl der Staatsbürgerlichkeit bekommen haben, das war das Jahr der französischen Revolution 1789.

„Jene ersten starken politischen Empfindungen, die aus Menschen Bürger gemacht haben, jene ersten starken staatsbürgerlichen Empfindungen, die



ein Volk bis auf Kindeskinde nicht vergißt, weil es dankbar dem Tage bleibt, wo es aus der Untertanenschaft herausgezogen wurde zur Selbständigkeit. Diese ersten wirklichen Volksempfindungen sind leider den Elsaß-Lothringern von der französischen Seite aus gekommen.“ \*)

Die Erinnerung an die gemeinsamen großen Tage der französischen Revolution, an die Ruhmestaten der Armeen des ersten Napoleon — und Elsaß hat seinen Heeren die besten Soldaten und eine Reihe seiner hervorragendsten Feldherren gestellt — mußte einen viel stärkeren politischen Zusammenhang mit Frankreich schaffen als die alte, in nebelgrauer Ferne sich verlierende, unbedeutende Geschichte aus der Zeit der Zusammengehörigkeit mit Deutschland.

Freilich, die Sprache der Mehrzahl der Bevölkerung war deutsch geblieben; und es hatte sich in ihr auch eine eigene Kultur, vor allen Dingen eine gar nicht zu unterschätzende volkstümliche Literatur und bildende Kunst herausgebildet. Frankreich war klug genug gewesen, die deutschsprechenden Elsaß-Lothringer niemals in der Betätigung ihrer nationalen Kultur irgendwie zu beschränken. Im Gegenteil, man brachte ihr lebhaftes Interesse entgegen. Ja, man tut es noch heute, wie der Abg. Naumann treffend in seiner Reichstagsrede gesagt hat: „Wenn im Elsaß irgend etwas französisch gesprochen wird, hört man es in Paris; wenn aber etwas deutsch gesprochen wird, hört man es in Berlin nicht, und gerade dieses Nichthören ist es, was dort sozusagen als Stummheit empfunden wird.“

Die großen historischen Erinnerungen, die bürgerliche Freiheit, die der Elsaß-Lothringer unter der französischen Herrschaft erlangt hatte, hätten es notwendig gemacht, daß Deutschland nach der Annexion den Elsässern etwas Gleichwertiges geboten hätte, mindestens so viel, daß der Umschwung der staatlichen Abhängigkeit für sie nicht als kulturelle und moralische Verminderung, als Minderung ihrer Freiheit erschienen wäre. Das aber ist nicht recht geglückt. Das deutsche Volk und die deutsche Verwaltung haben hier erhebliche Fehler gemacht. Gerade in politischer Hinsicht hat man den Elsaß-Lothringern nicht die Selbständigkeit gegeben, die Befriedigung erwecken konnte, man hat in dieser Richtung immer nur Hoffnungen erweckt.

Bismarck sagte: er hoffe, daß man dazu kommen könne, den Elsässern die größere Selbständigkeit zu geben. Jeder Statthalter, vom ersten bis zum gegenwärtigen, hat bei politischen und feierlichen Gelegenheiten, bei Festessen und sonstigen Situationen dieselbe Hoffnung ausgesprochen. Auch der jetzige Reichskanzler hat es vor Jahresfrist getan und gehofft, daß nun bald die Zeit kommen würde, wo man Elsaß-Lothringen die politische Selbständigkeit geben könne. Aber immer ist das in weitere Fristen hinausgerückt worden, immer erst wollte man warten, bis die Vorbedingungen erfüllt waren, das heißt bis keine irgendwie deutschfeindliche Reden mehr in den Reichslanden ertönten. Man war gegenüber Elsaß-Lothringen nervös und kleinlich geworden. Man legte ihm gegenüber eine schulmeisterliche Ängstlichkeit an den Tag. Und das mußte verstimmen. Ja, man war so kleinlich, daß man den Gebrauch der französischen Sprache in den Reichslanden bei vielen Gelegenheiten auch als ein Moment ansah, daß die Reichslande noch nicht politisch reif für die Autonomie seien. Und konnte man es den Elsaß-Lothringern verargen, daß sie gerade in ihren

\*) Naumann in der Reichstagsrede vom 14. März 1910.

Kulturbeziehungen noch vielfach nach Paris gravitierten! müssen wir doch in Deutschland, wenn wir ehrlich sein wollen, selbst mit Dank anerkennen, was die französische Kultur auch für Deutschland bedeutet hat. Da konnte man nicht verlangen, daß die Jahrhunderte alten Kulturbeziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und Frankreich ohne weiteres abgebrochen würden. Überhaupt ist es kleinlich, zu verlangen, daß in Kulturfragen die Beziehungen sich nach der Landesangehörigkeit richten sollen. Gerade die größten deutschen Geister, ein Kant, ein Goethe, ein Schiller, ein Herder, ein Wilhelm v. Humboldt sind internationale Menschen gewesen, haben die Internationalität der Kultur stets aufs entschiedenste betont. Und so zweifellos auch Frankreich von den Errungenschaften deutscher Kultur außerordentlich profitiert hat, so töricht wäre es, den enormen Einfluß zu leugnen, den der französische Geist für die Entwicklung des deutschen in kultureller wie in politischer Beziehung gehabt hat.

Es ist das Unglück der deutschen Regierungen, daß sie das Vertrauen zum Volksgeist stets nur in sehr kurzen Perioden gehabt, daß sie ihre Stärke vor allem im Polizeigeist gesucht haben. Und selbst in der großen Zeit der Einigung Deutschlands hat man den hinzutretenden Reichslanden gegenüber diesen kleinlichen Polizeigeist walten lassen. Gewiß, bei der damaligen Stimmung ihrer Bevölkerung konnte man nicht erwarten, daß sie sich der historischen Tatsache der Vereinigung mit Deutschland ohne heftigen Widerspruch fügen würden, und es ist unzweifelhaft, daß die allzu lebhaft und freie Äußerung des Protestes dem Revanchegedanken in Frankreich neue Nahrung zugeführt haben würde. Aber andererseits hätte doch auch die politische Freiheit die Elsaß-Lothringer mit ihrem Schicksal versöhnt. Das Beispiel der Gewährung der vollen staatsbürgerlichen Freiheit und Selbstbestimmung an die vormalige Transvaal- und die Orange-Republik so kurz nach der erfolgten Eroberung durch England ist der beste Beweis dafür, wie versöhnend solches Vertrauen wirkt. Statt dessen hat Deutschland die Elsaß-Lothringer von Anfang an bis jetzt unter Vormundschaft gehalten.

Durch das Vereinigungsgesetz von 1871 wurde dem Kaiser die Ausübung der Staatsgewalt übertragen, und die konstitutionelle Ausbildung der Landesverfassung der Entscheidung des Reiches vorbehalten. Erst 1874 wurde die Reichsverfassung selbst in Elsaß-Lothringen eingeführt, und Elsaß-Lothringen formell zu dem Gebiet der deutschen Einzelstaaten hinzugezählt; aber Mitgliedschaftsrechte zum Bundesrat wurden ihm auch damals noch nicht gewährt, obgleich diese bereits in den Motiven des Vereinigungsgesetzes in Aussicht gestellt waren, und auch heute — 36 Jahre später — ist in dieser Beziehung nichts geändert worden. Liliputstaaten wie Waldeck, Lippe, Reuß haben ihre Vertretung im Bundesrat. Elsaß-Lothringen kann seit 1879 zwar einen Delegierten mit beratender Stimme hineinsenden, aber es ist außerstande, seine eigenen Interessen durch Abstimmung zu vertreten. In den wichtigsten, seine Interessen berührenden Fragen — es sei nur an die der Schiffsabgaben erinnert, die die Reichslande wegen des Rheines einerseits, der geplanten Moselkanalisation andererseits sehr nahe angehen —, vermögen sie nicht ihre Stimme in die Wagschale zu werfen. Bei dem vorliegenden Kaligesetzentwurf ist auf Elsaß-Lothringen, das in dem Vorkommen bei Mülhausen außerordentlich reiche Kalilager besitzt, in keiner Weise Rücksicht genommen worden, usw.

Mit dem Jahre 1874 wurde die Gesetzgebung auch der Angelegenheiten, welche in den übrigen Bundesstaaten diesen obliegen, dem Reiche über-

tragen. Erst 1877 erhielt es eine Art eigener Landesgesetzgebung insofern, als Landesgesetze mit Zustimmung des Bundesrats vom Kaiser erlassen werden konnten, nachdem der bereits vorher ins Leben berufene Landesausschuß sie begutachtet hatte. Aber auch diese Mitwirkung der Landesvertretung war nur fakultativ, denn die Gesetzgebung wurde auch in den inneren Angelegenheiten Elsaß-Lothringens dem Reichstage vorbehalten. Die letzte Verfassungsreform für die Reichslande datiert vom 4. Juli 1879. Auch sie war nur als Provisorium gedacht. Durch sie wurde die oberste Verwaltung einem Statthalter unterstellt, ein Ministerium eingeführt, die Kompetenz des Landesausschusses weiter ausgebaut, und die bereits oben erwähnte Zulassung eines Vertreters zum Bundesrat mit beratender Stimme eingeführt.

Der gegenwärtige Verfassungszustand ist also folgender: die Staatsgewalt wird durch den Kaiser ausgeübt. Ein elsäß-lothringisches Gesetz kann auch mit Zustimmung des Bundesrats und des Landesausschusses nicht verkündigt werden ohne den Willen des Kaisers, dem auch das volle Verordnungsrecht und das Begnadigungsrecht zusteht. Aber dieses Recht des Kaisers beruht nicht auf Verfassung, sondern auf einem Reichsgesetz, das jederzeit, auch gegen seinen Willen, aufgehoben werden kann, wenn die Mehrheit des Bundesrats ihm zustimmt. Der Kaiser übt also die landesherrlichen Rechte aus, ist aber gewissermaßen doch nur Landesherr auf Kündigung. Der zweite Faktor, der Reichstag, kann auch heute Landesgesetze für Elsaß-Lothringen erlassen, ohne daß dessen Landesausschuß überhaupt gefragt wird, und die vom Reichstag unter Zustimmung des Bundesrats für Elsaß-Lothringen erlassenen Gesetze können auch wieder nur durch Beschluß von Reichstag und Bundesrat aufgehoben werden.

Zu allen landesrechtlichen Gesetzen und Verordnungen, selbst zur Festsetzung des Staatshaushaltsetats für Elsaß-Lothringen, ist die Zustimmung des Bundesrats notwendig, der für die Reichslande gewissermaßen die Stellung eines Oberhauses einnimmt, ohne ein Organ des elsäß-lothringischen Staatswesens zu sein; denn er ist zusammengesetzt aus Mitgliedern, die von den Verhältnissen des Reichslandes vielleicht viel weniger kennen als von denen der entferntesten Kolonien, aus Mitgliedern, die nicht nach ihrer individuellen Überzeugung, sondern nach den ihnen erteilten Instruktionen abstimmen, die die wahren Interessen des Landes schon deshalb nicht vertreten können, weil sie seine Bedürfnisse und Wünsche nicht kennen, nicht das nötige Verständnis für die Eigenart, die Rechte und die Empfindungen der Elsaß-Lothringer haben. Überall werden diese wie die Kinder bevormundet. Der bekannte Staatsrechtslehrer Professor Laband äußerte sich darüber:

„Für die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen muß diese Ausübung von Hoheitsrechten seitens der deutschen Bundesregierungen in Landesangelegenheiten Elsaß-Lothringens das Gefühl einer Bevormundung erregen, und da etwas Ähnliches in keinem anderen Teil des Reichsgebietes stattfindet, wird dies als eine Versagung der Gleichberechtigung, als eine Minderung der politischen Rechtsfähigkeit empfunden.“

Es ist begreiflich, ja, es ist eine Notwendigkeit, daß aus den reinen Landesangelegenheiten Elsaß-Lothringens sowohl der Bundesrat wie der Reichstag ausgeschaltet werden, daß ihm die Autonomie gegeben wird, die andere Einzelstaaten seit der Reichsgründung haben, daß die Elsaß-Lothringer sich nicht mehr als Deutsche zweiter, sondern als Deutsche erster Klasse fühlen können.



Diese Autonomie ist selbstverständlich eine beschränkte. Niemand in Elsaß-Lothringen denkt daran, daß sie sich in der Weise, wie man das Bayern und Württemberg zugestanden hat, auf militärische Dinge erstrecke. Diese müssen selbstverständlich dem Reiche vorbehalten bleiben. Auch wird man die dem Reiche gehörenden Eisenbahnen nicht zu Landeseisenbahnen machen; fragt es sich sogar doch, ob das ein Vorteil für die Finanzen der Reichslande sein würde, denn selbstverständlich müßten diese dann auch den entsprechenden Anteil an der Schuldenlast des Reiches übernehmen, und es ist im allgemeinen nicht vorteilhaft für ein kleines Land, eigene Staatsbahnen zu besitzen, die zweckmäßig doch nur in einem großen Netz betrieben werden können. In Wirklichkeit wird sich also die Autonomie nur auf die innere Verwaltung, die Leitung der nicht bedeutenden Staatsbetriebe, auf die Gesetzgebung und die Oberleitung von Kirche, Schule, Medizinalwesen, Polizeiwesen und auf die Ausführung der Reichsgesetze erstrecken, also sich auf jene unbedingt notwendige Dezentralisation beschränken, die jedem anderen deutschen Einzelstaat zusteht.

Um das aber durchzuführen, muß an Stelle des *Landesausschusses* eine wirkliche *Volksvertretung* gesetzt werden. Der *Landesausschuß* ist nur ein dürftiges Surrogat einer solchen. Er ist eine Delegation aus anderen Körperschaften heraus und zum Teil eine Notabelnvertretung. Für die Wahl des elsaß-lothringischen Landtages kann nur das gleiche, geheime, direkte und allgemeine Wahlrecht in Frage kommen. Einmal deshalb, weil dieses bereits zu allen anderen Vertretungskörpern: für die Gemeindewahlen, für die Kreisvertretungswahlen besteht. Es hat sich auch gar nicht als ein großes Unglück erwiesen, wenn einmal in einer Stadt wie Mühlhausen die Gemeindeverwaltung eine sozialdemokratische Mehrheit hatte. Das elsaß-lothringische Volk würde es als eine Kränkung und Zurücksetzung empfinden, wenn man ihm das Wahlrecht, das es zu seinen Gemeinde- und Kreiswahlen hat, nicht auch für seine Landesvertretung konzedieren wollte. Aber dieses Wahlrecht liegt gerade auch im *deutschen* Interesse, denn wo französische Sympathien vorhanden sind, finden sie sich weit mehr in der gebildeten und wohlhabenderen Oberschicht, die verwandtschaftliche und ältere Beziehungen mit Paris und dem übrigen Frankreich verbindet, als in den unteren Schichten der Bevölkerung, die schon nach ihrer Sprache überwiegend deutsch sind. Und da selbst der als preußischer Ministerpräsident dem geheimen, gleichen und direkten Wahlrecht so feindlich gegenüberstehende Reichskanzler von Bethmann-Hollweg im Preußischen Abgeordnetenhaus erklärt hat, daß dieses demokratischere Wahlrecht für den Süden seine historische Berechtigung habe, nicht aber für den Norden, so wird man wohl annehmen dürfen, daß auch er dessen Notwendigkeit für Elsaß-Lothringen anerkennen wird. Muß er sich doch sagen, daß ein schlechteres Wahlrecht den Elsaß-Lothringern die Empfindung beibringen müßte, daß sie gegenüber den französischen Nachbarn ein minderes Bürgerrecht besäßen.

Wesentlich schwieriger ist die Frage der Vertretung Elsaß-Lothringens im Bundesrat zu regeln. Das setzt eine selbständige Regierungsgewalt voraus. Die jetzige Einrichtung eines Statthalters, der gewissermaßen auf eintägige Kündigung angestellt ist, der sofort abberufen werden kann, wenn die Instruktion, die er seinen Bundesratsbevollmächtigten gegeben hat, in Berlin nicht behagt, kann diese Unabhängigkeit nicht gewähren. Hier wird man entweder zum lebenslänglichen Statthalter greifen müssen oder zur Erbstatthalterschaft. An eine republikanische Ver-

fassung für die Reichslande, an die Wahl eines Landespräsidenten nach französischem Muster ist bei dem Überwiegen der monarchischen Institution in Deutschland füglich nicht zu denken, und abgesehen von den Sozialdemokraten und Herrn Blumenthal denkt auch in den Reichslanden wohl kaum jemand daran, daß diese Lösung erfolgen werde. Es schwirren Gerüchte in der Luft umher, daß in Aussicht genommen sei, den Prinzen August Wilhelm, der in Straßburg sein Doktorexamen gemacht hat, zum Erbstatthalter von Elsaß-Lothringen zu machen. Was daran Wahres ist, ob es sich um mehr als einen frommen Wunsch gewisser Kreise oder um höfischen Klatsch handelt, vermag man zurzeit nicht zu übersehen. Von entscheidender Bedeutung ist die Sache auch nicht, denn schließlich wird ein Erbstatthalter, aus welcher Familie er auch genommen sei, genötigt sein, sich die Sympathien der Elsaß-Lothringer durch Vertretung ihrer wohlverstandenen Interessen zu erwerben.

Ob zwischen Landesvertretung und Statthalter noch ein Oberhaus, ein Staatsrat oder irgend etwas eingeschaltet wird, ist nicht von wesentlicher Bedeutung. Ein Bedürfnis dafür wird kaum vorliegen. Zur Vorberatung der Gesetze dürfte das Ministerium ausreichend erscheinen, das ja aber eventuell durch gelegentliche Zuziehung einiger höherer Beamter ergänzt werden kann. Bereits heute besteht ein derartiger Staatsrat, dem der Oberlandesgerichtspräsident, ein Oberstaatsanwalt und acht bis zwölf durch kaiserliche Berufung Ernannte angehören, von denen drei auf Vorschlag des Landesausschusses erfolgen.

Die wirkliche Verschmelzung Elsaß-Lothringens mit Deutschland hat schwer darunter gelitten, daß namentlich im Anfang ein Strom altdeutscher Beamter, und nicht immer der besten Elemente sich über die Reichslande ergossen hat, die für deren Wesen nicht das nötige Verständnis hatten, die den aus Ostelbien mitgebrachten Polizei- und Bevormundungsgeist dort überall zur Geltung bringen wollten. Gewiß hat es unter diesen altdeutschen Beamten auch hervorragende Kräfte gegeben, die sich um die Entwicklung der Reichslande große Verdienste erworben haben. Das wird gerade auch von den Eingeborenen Elsaß-Lothringens willig anerkannt, aber es ist natürlich, daß man in erster Linie doch seine Beamten aus der autochthonen Bevölkerung gewählt wissen will. Das wird den Zusammenschluß mit Deutschland nicht hindern, sondern erleichtern.

Auch für die deutschen Beziehungen zu Frankreich kann es nur von Vorteil sein, wenn Elsaß-Lothringen endlich die verfassungsmäßige Stellung im Deutschen Reiche bekommt, die den Wünschen seiner Bevölkerung, die dem Zustande in den anderen deutschen Einzelstaaten entspricht; denn solange die Unzufriedenheit mit den Zuständen in Elsaß-Lothringen groß ist, gibt das auch in Frankreich immer Anlaß zu Mißstimmung gegen Deutschland, und die gereizte Stimmung gegen dasselbe würde mehr und mehr verschwinden, je mehr sich die Elsaß-Lothringer unter eigener Selbstverwaltung wohl fühlen. Eine weitere Annäherung Deutschlands an Frankreich würde aber nicht nur für den Weltfrieden, sondern auch für das Maß der Rüstungen, unter denen die Völker seufzen, von größter Bedeutung sein.

Auch in Frankreich wird man sich längst überzeugt haben, daß man mit der historischen Tatsache, die der Frankfurter Frieden geschaffen hat, sich endgültig abfinden muß. Die Differenz in der Bevölkerungsziffer und damit in der Volkskraft, die sich zwischen dem stagnierenden Frankreich und dem jährlich um 900 000 Seelen zunehmenden Deutschland von Jahr zu Jahr vergrößert und heute bereits 25 Millionen Menschen beträgt, macht

es unmöglich, daß Frankreich im Kriege mit Deutschland Elsaß-Lothringen wieder gewinnen könne. Und wenn auch die Gefühle und Sympathien zahlreicher Elsaß-Lothringer noch nach Frankreich gravitieren, so sind ihre wirtschaftlichen Interessen doch so intensiv mit Deutschland verflochten, daß niemand von ihnen mehr wünschen kann, außerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes zu stehen, denn die reichsländische Industrie würde, wenn Elsaß-Lothringen wieder französisch werden sollte, gezwungen sein, zu einem großen Teil auf die rechte Seite des Rheines hinüberzuwandern, um zum deutschen Markte zu gehören. Schließlich entscheiden im Dasein der Völker die wirtschaftlichen Interessen. Die politischen Interessen aber verlangen, daß man jedem die Freiheit der Förderung seiner eigenen Kultur überläßt, daß man niemanden deshalb scheel ansieht, weil er als deutscher Reichsangehöriger die französische Sprache, die französische Kultur vorzieht. Nur dadurch, daß man jedem auch in dieser wie in politischer Beziehung die vollste Freiheit läßt, kann man auch moralische Eroberungen machen, kann man die Liebe zu dem Vaterland, das sich der Mensch in den meisten Fällen nun einmal nicht frei wählt, sondern in dem er geboren ist, wahrhaft großziehen.



## DR. R. BLANK, PETERSBURG: DIE FINNLÄNDISCHE FRAGE.



Die sogenannte „Verständigungskommission“, die über die Art und Weise, wie Reichsgesetze in Finnland eingeführt werden könnten, beraten sollte, hat vor einiger Zeit ihre Sitzungen geschlossen. Zu einer Verständigung ist es aber nicht gekommen.

Dies wird keinen Menschen wundern, der den Arbeiten besagter Kommission einige Aufmerksamkeit geschenkt hat. Diese verbarg ja unter einem überlangen Titel und Nebentitel ein äußerst einfaches Ziel, das übrigens vom Führer der russischen Kommissionsgruppe, Herrn Geheimrat Deitrich, in seiner letzten Sitzungsrede vom 8. Dezember 1909 offen ausgesprochen wurde:

„Unser eigener Standpunkt“, sagte er, „ist mit vollkommener Klarheit und Bestimmtheit formuliert worden: Finnland ist eine russische Provinz, die eine nur lokale, ihr von der Zentralregierung des russischen Staates bewilligte Autonomie besitzt.“

Nun ist aber den Finnländern an ihrer Unabhängigkeit, die sie mit vollem Recht als die Bürgschaft des wirtschaftlichen und kulturellen Gedeihens ihres Landes betrachten, viel zu viel gelegen, als daß sie solche Meinung hätten teilen können. Und dem Wortführer der russischen Gruppe antworteten die finnländischen Kommissionsmitglieder:

„Von dem finnischen Volke wird die Aufhebung der ihm durch seine Grundgesetze verbürgten, seit mehr als einem Jahrhundert genossenen Autonomie als eine der schwersten Prüfungen empfunden werden, die es je zu bestehen hatte.“

Unter solchen Verhältnissen war irgendeine Verständigung einfach unmöglich, was übrigens leicht vorherzusehen war.



Was wird nun die Folge sein?

Die „Ergebnisse“ der Kommissionsarbeiten, d. h. der von der russischen Gruppe vorgelegte Entwurf und die Antwort der finnländischen Kommissionsmitglieder, sind dem Ministerrat unterbreitet worden. Letzterer wird jenen Entwurf unter der einen oder der anderen Gestalt, mit einigen mehr oder weniger bedeutenden Änderungen sicherlich annehmen. Augenscheinlich sind aber die Finnländer fest entschlossen, sich der Verwirklichung solcher Absichten zu widersetzen. Es steht zwar zu erhoffen, daß dieser Widerstand sich in friedliche, würdevolle Formen kleiden wird; allein die Krise kann auch eine schlimme Wendung nehmen und ungeahnte Folgen nach sich ziehen.

„Falls der in Frage stehende Entwurf rechtskräftig werden sollte,“ erklärten die Finnländer in ihrer Rückäußerung auf Deitrichs Vorlage, „so würde das nicht nur die Grundlagen erschüttern, sondern den Einsturz des ganzen Gebäudes herbeiführen. Sie können sich nicht vorstellen, was für Gesinnungen und Gedanken ein solcher Akt in unserem kleinen Volke hervorrufen würde.“

Darauf erwiderte Herr Geheimrat Deitrich: „Vor Drohungen fürchten wir uns nicht!“

Die Drohungen des kleinen Finnlands vermögen freilich das große Rußland nicht zu erschrecken. Aber es handelt sich hier weniger um Drohungen, als um Rücksichten höherer Art und mögliche politische Folgen. Und in dieser Hinsicht ist doch zu „Befürchtungen“ Grund genug.

Die Macht des Reiches gebrauchen, um Finnland seiner Autonomie und seiner Freiheiten zu berauben, wäre ein weiterer Schritt auf dem Weg nach vollständiger Vernichtung der Kulturelemente und der freien schöpferischen Kräfte dieses Landes, — es wäre die Fortsetzung jenes Systems, das die Größe des Staates auf die Trümmer seiner Bestandteile gründen will, — es hieße, die Schlinge noch enger zuziehen, in der das ganze Land erstickt.

Unmöglich kann die Zunahme der Unterdrückungsmaßregeln, und somit die Befestigung der Reaktion in Finnland) ohne Rückschlag auf die allgemeine Politik der Zentralregierung bleiben.

Wie die Glieder eines lebendigen Organismus, so sind auch die einzelnen Teile eines Staats eng miteinander verbunden. Darum kann die echt russische Bevölkerung des eigentlichen Rußlands dem Schicksal der annektierten Länder bzw. der „allogenen“ Völkerschaften nicht gleichgültig zusehen.

Man darf nämlich die traditionelle Unterdrückungspolitik Rußlands jenen Ländern und Völkerschaften gegenüber als eine der Hauptursachen bezeichnen, aus denen es im Gebiete der Kultur und der politischen Freiheit so weit zurückgeblieben ist. Denn die russischen Machthaber, nachdem sie sich angewöhnt hatten, die eroberten Länder und Völkerschaften gewaltsam zu behandeln, haben schließlich auf ihr eigenes Volk, also auf den Eroberer selbst, dieselbe Repressionspolitik übertragen.

Dazu kommt noch, daß die finnländische Frage eine starke Rückwirkung auf Rußlands internationale Stellung haben kann. Finnlands Schicksal erregt immer noch die Teilnahme der westeuropäischen Nationen, deren Sympathien für das finnische Volk um so mehr zunehmen, als Rußland tiefer in die Barbarei versinkt. Es sei hier nur an folgende Worte des bekannten Prof. Rudolf Eucken in seinem Aufrufe an die öffentliche Meinung in Europa erinnert. Die Stelle lautet in der Frankfurter Zeitung wörtlich (erstes Morgenblatt vom 16. Dezember 1909):

„So ist dort im fernen Nordosten eine reichbegabte und tatkräftige Volksindividualität entstanden, ein wertvolles Glied des Kulturlebens der Gegenwart. Die Voraussetzung der Bildung einer solchen Individualität war und ist aber die nationale Autonomie, mit ihrer Zerstörung müßte auch jene verwelken und absterben. Und das ist eine Sache, die uns alle, die wir an dem Kulturleben teilnehmen, eng und schmerzlich berührt.“

Dieser Aufruf wird gewiß nicht wirkungslos verhallen, und die europäische Presse wird sich mit der finnländischen Frage eingehend beschäftigen, wie dies bei den Ereignissen von 1902/04 übrigens schon geschah.

## TECHNISCHER & WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT

### CHRONIK

**E**IN internationales Institut für Bibliographie der Rechtswissenschaft ist soeben in Berlin unter Beteiligung der hervorragendsten deutschen, österreichischen und schweizerischen Juristen ins Leben gerufen worden. Das Programm des neuen Instituts, das nicht nur für Fachjuristen, sondern auch für Technik, Industrie und Handel Interesse bietet, versendet die Geschäftsstelle (Berlin W. 50, Spichernstr. 17) kostenlos. Wir entnehmen demselben folgendes:

„Jährlich erscheinen in der Rechtswissenschaft und auf ihren Grenzgebieten Tausende von Büchern und größeren Aufsätzen in der Fachpresse, die planmäßig zu verfolgen dem einzelnen heute zur Unmöglichkeit geworden ist. Die Unterzeichneten sind deshalb zur Begründung eines In-

stituts zusammengetreten, das mit Hilfe eines internationalen Mitarbeiterstabes die Titel dieser Flut von Neuerscheinungen an einer Zentralstelle sammeln, sichten und in Monatsheften sowie Jahrbüchern systematisch veröffentlichen soll unter Beifügung von ganz knappen Referaten über den Inhalt der einzelnen Arbeiten.

Für die Durchführung dieses Planes liegen in der bewährten Organisation des aus Reichsmitteln laufend subventionierten, im Jahre 1905 begründeten „Internationalen Institutes für Sozialbibliographie“, des 1908 entstandenen „Internationalen Institutes für Techno-Bibliographie“ und des 1909 ins Leben getretenen „Internationalen Institutes für Bibliographie der Medizin“ Vorbilder vor. Die genannten Institute sind in ihrem

Hauptbureau in Berlin und in ihren Filialbureaus im Auslande räumlich und personal vereinigt. Es ist mit der Leitung dieser Institute und mit deren Verlag, dem sich ausschließlich mit dem Vertriebe bibliographischer Publikationen befassenden Bibliographischen Zentralverlag G. m. b. H., Berlin, ein Abkommen getroffen, das auf gemeinsames Vorgehen zwecks Vermeidung von Doppelarbeit und Zersplitterung der Kräfte abzielt.

Das neue Institut hat die Form des eingetragenen Vereins, dessen Mitglieder bei einem Jahresbeitrag von 20 Mk. die monatlichen Publikationen kostenlos erhalten. Der Vorstand des Institutes hat zusammen mit einem Sachverständigenbeirat die wissenschaftliche Leitung übernommen. Seine Tätigkeit hat das Institut bereits aufgenommen. Das 1. Heft wird in wenigen Tagen erscheinen.

Eine juristisch-bibliographische Auskunftsstelle wird den Mitgliedern literarische Zusammenstellungen ad hoc sowie Auszüge, Abschriften und Übersetzungen liefern.

Mit dieser Arbeit, die zweifellos einen Fortschritt in der Organisation des Wissenschaftsbetriebes darstellt, überhebt das Institut den Interessenten der rechtswissenschaftlichen Literatur der Mühe des zeitraubenden Materialaufsuchens und verhütet mit seiner zentralisierten Berichterstattung, daß die gleiche Arbeit gleichzeitig so und so oft geleistet wird. Es fördert aber auch gleichzeitig die Benutzung der rechtswissenschaftlichen Literatur, so daß das Unternehmen in den Kreisen der Wissenschaft und Praxis wie auch in der Verlegerwelt allseitige wohlwollende Unterstützung finden dürfte.

Mitgliedsanmeldungen sind an die oben genannte Geschäftsstelle zu richten.

**Freimaurer-Bibliographie.** Unter anderen Verhandlungsgegenständen bei der Ende September vorigen Jahres in Stuttgart abgehaltenen 47. Hauptversammlung des „Vereins deutscher Freimaurer“ wurde auch der Fortgang der Arbeiten zur Herausgabe einer wissenschaftlichen Bibliographie der gesamten Literatur über die Freimaurerei erörtert. Sie sollen nachdrücklich gefördert werden. So ist denn zu hoffen, daß in absehbarer Frist dem ausgezeichneten Nachschlage-Kompodium „Handbuch der Freimaurerei“, das auch in seiner dritten Neubearbeitung nach dem Stande der Sache am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts vielfach noch als „Freimaurer-Lexikon“ zitiert wird, eine vollständige und verlässliche Freimaurer-Bibliographie zur Seite tritt, wo man auch die vielen längst nicht mehr erhältlichen oder nie in den Buchhandel gelangten Schriften dieses Sondergebietes genau verzeichnet findet.



**Die schönste Bibliothek der Welt** ist die von der amerikanischen Stadt Boston errichtete Volksbibliothek. Die „Zeitschrift für Volkswohl“ gibt eine Schilderung dieser geradezu großartigen Institution. Die Errichtung der Bibliothek hat  $2\frac{1}{2}$  Mill. Dollar gekostet. Das in der Mitte der 500 000 Einwohner zählenden Stadt liegende Gebäude ist aus kostbarstem Material hergestellt. Vor allem bewunderungswürdig sind aber die inneren Einrichtungen, die es erlauben, einem Besucher einen geforderten Band in 7 Minuten zustellen, während selbst in der berühmten Bibliothek des Londoner British Museums das Heraussuchen eines Buches 15–20 Minuten in Anspruch nimmt. Zu diesem Zwecke ist die drei Stockwerke umfassende Bücherei mit einem Netze pneumatischen





tischer Röhren ausgestattet, durch die die verlangten Bücher befördert werden. Angestellte suchen dieselben heraus und füllen sie auf kleine Rollwägelchen, die auf elektrischen Bahnen zu einem Aufzuge befördert werden, von wo aus sie selbsttätig nach der Auslieferungsstation gelangen. Zur größeren Bequemlichkeit der Bibliotheksbenutzer befinden sich in der Stadt 17 Auslieferungsstellen, an denen man, ohne sich nach dem Mittelpunkt der Stadt zu bemühen, jedes gewünschte Buch erhalten kann. Außerdem sind auch noch 10 Zweigsammlungen in der Stadt verstreut.

Die kolossale Benutzung der Bibliothek durch die Einwohnerschaft erhellt aus der Tatsache, daß 65 000 Leserkarten ausgegeben sind, so daß also jeder achte Einwohner der Stadt — Kinder und Lesensunfähige mit eingerechnet — Benutzer der Bibliothek ist. Auf den Inhaber jeder Lesekarte fallen jährlich im Durchschnitt 20 ausgeliehene Bände, was einem Gesamtumsatze von 1 300 000 Bänden jährlich entspricht. Für Kinder besteht ein eigenes Lesezimmer, das 1300 Bände enthält; die Kinder werden bereits in den Schulen zur Benutzung der Bibliothek angehalten. Die Erhaltung der Bibliothek verursacht einen jährlichen Kostenaufwand von 260 000 Dollars, wovon die Stadt 250 000 beisteuert, während der Rest durch Schenkungen und Stiftungen gedeckt wird.

s. s. c.



**Technisch - wirtschaftliche Beiräte für die Industrie.** (Eine Anfrage des Bundes österreichischer Industrieller an seine Mitglieder und an Technikerkreise.) Der „Bund Österreichischer Industrieller“ ist bestrebt, neben der unausgesetzten Beeinflussung der Regierung und der ganzen Öffentlichkeit im Interesse der industriellen Pro-

duktion auch die Selbsthilfe der Industrie auf allen Gebieten zu organisieren. Diese Tätigkeit hat sich bisher überwiegend auf das volkswirtschaftliche und verwaltungsrechtliche Gebiet erstreckt, mit der Förderung der industriellen Technik haben sich dagegen von industriellen Korporationen nur einige Fachvereine befaßt. Offenbar liegt aber die allerwirksamste Förderung der Industrie darin, daß diese selbst unausgesetzt bemüht ist, den höchsten Grad der Leistungsfähigkeit zu erringen und zu bewahren. Die Entwicklung der Technik ist eine so rasche und vollzieht sich in einer so unübersehbaren Fülle von Einzelfortschritten, daß es sehr schwer fällt, sie zu überblicken. Der Industrielle, der seine Hauptkraft dem aufreibenden Konkurrenzkampfe widmen muß, wird häufig nicht in der Lage sein, allen Fortschritten der Technik, die seine Branche betreffen, zu folgen und die Anwendbarkeit derselben für seine Verhältnisse zu erproben. Sehr häufig muß er sich bei Neuanlagen, Auswechslung und Modernisierungen von Maschinen, Einführung neuer Fabrikationsprozesse usw. auf den Rat von Technikern verlassen, zu denen er Vertrauen hegt; in vielen Fällen hat einfach die Maschinenfabrik, die die betreffenden Maschinen baut, die Rolle des Beraters. Zweifellos wird nun jede leistungsfähige Maschinenfabrik schon mit Rücksicht auf ihren Ruf den allergrößten Wert darauf legen, ihre Kundschaft in sorgfältigster und ausreichender Weise zu informieren. Einerseits wird sie aber doch häufig dabei in einen gewissen Konflikt mit ihrem eigenen Interesse geraten, welches dahin geht, daß die Anlage in möglichst großartiger, technisch vollkommenster Weise ausgeführt wird, während vielleicht die Marktlage der betreffenden Branche so große Investitionen gar nicht rätlich erscheinen läßt. Andererseits wird

die Maschinenfabrik vielfach gar nicht in der Lage sein, alle von ihr gewünschten und in Betracht kommenden Informationen zu liefern, speziell was gerade die Marktlage des betreffenden Artikels usw. anbelangt, denn ihre Aufgabe ist schließlich doch, Maschinen zu produzieren und nicht ein kaufmännisches Informationsbureau darzustellen. In sehr zahlreichen Fällen kann sich der Fabrikant nicht einmal an eine Maschinenfabrik wenden, wo es sich eben nicht um Lieferung von Maschinen handelt, sondern um die Beratung in irgend welcher anderen Hinsicht, so z. B. betreffend Änderungen der Methoden, bauliche Adaptionen, die räumliche Anordnung des Fabrikationsprozesses, die Werkstättenorganisation usw.

Das hier kurz geschilderte industrielle Bedürfnis hat zuerst in England und später auch in anderen Staaten zur Entstehung eigener „beratender Ingenieure“ (consulting engineers) geführt, die das notwendige Fachwissen und eine umfassende praktische Erfahrung auf ihrem Spezialgebiete mit verbürgter Zuverlässigkeit vereinigen und so der Industrie die beanspruchten Dienste leisten können.

Auch an den „Bund Österreichischer Industrieller“ ist schon häufig das Ersuchen gerichtet worden, industrietechnische Sachverständige namhaft zu machen, und zwar einerseits für die obengenannten Zwecke (für die Überprüfung von Voranschlägen usw.), andererseits aber auch zur Mitwirkung bei behördlichen Kommissionen, zur Abgabe von Gutachten usw. In manchen Fällen konnte hierbei auf die Listen der beeideten Sachverständigen verwiesen werden, die seitens der Handelskammern zusammengestellt werden. Meist aber gehen die Anforderungen weit über den Wirkungskreis dieser Sachverständigen hinaus, insbesondere wo es sich um energische Vertretung des

Parteiinteresses handelt. Durch die öftere Wiederholung solcher Anfragen hat der „Bund Österreichischer Industrieller“ bereits Gelegenheit gehabt, für eine Anzahl von Branchen fachkundige und zuverlässige Experten zu ermitteln, die er seinen Mitgliedern empfehlen kann. Solche Sachverständige stehen dem „Bund“ z. B. auf den Gebieten des Elektrizitätswesens, der Dampfkessel-, Heizungs- und Motorentechnik, des Fabrikbaues, der Wasserkraftausnutzung usw. zur Verfügung.

Es scheint nun aber wünschenswert, solche Fachkräfte auch auf den einzelnen industriellen Gebieten auffindig zu machen, also für jede einzelne Industrie. Ferner wäre es zweckmäßig, für größere Branchen auch Fachmänner in verschiedenen Teilen Österreichs zu ermitteln, damit möglichst solche Experten namhaft gemacht werden können, die den speziellen örtlichen Verhältnissen des Falles nahestehen und sich ihm ohne großen Zeitverlust und großen Kostenaufwand durch Reisen widmen können.

Bevor der „Bund Österreichischer Industrieller“ darangeht, für alle in Betracht kommenden Gebiete tüchtige Experten zu bestellen und mit ihnen Vereinbarungen im Interesse seiner Mitglieder, so bezüglich der Honorierung usw. zu treffen, werden die geehrten Mitglieder gebeten, zunächst ihre diesbezüglichen Wünsche und Meinungen bekannt zu geben. Es handelt sich darum, daß wir den Umfang und die Art der in Betracht kommenden industriellen Bedürfnisse genau erfassen können. Ferner wäre uns aber die Mitarbeit unserer Mitglieder in der Hinsicht sehr erwünscht, daß sie uns auf Fachkräfte aufmerksam machen, die die erforderliche umfassende praktische Erfahrung, ausgebreitete Fühlung mit der Branche und absolute Zuverlässigkeit gewährleisten. Wir erwarten, daß

unsere Anregung recht zahlreiche Meinungsäußerungen aus dem Kreise unserer Mitglieder, sowie auch von Technikern hervorgerufen wird, damit wir die Durchführbarkeit und die zweckdienlichste Anlage der angeregten Aktion zu beurteilen in die Lage kommen.

„Bund Österr. Industrieller“  
der Präsident: H. Vetter,  
der Generalsekretär: Dr. Weiß.



**Ruhmesblätter der Technik.** Da die Redaktion der „Dokumente des Fortschritts“ mich zu einer Besprechung meines unter obigem Titel erschienenen Buches auffordert, darf ich wohl der Inhaltsbesprechung des Buches kurz voraufschicken, was mir bei der Bearbeitung zur Verfügung stand. Ich besitze nämlich ein jetzt auf etwa 50 000 Karten geordnetes Material zur Entwicklungsgeschichte der Technik im weitesten Sinne. Es ist in Fachkreisen unter dem Namen „Quellenforschungen zur Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik“ nicht unbekannt. Aus diesem Grundstock meiner Tätigkeit entstanden mit der Zeit viele in sich abgeschlossene Arbeiten über die Entwicklungsgeschichte einzelner Gebiete der Technik. Da diese Artikel aber über die ganze Presse verstreut erschienen waren, habe ich sie nun in einem größeren Werk unter dem Titel „Ruhmesblätter der Technik“ zusammengefaßt. Der erste Band davon ist jetzt bei Friedrich Brandstetter in Leipzig \*) erschienen.

Ich habe den größten Wert darauf gelegt, zu meinen Arbeiten einerseits die Originalwerke vergangener Jahrhunderte selbst zu benutzen, andererseits eine Reihe von Fachleuten in

schwierigen Fragen zu Rate zu ziehen. Das erste Kapitel beschäftigt sich mit den Urerfindungen, über die uns die Altertumswissenschaft neuerdings interessante Aufschlüsse gegeben hat. In den nächsten Kapiteln wird die Entwicklung der Werkzeuge als Grundlage der Entwicklung der gesamten Technik behandelt. Dann folgt die Geschichte der Ausbildung zum technischen Beruf unter besonderem Hinweis auf die Ingenieurschulen im römischen Kaiserreich und die Stellung und die Bedeutung der Kriegersingenieure im Mittelalter. Nach einem Blick auf die großen Leistungen, auf die sogenannten Weltwunder des Altertums wird die oft gestellte Frage nach der Möglichkeit des Lastentransportes im Altertum und des Hebens und Verschiebens von Bauwerken, z. B. der Obeliske, besprochen. Die nächsten unterrichten über die Schußwaffen des Altertums und frühen Mittelalters, über griechisches Feuer, über Schießpulver und andere Explosivstoffe, über die Entwicklung des Geschützwesens der Handfeuerwaffen, Handgranaten, Panzerungen und Höllenmaschinen.

Sehr eingehend habe ich die geschichtliche Entwicklung des Maschinenbetriebes geschildert: der Tretäder, der Göpel, der Handkurbeln, der Wasserräder und Turbine, der Meereskraftmaschinen, Windmühlen und Windturbinen, der Warmluftapparate, Dampfmaschinen und Dampfturbinen, der Sonnenkraftmaschinen und der Gasmaschinen. Auch mußte ich dem Perpetuum mobile hier ein Kapitel widmen, um zu zeigen, wie die ungesunde Spekulationssucht auch die Techniker irreführte. Sehr ausführlich habe ich in drei Abschnitten die Flugmaschine, die Ballone und die Luftschiffahrt historisch behandelt. Gerade bei diesen Abschnitten erkennt jeder den hohen Wert der Illustrationen meines Buches: ein fliegender Mensch auf

\*) XII. u. 610 S. Gr.-Oktav. Mit 1 Bildnis Leonardo da Vincis und 231 Abbild. nach den Originalen. — Preis 8 M., in Originalband gebunden 10 M.



einem altbabylonischen Siegelzylinder, die Luftfahrt eines Königs nach einer Miniaturmalerei des Mittelalters, die Benutzung von Warmluft-Drachenballonen im Kriege nach Malereien deutscher Ingenieure des 15. Jahrhunderts und endlich die Wiedergabe eines Entwurfs zu einem großen, starren Metallluftschiff aus dem Jahre 1784, diese eigenartigen Abbildungen zeigen eindringlich, wie vieles wir aus der Kulturgeschichte noch herausholen können. In dem Abschnitt über Tauchapparate findet man acht Maleereien aus verschiedenen Zeiten des Mittelalters wiedergegeben, die erkennen lassen, daß das Problem des Unterseebootes und der Tiefseeforschung nicht erst in unsern Tagen die Geister anregte. Der Abschnitt über Schwimmgurte beginnt gar wieder mit der Besprechung eines frühbabylonischen Reliefs. In dem Kapitel über die Entwicklung des Schiffbaues finden wir nicht nur einen Überblick vom Floß bis zum Schnelldampfer, sondern auch Jahrhunderte alte Entwürfe von Schaufelradschiffen und Tauereien treten uns entgegen. Das Kapitel über den Kompaß zeigt, wie weit noch alle unsere Geschichtsbücher, Lehrbücher und Lexika dem wahren Resultat der Geschichtsforschung in den exakten Wissenschaften nachhinken. Der Omnibus im Jahre 1662 und die vielen Versuche vergangener Jahrhunderte zur Einführung von Taxameterwagen sind besonders überraschende Resultate in dem Kapitel über die Entwicklung des Wagens. Zur Geschichte des Kraftwagens wird eine lange Reihe von chronikalischen Nachrichten vergangener Zeiten und manch alte, prächtige Darstellung von Künstlerhand herangezogen, um den langen Weg bis zu unserm neueren Kraftwagen zu erhellen. Nun gehe ich auf die Geschichte der Fahrräder und der Bahnen ein und zeige, daß selbst Seilschwebbahnen und Hochbahnen

schon in alten Tagen von tüchtigen Ingenieuren ausgedacht waren.

Zum Schluß des ersten Bandes berichte ich über die langsame Verbesserung der Mittel für den schriftlichen Verkehr, über Bleistifte, Federn, Stahlfedern, Schreibmaschinen, über Briefe, Postkarten, über die Taubenpost, Sprechrohranlagen und Sprechmaschinen, über Telephone und endlich über Telegraphen. In 857 alsdann folgenden „Noten“ habe ich die wissenschaftlichen Quellen meiner Untersuchungen niedergeschrieben. In einem alphabetischen Register von über 1000 Stichworten ist jedes sachliche, persönliche oder geographische Stichwort, das in dem Buche vorkommt, leicht nachzuschlagen.

*Franz M. Feldhaus.*



#### **Ein Technisches Museum in Prag.**

Am 2. Dezember 1909 wurde in Prag in feierlicher Weise das Technische Museum für das Königreich Böhmen eröffnet. Die Sammlungen des Museums, welche bereits jetzt eine große Anzahl von teilweise hervorragenden und wertvollen Objekten aufweisen, sind provisorisch in dem fürstlich Schwarzenbergischen Palais am Hradschin untergebracht, wo sie eine ganze Reihe der prachtvollen Renaissanceäle einnehmen. An die Errichtung eines selbständigen Musealgebäudes wird erst in einem späteren Zeitpunkt gedacht werden. Für die Verwaltung des Museums und die Herbeischaffung der notwendigen Geldmittel wird ein eigener Verein Sorge tragen, dessen Arbeit auf 23 Fachsektionen verteilt werden soll, und dem, wie anzunehmen ist, sowohl seitens des Staates als auch seitens des Landes, der Stadtgemeinde und der Handelskammer bedeutendere Geldmittel zur Verfügung gestellt werden dürften.

Was die Aufgaben anbelangt, welche die Gründer des Museums im Auge gehabt haben, so soll das Museum vorallererst den bedeutenden Anteil Böhmens an den Fortschritten der technischen Wissenschaft und Arbeit dokumentieren, soll mit seinen Sammlungen, Anstalten und Publikationen eine nie versiegende Quelle technischen Wissens und Könnens für alle Berufszweige werden, soll in den breitesten Bevölkerungsschichten den Sinn und das Verständnis für technische und naturwissenschaftliche Kenntnisse fördern und sich auf diese Weise allmählich zu einem mächtigen Hort des technischen Fortschritts und einem unentbehrlichen Hilfsinstitute sämtlicher technischen Lehranstalten in Böhmen emporarbeiten.

Zur Erfüllung genannter Aufgaben wird das Museum zunächst nachfolgende Sammlungen enthalten:

von Maschinen und Apparaten, wissenschaftlichen Modellen, technischen Behelfen des technischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts;

von Erfindungen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Werkzeugen und Geräten im Original oder in Modellen, Zeichnungen und Photographien;

von Zeichnungen, Modellen, Interieuren usw., durch welche alte und moderne gewerbliche und landwirtschaftliche Produktionsweisen dargestellt werden;

von Plänen, Ansichten und Modellen hervorragender Hoch-, Eisenbahn- und Wasserbauten, Verkehrseinrichtungen u. ähnl.;

von Schutzvorrichtungen bei Maschinen und Bauten, gesundheitlichen Einrichtungen in Werkstätten usw. (soziale Abteilung);

von Andenken an hervorragende Vertreter der technischen Wissenschaft und Arbeit (Portraits, Aufzeichnungen, Korrespondenzen u. ä. Andenken persönlicher und privater Natur);

von Archivalien und anderen handschriftlichen oder gedruckten Denkwürdigkeiten technischen und naturwissenschaftlichen Inhalts;

von Dokumenten des technischen Bildungswesens.

Außer diesen Sammlungen soll dem Museum auch noch ein Archiv industrieller Unternehmungen, eine technische Bibliothek mit Lese-, Vortrags- und Zeichensälen, sowie ein chemisches und mechanisches Laboratorium angegliedert werden.

Endlich soll das Museum zur Förderung seiner Zwecke auch noch eine Tätigkeit in nachfolgenden Richtungen aufnehmen:

temporäre Spezialausstellungen naturwissenschaftlicher und gewerblicher Objekte aus den eigenen sowie aus fremden privaten und öffentlichen Sammlungen veranstalten;

derartige von anderer Seite veranstaltete Ausstellungen beschicken;

Vorträge über die Technik und Geschichte einzelner Industriezweige veranstalten;

Publikationen (wissenschaftliche Arbeiten, Vorträge, Bildwerke, Berichte usw.) herausgeben;

Preise, Prämien usw. erteilen und Preisausschreibungen veranstalten;

den gewerblichen Unterricht durch Herleihung von Lehrbehelfen, Büchern usw. unterstützen.

Aus alledem ist zu ersehen, daß das Arbeitsfeld, auf dem die neue Anstalt sich betätigen soll, ein großes und weites ist, so daß es nicht nur an den öffentlichen Faktoren, sondern vornehmlich auch an der Industrie beider das Land bewohnender Völker liegen wird, auf daß das Technische Museum für das Königreich Böhmen tatsächlich alle die schönen Hoffnungen erfülle, welche die langjährige rastlose Arbeit und der unermüdliche Sammeleifer seiner aufopfernden Schöpfer von ihm erwarten lassen. Dr. Alfred Mayer-Prag.

## MORALISCHE & RECHTS- ENTWICKLUNG

DR. ROBERT SCHEU, WIEN: DIE TECHNIK DER EREIGNISSE.

**D**IE Konkurrenz, auf ökonomischem Gebiet als Quelle vieler Übel beklagt, ist weit darüber hinaus als Welterscheinung die Ursache der zunehmenden geistigen Desorientierung. Das Kritische und Neue der gegenwärtigen Weltkonstellation liegt darin, daß die Konkurrenz der Personen, Mächte und Staatsgebilde sich derart gesteigert hat, daß sie zu einer Konkurrenz der Ereignisse geworden ist und die ganze Struktur des Geschehens gründlich verändert hat.

Diese grandios gesteigerte Konkurrenz offenbart sich in der Erscheinung, daß kein Ereignis mehr eine so lange Entwicklung erlebt, daß es zu einem innerlichen Abschluß kommt. Je kleiner der Gegenstand der Entwicklung, desto wahrscheinlicher ist es, daß sie durch den Eintritt größerer Ereignisse unterbrochen und abgeschnitten wird. Aber auch die größten, welterschütternden Ereignisse können sich mit all ihrer Wucht nicht mehr vollkommen durchsetzen, sie werden, wenn schon nicht abgebrochen, so doch aufgelöst. Am besten verfolgen wir diese Erscheinung mit Hilfe der Journale, welche uns deutlich wahrnehmen lassen, wie gewisse Tendenzen, Krisen, Verwicklungen unvermutet ins Stocken kommen, ganz einfach, weil neue auf den Plan treten. Die Dinge verlaufen nur in einer sehr kleinen Zeitspanne geradlinig, alsbald nehmen sie Zickzackwendung, um schließlich im großen Meer des Geschehens in tausend Armen zu verströmen. Wie mächtig sich auch die Dinge zuzuspitzen scheinen, wie unabwendbar und dringend auch die „Lösungen“ sich vorbereiten, sie entladen sich doch nicht, sondern spalten, zerlegen, maskieren sich und — zerren. Alle Ereignisse und Entwicklungen unterbrechen einander gegenseitig.

Von diesem Schicksal werden freilich nicht alle in gleichem Maße getroffen. Je gewaltiger und mächtiger der Gegenstand des Ereignisses ist, desto andauernder vermag sich der Strom isoliert zu halten, aber alle Mittelerscheinungen und gar erst die kleinen Dinge werden erbarmungslos unterdrückt, dergestalt, daß ein folgerichtiges und durchdringendes Handeln auf keinem Gebiete des modernen Lebens mehr möglich ist, es sei denn im allergrößten Maßstab oder im Anschluß an große Körper — weil nur dann in der Wucht der Handlung einigermaßen ein Rückhalt gegen jene elementaren Störungen gegeben ist. Aber auch die gewaltigsten und allgemeinsten Kämpfe gehen ungern in der begonnenen Richtung zu Ende, es ergeben sich vielmehr zumeist Einmischungen neuer Elemente, mit einem Worte, Komplikationen und schließlich Zersetzungen in diesem berückenden, betörenden Kaleidoskop.

Man glaube ja nicht, daß sich dies nur journalistisch so darstellt. Es ist effektiv nicht anders. Eine betäubende, noch nicht dagewesene Gleichzeitigkeit aller Dinge, aller Zustände, aller Gesinnungen und Kulturen, aller Tendenzen, ein noch nicht dagewesener Theaterzettel unzähliger Akteure, ein beispielloses Nebeneinander ist mit dem Nacheinander der Erscheinungen in Kampf getreten und hat es vollständig desorganisiert.



Wenn man in einen Saal tritt, in welchem hundert Personen lebhaft konversieren, kann der schweigende Zuhörer als Gesamteffekt ein wunderliches Geklapper wahrnehmen. Wer kennt nicht dieses undefinierbare Geräusch? Es entsteht aus der gleichmäßigen gegenseitigen Unterbrechung von hundert dicht nebeneinander entstehenden Lauten, welche nur eine Donnerstimme zu durchdringen vermöchte.

Daß die geschilderte Erscheinung tatsächlich eine wesensneue ist, offenbart sich in den Reflexerscheinungen der Kunst, — der Kunst, welche immer mühsamer mit dem Leben konkurriert, aus dem einfachen Grunde, weil sie den unendlichen Determinationen des modernen Lebens auf ihrem Raum immer schwieriger nachkommt, wenn sie aber ihre Elemente vermindert, dem Leben gegenüber leicht ärmlich und erfindungsarm erscheint.

Man dichtet heute Geschichten „ohne Ausgang“. Früher erhob sich die Opposition nur gegen den guten Ausgang. Hat sich nur der Geschmack geändert? Aber man empfindet auch die geschlossene Arie als unwahr. Nun, in der guten alten Zeit hat es auch im Leben mehr Ausgang gegeben. Die Kunst trägt dem modernen Rhythmus des Geschehens Rechnung, indem sie den glatten Lösungen ausweicht und die unendliche Melodie an die Stelle des symmetrischen Liedes setzt. Nicht nur die Menschen, auch die Ereignisse leben sich nicht mehr aus. Es muß dies auch auf unsere Ethik den gewaltigsten Eindruck machen. Denn die immer mehr hervortretende Schwierigkeit, in der Lebensführung geschlossene Lösungen herbeizuführen, zerrüttet das Gemüt und wirkt, wenn die glatten Forderungen der guten alten Zeit aufrechterhalten werden, auf den vom Konflikt betroffenen wie Unmoral. Aber man tut sich dabei offenbar unrecht.

Es gibt ein Werk in der Weltliteratur, welches des Lebens labyrinthisch irren Lauf darzustellen versucht; es ist *Rouge et Noir* von Stendhal. Hier ist gezeigt, wie das Leben aus lauter Übergängen, Vorbereitungen, Steigerungen besteht, welche aber jeweils durch überraschende Wendungen und Wellen innerhalb der Welle zunichte gemacht werden. Die Einheit der Handlung ist eine so zwingende Forderung der Kunst, daß sie aus keiner Ästhetik verschwinden wird. Ins Leben läßt sie sich aber nicht übertragen, dessen grausiger Reiz eben in seiner absoluten Unabgeschlossenheit begründet ist. Die feinste Beobachtung nimmt wahr, daß die Fülle der Verwicklungen ohne Abschluß bleibt. Sie werden nicht gelöst, sondern abgelöst.

Die wachsende Zahl der Impulse, welche durchzudringen suchen, das Überwiegen des Nebeneinander an Stelle des gegliederten Nacheinander ist das Charakteristische unserer Zeit, welche wir uns wohl als Übergangszeit vor der Vollendung der gesamten Einheit des Erdballs zu denken haben. Der war immer und allezeit von einem mystischen Streben nach Einheit durchdrungen, jener Einheit, der zuliebe die Kreuzzüge, die Inquisition, die Imperatoren ihre elementare Vehemenz entfaltet haben, jener Einheit, welche ins Herz der Menschheit mit Feuerbränden eingezeichnet ist, da ihr zuliebe die Scheiterhaufen loderten. Die moderne Musik, als Spiegelbild des Zeitgeschehens, bevorzugt die Polyphonie an Stelle der Melodie und die unendliche Melodie an Stelle der geschlossenen Arie.

Das Nebeneinander ist aber das Prinzip des Raumes, das Nacheinander dasjenige der Zeit. Man könnte daher das Gesetz der Gegenwart auch dahin formulieren, daß die Zeit vom Raum verdrängt wird.

Tatsächlich überwinden wir heute die Zeit durch Konzentration im Raum in einem Maße, wie dies in der Weltgeschichte ohne Beispiel ist. Wir

sparen Zeit durch Verdichtung der Arbeitsmittel, durch ein wohlgegliedertes Nebeneinander der einzelnen Teile des Arbeitsprozesses. Allerdings überwinden wir andererseits den Raum durch Verkürzung der zu seiner Durchlegung erforderlichen Zeit. Kurz gesagt: wir bekämpfen die Zeit durch den Raum und den Raum durch die Zeit. Diese ins Traumhafte gesteigerte Zusammendrängung der Dinge — eine Folge der modernen Güterproduktion — vollzieht sich vor einem Geschlecht, in welchem durch eine hochgesteigerte soziale und nationale Mischung auch die Instinkte, so ehemals räumlich und zeitlich getrennt waren, dicht beieinander wohnen.

Die Konkurrenz als Welterscheinung offenbart sich als exzessive Ausschaltung von Zeit und Raum, bei welcher wir aber, wunderlich genug! weder Zeit noch Raum gewinnen, sondern vielmehr die Zeit uns zu kurz und der Raum uns zu eng wird. Man könnte es geradezu als ein Gesetz aufstellen, daß Zeit und Raum in demselben Maße zu eng werden, als sie fortschreitend technisch überwunden werden.

Was nützt es mir, daß mein Stadtbahnzug 20 m in der Sekunde zurücklegt, wenn sich infolgedessen die Wohnungsverhältnisse so geändert haben, daß ich an der Peripherie der Stadt wohnen muß? Was nützt mir der Schnellzug, wenn ihn auch der Konkurrent besteigt? Der Punkt, wo der Himmel die Erde berührt, weicht in demselben Maße zurück, als ich meine Weggeschwindigkeit beschleunige!

Der eigentliche Effekt aller technischen Erfolge liegt darin, daß alles, was geschieht, unter ausgedehnterer Mitwirkung geschieht. Die Dinge, deren Ausstrahlungen uns ereilen, vermehren sich stündlich. Die Ereignisse sind in viel höherem Maße Konkurrenzprodukte, nicht nur die Menschen, auch die Entwicklungen sind buntschillernder geworden.

Gleichzeitig ist die Aufmerksamkeit eine zerstreutere geworden. Der Anteil des einzelnen an den Ereignissen wird zurückgedrängt.

In der Politik zeigt sich dies darin, daß eigentlich niemand mehr mächtig ist, denn, um Wirkung auszuüben, braucht jeder soviel Bundesgenossen, daß er, indem er etwas unternimmt, in größere Abhängigkeit gerät, als wenn er stille liegt. Wer übersieht noch, was er ausrichtet? Alle sind die Sklaven aller. Lauter Vorbereitungstätigkeiten. Immer etwas im Zuge. Steigende Schwüle, selten ein Blitz.

Wo ist der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht? Wo das Gestirn, welches dem Staatsmann die Fahrt anzeigt? Folgt nicht aus der Unberechenbarkeit der Dinge, daß wir unser Handeln auf die übersichtlichsten Zeiträume begrenzen müssen? Haben wir ein Recht, die Politik des Jahrhunderts zu machen, wenn das Jahrzehnt in erzenen Schleiern einherschreitet? Politik war seit jeher Divination. Aber irgendwie müßte sich eine neue Hilfswissenschaft aufbauen lassen, welche die Naturgeschichte der Ereignisse in ähnlicher Weise durchleuchtet, wie in anderer Hinsicht die Statistik, jene Hilfskunst, welche in undurchsichtige chaotische Massen plastische Übersicht gebracht und Dinge ans Tageslicht gefördert hat, von denen sich vordem keine Weisheit träumen ließ.

## CHRONIK

**D**ER Internationale Orden für Ethik und Kultur\*) ist eine freie Vereinigung von sozial denkenden und fühlenden Menschen, die die Wahrheit suchen und durch kein Dogma gebunden sind. Wir rufen nur nach Männern und Frauen, denen es ernst ist mit dem Willen, ihr Leben auf die Höhe ihrer Erkenntnis zu bringen, solchen, die wissen, daß der Wert des Einzellebens nach seiner Bedeutung für Volk und Menschheit gemessen wird.

Der Orden trat zuerst mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, der von einer großen Anzahl hervorragender Vertreter der internationalen Kulturwelt unterzeichnet war, und der auf folgende zwei Tatsachen hinwies:

1. Die moderne Kulturbewegung, die durch so viele Vereine und Organisationen vertreten ist, bedarf eines Sammelpunktes für ihre Bestrebungen.

2. Die rein negative Arbeit des Freidenkertums, das Zerstören der alten Götzen, kann nur als Teilarbeit angesehen werden, jetzt besteht die dringende Pflicht einer systematischen Pflege des Gemütslebens.

Der Orden hat sich hierbei von folgendem Gedanken leiten lassen: Um dem modernen Menschen einen vollwertigen Ersatz für die Darbietungen der traditionellen Religionen speziell des Christentums zu schaffen, müssen wir vor allem den Entwicklungsgang der Kirche verfolgen. Die Kraft des Urchristentums lag in seinen ersten Gemeinden, kleinen Kreisen von Männern und Frauen, die in voller Harmonie einem gemeinsamen Ideal nachlebten. Ohne diese Grundlage wäre die Kirche nie zu

ihrer großen Macht gelangt. Wir erachten, daß die Schaffung solcher intimen Kreise auch mit modernen Menschen und mit modernen Idealen möglich ist. In diesem Sinne gruppieren sich unsere Freunde und wir möchten gerne, daß in jeder Stadt und in jedem Städtchen solche „Heime“ sich bildeten als Pflegestätten des Gemütslebens nach innen, als Zentren der sozialen Arbeit und der Aufklärung nach außen. Wir glauben, daß ein Ersatz in obigem Sinne sich erst nach und nach entwickeln kann, so betrachten wir die freireligiösen Sonntagsfeiern, so wenig wir sie missen möchten, für noch nicht genügend. Was uns not tut, ist Verinnerlichung, wir müssen uns als Menschen wieder näher kommen. Wenn alle, die uns zustimmen, uns die Hände reichen zu gemeinsamer Arbeit, so können wir hoffen, daß unsere Heime Keime einer neuen menschlichen Gesellschaft darstellen. Dort sollen auch die Vertreter der Kunst und Wissenschaft wieder mit dem „Volk“, mit uns in innigen Kontakt kommen und zu neuem Schaffen angeregt werden, so daß wir mit der Zeit für unsere neuen Ideale die vollbefriedigenden Formen finden.

Dies scheint uns auch entwicklungsgeschichtlich der richtige Weg zu sein, um zu einem Zusammenschluß aller freien Geister zu kommen. In den vielen Organisationen erkennen wir eben das nervöse, unsichere Suchen unserer Zeit. Ein Zusammenschluß wird durch Kartellierung aller bestehenden Organisationen erstrebt. Doch glauben wir, man sollte damit sich nicht zufrieden geben, sondern systematisch hinarbeiten auf Schaffung einer organischen Einheit. In unseren Heimen lernen wir uns gegenseitig kennen, dadurch werden wir in unserem Denken toleranter, unser Gesichtskreis weitet sich, und so ver-

\*) Vom Schriftführer des Internationalen Ordens für Ethik und Kultur ist uns obige Darlegung der Ziele dieses großgeplanten und mit bewundernswerter Energie vorwärts gebrachten Unternehmens zugegangen. Die Redaktion.



stehen wir aus ganzem Herzen die Tendenzen aller modernen Strömungen. Wir wollen keine Konkurrenzmacherei, wir wollen vielmehr euch allen helfen und für uns alle, für unsere Ideale und unsere Arbeit einen gemeinsamen Boden schaffen. Durch Anschluß an den Orden findet jede schon bestehende Organisation eine Anzahl wertvoller Gesinnungsgenossen unter uns, die gerne mit allem Eifer und mit aller Liebe mitarbeiten an der Lösung der verschiedenen Probleme unserer Zeit. Wir bitten um ernstliche Diskussion der Möglichkeit eines großzügigen Zusammenschlusses, es ist an der Zeit, daß wir aufhören, uns zu zerplittern. Der Orden ist nichts starres, fertiges, er ist nur ein Anfang, auf dem wir alle weiterbauen wollen. Er hat in den meisten Kulturländern Freunde von Einfluß gewonnen, zur Verständigung dienen die „Mitteilungen“, die in freier Reihenfolge herausgegeben werden. Durch seine wertvollen Mitarbeiter, und durch die erfolgreiche Fühlungnahme mit der Internationalen Liga zur rationalen Erziehung der Jugend und anderen Gesellschaften umfaßt der Orden schon heute das gesamte Gebiet der modernen Kulturprobleme. Unser Arbeitsplan ist durchführbar, weil innerlich wahr, so hilft uns denn alle, die ihr diese Zeilen lest, durch eure Liebe, durch eure Sympathie, durch eure Mitarbeit, durch euer Geld. Die von uns erkämpfte zielbewußte Organisation der Kulturarbeit in den zivilisierten Ländern und die durch solche Kraftersparnis freigewordenen Energien einerseits, andererseits eine systematische Erziehung unseres kostbarsten Schatzes, der Jugend, zu freien, denkenden und arbeitenden Wesen soll uns einer besseren Zukunft entgegenführen.

Alle Anfragen an Alfred Knapp in Bern (Schweiz).

**Internationale Liga für rationelle Erziehung der Jugend.** Eine deutschsprachige Abteilung der von Ferrer 1908 ins Leben gerufenen „Internationalen Liga für rationelle Erziehung der Jugend“ hat sich gebildet. Ehrenpräsident des Bundes ist Anatole France. Ein deutsches Arbeitskomitee wird jetzt gewählt aus deutschen Männern und Frauen, die das Vertrauen weiter Kreise besitzen. Die Liga arbeitet nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Jugenderziehung muß auf einer wissenschaftlichen und vernunftgemäßen Grundlage ruhen. Folglich sind dabei alle mystischen und übernatürlichen Begriffe auszuschalten.

2. Der Unterricht ist nur ein Teil dieser Erziehung. Die Erziehung muß neben der Ausbildung des Verstandes auch die Entwicklung des Charakters und die Pflege des Willens umfassen und so moralisch und physisch gesunde Menschen bilden, deren Anlagen in gleichmäßiger Entwicklung das Maximum ihrer Leistungsfähigkeit erreicht haben.

3. Die moralische Erziehung sei viel weniger theoretisch als praktisch, sie muß sich in erster Linie aus dem guten Beispiel ergeben und auf dem großen Naturgesetz der gegenseitigen Verantwortlichkeit (Solidarität) beruhen.

4. Es ist nötig, zumal beim Unterricht der ersten Jahre, daß der Lehrplan und die Unterrichtsmethode sich so eng wie möglich der Psychologie des Kindes anpassen, eine Forderung, die heute beinahe nirgends, weder im öffentlichen, noch im Privatunterricht Berücksichtigung findet.

Mitglied der Liga kann werden, wer sich mit deren Prinzipien einverstanden erklärt und einen Jahresbeitrag von mindestens 1,20 Mk., d. h. 10 Pf., 10 cents. oder 10 Heller monatlich bezahlt.

Jede schon bestehende Gesellschaft, sowie jede Einzelperson kann

Mitglied der Liga werden. Zu dem Komitee gehören u. a. Ernst Haeckel und die Freundin und Mitarbeiterin Francesco Ferrers, Solidad Villafrañca. Sekretär für das deutsche Sprachgebiet ist Alfred Knapp in Bern, von dem auch alle Auskünfte erteilt werden.



**Internationaler Verein „Weltwissen“** für Verbreitung zeitgemäßer Kenntnisse in Naturwissenschaften und Technik. Wir stehen unzweifelhaft inmitten heftiger Kämpfe, die eine allgemeine Umwälzung unserer wissenschaftlichen Disziplinen und Forschungsmethoden anstreben. Nach dem Haeckelschen Worte „unser heutiges naturwissenschaftliches Wissen gleicht einem wüsten Steinhaufen, ohne jegliche Sichtung oder philosophische Verarbeitung“, türmen wir unser Beobachtungsmaterial auf und wie wenig Verständnis und Erkenntnis finden wir! Wir füllen z. B. die Welt mit den Wundern der Elektrizität, ungezählte Gelehrte und Techniker widmen ihr das ganze Leben; hat aber auch nur einer eine Ahnung von dem Wesen der Elektrizität? Hier sitzt der abgrundtiefe Zwiespalt zwischen der durch tausendjährige Traditionen genährten Dogmatik und der progressiven Neuwertung unserer naturwissenschaftlichen Anschauungen; zwischen der unphilosophischen Fächerweisheit unserer Spezialisten und dem eigentlichen umfassenden Weltwissen.

Diese weite Kluft zwischen Beobachten (Empirie) und Erkennen (Philosophie) wird nur von wenigen erkannt und doch ist sie entscheidend für die Richtungen unseres Wissens. Gewiß haben sich die modernen Naturwissenschaften ungeheure Verdienste um unseren geistigen Fortschritt erworben, sie haben den Bann des Aristoteles, der Jahrtausende auf

dem Geiste der Kulturvölker lag gebrochen und uns die Welt und das Weltgeschehen in ihrer Wirklichkeit und unbeugsamen Gesetzmäßigkeit zum ersten Male vor Augen geführt. Allein sie haben nur beobachtet, zergliedert, beschrieben, sie haben das Weltgeschehen nur registriert. Sie sagen und zeigen uns wie, aber nicht warum alles geschieht. Die Chemie z. B. hat ein ungeheures Beobachtungsmaterial angehäuft, sie hat uns gelehrt, die Materie in einer ungeahnten Weise zu meistern, und doch vermag uns kein Chemiker zu erklären, warum ein Sauerstoffatom sich mit einem Kohlenwasserstoffatom verbindet. Oder gar die Frage: Was ist das Leben? Was ist der fundamentale Unterschied zwischen einem anorganischen und einem organischen Geschehen? Was ist Empfindung, Geist, Seele? Die Naturwissenschaft, als ausschließlich empirische Wissenschaft, vermag nicht zu erklären, und wo immer sie es versucht, verfällt sie selbst wieder der fossilen Dogmatik, aus deren Banne sie uns zu befreien strebte.

Sie hat unstreitig ihre unwiderstehlichen Reize, ihre Vertreter und Anhänger sind glücklich und vollauf befriedigt mit dem Zusammentragen ihres Beobachtungsmateriales, und vor allen aber besteht die Umwälzung, die wir anstreben, Dingen mit dessen praktischer Verwertung, daß endlich dieses bloße Anschauen in ein Begreifen und Erkennen umgesetzt wird.

Allein, es gibt Ungezählte, die sich nicht mit dem bloßen Beobachten begnügen, sondern die Erkennen und ein Begreifen der Welt und des Weltgeschehens suchen. Sie zu befriedigen auf naturwissenschaftlicher Grundlage, das bedeutet eben den Kampf gegen das Dogma und die Anbahnung neuer wissenschaftlicher Forschungsmethoden.

Gerade der Erkenntnisdrang ist das Höchste im Geistesleben, er macht das eigentliche Wesen des Menschen aus. „Der Mensch ist das Ursachentier“. Das Tier erfährt das Weltgeschehen an seinem Leibe wie der Mensch, allein der Mensch fragt nach dem Warum dieses Weltgeschehens. Die Naturwissenschaften haben das Anschauen des Weltgeschehens nur potenziert, für das Begreifen und Erkennen des Weltgeschehens haben sie nichts getan. Darin aber besteht die Umwälzung, die wir anstreben, daß endlich dieses bloße Anschauen in ein Begreifen und Erkennen umgesetzt werde. Mögen unsere eingefleischten Empiriker achtlos an diesen Bestrebungen vorübergehen, alle philosophisch veranlagten Köpfe aber werden mit Freuden die neuen Bahnen mit uns betreten.

Durch die philosophische Verarbeitung des Beobachtungsmateriales befriedigen wir nicht nur unseren Erkenntnistrieb, nein, gerade die praktische Verwertung dieses Beobachtungsmateriales wird auf philosophischer Unterlage eine noch weit großartigere Ernte liefern, als dies auf empirischem Wege bis jetzt möglich war.

Zum Beispiel in welch staunenswerthem Maße hat der Atombegriff des Demokrit die Naturwissenschaft befruchtet. Alles was die Naturwissenschaftler tatsächlich Großes in praktischer Ausbeute geleistet haben, ist auf den Atombegriff gegründet, die ganze Chemie verdankt ihm ihr Dasein. Das Atom ist ein rein philosophischer Begriff.

Welche ungeahnten Fortschritte würde auch die Elektrotechnik erzielen, wenn sie mit dem Wesen der Elektrizität vertraut wäre.

Große mächtige Probleme stehen noch vor der Menschheit und immer höhere Forderungen werden an die Technik gestellt werden. Das Atom des Demokrit als tote starre Masse

muß belebt werden. Die Technik verlangt vor allen Dingen die Definierung des Potentials (Arbeitsmöglichkeit) im weitesten Sinne des Wortes. Erst nachdem wir das Wesen des Potentials dem starren Atombegriffe beigesellt haben, werden wir imstande sein, weitere Probleme in Angriff zu nehmen. Das Lebensproblem wird uns erst zugänglich werden, wenn wir das Elementare seiner Äußerungsformen, als Gegenstück zum mechanischen Potential werden aufdecken können. Nur die Verbrüderung der Empirie mit der Philosophie wird die Inangriffnahme solch hoher Aufgaben überhaupt ermöglichen \*).



**Sexualfragen.** Von dem Werk „Ursprung und Entwicklung der Moralbegriffe“ des großen schwedischen Forschers Westermarck ist im Verlage von Dr. Werner Klinkhardt in Leipzig ein Sonderabdruck unter dem Titel „Sexualfragen“ erschienen.

Es handelt sich hier weniger um eine Abhandlung über ethische Begriffe als um ein Quellenwerk ersten Ranges. Die Anmerkungen am Ende des Buches nehmen allein einen Raum von zehn eng gedruckten Seiten ein. Das Buch umfaßt fünf Kapitel: „Die Hörigkeit der Gattinnen“, „Die Ehe“, „Die Ehelosigkeit“, „Freie Liebe“.

\*) Wir veröffentlichen diesen von den Herren: Gustav Vogt, London, Marylebone Road 7<sup>c</sup>, Johannes Zacharias, Charlottenburg, Schloßstr. 4<sup>f</sup> und Paul Alfred Merbach, Berlin O, Müggelstr. 30<sup>f</sup> unterzeichneten Aufruf, weil dadurch vielleicht den zahlreichen Einzelnen, die sich ständig mit ähnlichen Gedanken und Vorschlägen an uns wenden, Gelegenheit geboten wird, mit einander in Berührung zu treten. Die Redaktion ist zur Weiterübermittlung derartiger Verständigungsgesuche jederzeit gern bereit. Zuschriften an die Adresse von Herrn Erich Lilienthal Berlin-Friedenau, Wilhelmshöherstraße 18/19.



Prostitution und Ehebruch“, „Homosexualität“.

Von einer Stellungnahme Westermarcks zu den behandelten Problemen ist nur hin und wieder etwas zu spüren. Im allgemeinen behält

das Buch den Charakter eines willkommenen Nachschlagewerkes und bietet für jeden, der von hier aus weiter in die Probleme eindringen will, eine vorzügliche Anleitung.

## NEUE KUNSTLERISCHE TENDENZEN

DR. SCIE-TON-FA, EHEM. PRÄFEKT ZU NANKING:  
CHINESISCHE KUNSTENTWICKLUNG.



IE Anfänge der chinesischen Kunst sind ziemlich dunkel und wenn wir ihre Entwicklungslinie rückwärts verfolgen, so kommen wir nicht sehr weit: China besitzt wenig zutage liegenden Stein und hat ihn daher zunächst gar nicht und später nur wenig behauen; und doch ist überall sonst der Stein der Träger jener Ursprache des Menschengestes, die wir die Frühkunst eines Volkes nennen. In China aber griff erst mit der Einführung des indischen Buddhismus (3. Jahrh. n. Chr.) die Baukunst teilweise zu diesem Material: archäologische Ausgrabungen sind also für die kunstgeschichtlichen Forschungen in China von keinem Nutzen.

Will man sich eine Vorstellung von den Kunstanfängen dieses Landes machen, so muß man zum Studium der ursprünglichen chinesischen Schrift seine Zuflucht nehmen. Merkwürdigerweise wurden Holz und Metalle, besonders Erz und Kupfer, viel früher verarbeitet als Stein, wie aus der Tatsache erhellt, daß die „Schlüssel“ der Wurzelzeichen „Holz“ und „Metall“ diejenigen sind, die die größte Anzahl abgeleiteter Schriftzeichen liefern, während das Wurzelzeichen „Stein“ hinter diesen beiden weit zurückbleibt. An Kunstdenkmälern aus Holz haben uns die ersten Zeiten chinesischer Kunst gar nichts hinterlassen, aus dem einfachen Grunde, weil Holz verfault, verwittert und verhältnismäßig bald verschwindet. Für unsere Forschung kann demgemäß bloß das Erz in Betracht kommen. Aus diesem Stoffe sind die ältesten Kunstgegenstände, die wir besitzen und von denen einige sogar aus dem 12. Jahrh. v. Chr. stammen. Es sind besonders Opfergefäße, von den ursprünglichen, uns fast unbekannten Religionen Chinas herrührend. Diese Gegenstände zeigen bereits künstlerische Eigenart.

Doch läßt sich die Entwicklung der chinesischen Kunst erst vom 3. Jahrh. n. Chr. an einigermaßen genau verfolgen, und dies bis zum 18. Jahrhundert, wo sie zur höchsten Blüte gelangt; dann gerät sie aber in eine Phase der

Irrungen und tastenden Versuche und manchmal fast in Vergessenheit. Im 3. Jahrhundert glänzt die chinesische Kunst durch ihren hohen Sinn, ihre außerordentliche Formsicherheit und Energie und eine überwältigende Fantasiekraft.

Die Erzarbeiten, die sehr früh entstanden, weisen ein ganz eigenartiges Phänomen auf: diese Kunst hat nämlich zur Zeit des Eindringens der buddhistischen Religion ihren höchsten Gipfel erreicht und ist bis heute unverändert geblieben. Es wird nichts Neues geschaffen, wir haben nur noch Kopien von alten Werken, wie Opfergefäßen, Räucherpfannen, buddhistischen und faoistischen Statuetten, Tempelglocken und dergleichen mehr vor uns. Einige von jenen antiken Bronzen tragen tibetanische, sanskritische oder arabische Inschriften, denn viele wurden nach Persien, Arabien und Indien von den verschiedenen Gesandten dieser Länder mitgenommen, wenn sie die chinesischen Fürsten besucht hatten. Wir besitzen über Bronzearbeiten sehr alte Bücher mit Bildern, aus denen unsere Künstler, die in Wahrheit keine Künstler mehr, sondern nur gute Nachahmer und gewissenhafte Kunsthandwerker sind, zuverlässige Angaben über die antike Ausführungsweise schöpfen können. Die hauptsächlichsten dieser Bücher sind das Si-tsing-ku-tien und das Ta-Tsing-Huei-tien. Die chinesische Kunst hat auch in damasierten und ziselierten Bronzen Hervorragendes geleistet.

Wie schon vorher angedeutet, ist das Holz ebenfalls sehr früh bearbeitet worden, namentlich der Bambus, der mit dem chinesischen Leben in enger Beziehung steht: Ist doch letzterer gleichsam der Nationalbaum Chinas; alles an ihm, von den Wurzeln bis zu den Blättern, ist nützlich.

Das Holz spielt in der chinesischen Baukunst eine wichtige Rolle. Die meisten unserer Gebäude sind entweder ganz aus Holz oder aus Holz und Stein; der Oberbau aber, und besonders das bekannte chinesische Pagodendach, ist fast immer aus geschnitztem Holz. Die Kunst der Holzschnitzerei hat sich außerordentlich entwickelt, und hier haben die Chinesen zugleich ihre volle Phantasie und all ihr beharrliches Wesen an den Tag gelegt; es handelt sich ja hier um eine Art von Arbeit, deren Wert nur in den Details besteht, und das gefällt unserm Volke: das paßt zu seiner Geistesverfassung, zu seiner Lebensführung, zu seinen Anlagen. Denn der Chinese verabscheut im allgemeinen die groben Arbeiten; die niedrigsten Handwerker haben sehr feine Hände, sehr geschickte und schlanke Finger und sind also zu allen Kunstbetätigungen, in denen eine sorgfältige Ausführung der einzelnen Partien erfordert wird, in hervorragendem Grade veranlagt. Unsere bedeutendsten Holzdenkmäler sind Pagoden (buddhistische Tempel), Türme, P'ai-leos (d. h. als Zeichen kindlicher Liebe errichtete Ehrenpforten) und Schaufenster (vor allem die der Apotheken, besonders im Süden, in Kanton), die eine überraschende Mannigfaltigkeit von Linien zeigen und deren geschmackvolles Ganze einen überaus günstigen Eindruck macht. Unsere Möbel aus hartem, sogenanntem Eisenholz sind massiv, sehr schön ausgeführt, ganz geschnitzt, voll durchbrochener Zieraten, ebenso artistisch als bequem. Die Bildhauerkunst endlich hat fast ausschließlich das Holz bearbeitet.

Obgleich der Stein nur wenig gehauen wurde, sind doch ansehnliche Monumente vorhanden, die sich aber nur durch das Riesenhafte der Anlage und keineswegs durch künstlerischen Wert auszeichnen. Zu diesen gehört die bekannte „große Mauer“, die nichts anderes ist als ein militärisches Kraftstück: sie wurde im 3. Jahrhundert von dem berühmten Fürsten Tsing-He-Hoang erbaut, der zu diesem Werk ein ganzes Heer aufbot, um den Streif-

zügen der Tartaren und Mongolen den Weg zu versperren. Außerdem besitzen wir etliche alte Tempel, sowie Brücken, P'ai-leos, Stelen, Kolossalstatuen aus neuerer Zeit, einige phantastische Tierdarstellungen wie den Drachen und die Chimära (oder Fô's Hund), Elefanten, Kamele und stelentragende Schildkröten.

Die Chinesen haben ziemlich früh angefangen, Halbedelsteine, wie den Nephritstein, den Bergkristall und den Karneol, zu verarbeiten. Hier sind sie ganz und gar Künstler geblieben. Wir besitzen viele Proben dieser Kunst, die bis in die Zeit der Sonng-Dynastie hineinreichen; und zwar sind es kleine Gegenstände, da der Stoff selten war, Schalen mit eingegrabenen Blumen, Räucherpfannen, Briefbeschwerer, Ringe, belaubte Zweige, Figuren, Tiere usw. Es ist meines Erachtens das Schönste, was außer der Keramik und der Malerei die chinesische Kunst hervorgebracht hat. Wunderbar ist es zu sehen, wie der Geschmack und die Phantasie des Künstlers es verstanden haben, die ganz natürlich in gewissen Steinen (Achat, Amethyst) vorkommenden Farbenstufen zu benutzen, um daraus ein wirkliches Bild entstehen zu lassen: manche von jenen chinesischen Fläschchen und kleinen Dosen aus harten, vier- und sogar fünffarbigen Stoffen stellen eine Landschaft dar mit Personen oder Tieren, die eben durch die farbigen Flecke der einzelnen Bestandteile gebildet wurden. Diese Gegenstände sind zahlreich, und unter den bearbeiteten Stoffen sind zu erwähnen: vor allem die ganze Skala der Nephrit- und ähnlichen Steine von dem Smaragdgrünen bis zum Milchweißen, dann die mannigfaltigen Arten von Achat und Karneol, die hellen und die farbigen Bergkristalle, der Realgar, das Operment, der Laserstein (manchmal mit Goldkörnern), der Porphyr, der Malachit, der Bernstein.

Sehr frühzeitig wurde auch Glas hergestellt, und zwar nicht durchsichtiges Glas, sondern Glaspaste. Daraus machten die Chinesen kleine Kunstsachen, wie Dosen, Kästchen, winzige Vasen, Schälchen. Viele von diesen Kunstgegenstände wanderten nach Ägypten aus und setzten die Ägyptologen in Erstaunen, die in den Sarkophagen solche Gegenstände mit chinesischen Inschriften (in sogenannter Li-toe-Schrift) entdeckten. Die Glaspaste wurde schichtenweise bearbeitet, und manchmal finden sich bis zu fünf Schichten, die so ausgehauen sind, daß sie verschiedenfarbige Bilder darstellen, z. B. schwarze Vögel auf roten oder blauen Zweigen, die sich von einem weißen Hintergrund abheben.

Noch andere Stoffe sind von den chinesischen Künstlern geschnitzt und graviert worden: So machten sie aus Elfenbein kleine Götter- und Tierfiguren, besonders Fische, und aus Rhinoceroshörnern sehr kunstreiche Trankopferkelche. Weltbekannt sind endlich die prächtigen Schmelzarbeiten mit und ohne Metallstreifen (die schönsten stammen aus dem 16. und 17. Jahrh.), die Stickereien und Gewebe (das berühmte Ko-sse und die Pekingerspitzen).

Die Malerei kam zwar zu einer hohen Entfaltung, behielt aber einen ganz speziellen, konventionellen, beinahe schablonenhaften Charakter; dennoch finde ich bei vielen unserer Maler einen wunderbaren Schwung. Die Öltechnik haben wir nie angewendet; kürzlich wurden wieder einige Versuche damit gemacht, aber ohne Erfolg. Unsere Gemälde sind einerseits sehr fein ausgeführte und stimmungsvolle Aquarelle, andererseits Pinselstudien, d. h. auf Papier oder Glanzseide in Tusche gemalte Zeichnungen. Die chinesischen Zeichner waren fast alle Impressionisten; einige, sehr wenige Figuren, und besonders Blumen, Vögel sowie andere Tiere wurden von ihnen dar-



gestellt. In diesem kurzen Aufsatz kann ich bei dieser höchst eigenartigen Kunst leider nicht länger verweilen. Doch muß ich hier noch der Schönschreibekunst gedenken. Denn, wie befremdend auch solche Behauptung dem Europäer klingen mag, unsere Kalligraphie ist eine wirkliche Kunst. Die chinesische Schrift ist, wie bekannt, ideographisch und eben deshalb überaus schwierig und kompliziert: es sind wirkliche Zeichnungen voller Feinheiten, mit dicken Strichen und Haarstrichen, vertieft, geschnitten, zu deren Ausführung die ganze Geschmeidigkeit der chinesischen Hand erforderlich ist. Nur einigen Personen (und diese sind echte Künstler) gelingt es, dank einem geheimnisvollen, angeborenen Gefühl, in jenen wenigen Pinselstrichen die Idee oder die Sache, die das Wort ausdrücken kann, ins Leben zu rufen; es ist dies etwas sehr Subtiles, das sich leichter erfassen als erklären läßt. Die Schrift hat eine Seele, und der Chinese, der wohl in dieser Richtung begabter ist als der Europäer, hat für solche kalligraphische Nuancen ein sehr scharfes Verständnis. Jeder Chinese hat zu Hause in seinem „Studio“ sogenannte „Kakemonos“, die man an die Wände hängt und die aus alten oder modernen Schriftzeichen gebildet sind; und wer die schönsten Signaturen, die übrigens teuer bezahlt werden, besitzt, betrachtet sich als den glücklichsten Menschen auf Erden.

Wir gelangen endlich auf das bedeutendste Gebiet der chinesischen Kunst: die Keramik, das berühmte chinesische Porzellan. Die Anfänge dieser Kunst gehen nicht sehr weit in die Vergangenheit zurück; emaillierte Töpferwaren kommen nämlich erst unter der Soung-Dynastie, also gegen das 12. Jahrhundert, zum Vorschein, und wir müssen bis zur Zeit der Ming-Dynastie (14. Jahrh.) weiterschreiten, um das schöne Porzellan zu finden, das unter Kang-Hi, Yong-Tcheng und Kien-Long, also im 17. und 18. Jahrhundert, seine höchste Vervollkommenung erlangte.

Das chinesische Porzellan besteht aus zwei Stoffen, einem schmelzbaren und einem unschmelzbaren: ersterer, der den Gefäßen die ideale Durchsichtigkeit verleiht, ist ein bergkieselartiger Stein, den wir Pe-tun-tse nennen; letzterer, der das plastische Element bildet, ist eine fast ganz reine Tonerde, der bekannte Kaolin. Man unterscheidet zweierlei Teige: das sogenannte Frittenporzellan, das um 800 Grad schmelzbar ist, und das erst um 1500 bis 3000 Grad schmelzbare Steinporzellan. Den Chinesen ist das Gießen unbekannt: alles wird mit der Hand geformt und gedreht. Das Bemalen geschieht entweder auf oder unter Glasur, und die Glasierung entweder bei großem oder mittlerem Feuer. Bei großem Feuer werden besonders Porzellanwaren mit einfarbigen Seladontönen glasiert. Bei mittlerem Feuer werden die Porzellangefäße mit mehrfarbiger Ausschmückung gebacken, und in diesem Fall besteht die Glasur aus Metalloxyden, die nach geheim gehaltenen Methoden bereitet werden, deren einige leider jetzt ganz und gar vergessen sind. Diesen echt chinesischen, nie übertroffenen Methoden verdanken unsere Porzellanwaren ihre Stärke, ihre Dichtigkeit, ihre Haltbarkeit und ihre Farbenpracht. Nach den Bildern, die diese Keramik verzieren, könnte man Chinas fast ganze Geschichte schreiben, und besonders die der San-Kuo-Zeit, der schönsten Periode der chinesischen Seele: es sind dies kriegerische oder aus dem Familienleben entnommene Szenen, die von der Phantasie des Künstlers mit voller Freiheit behandelt werden; auch findet man darunter Vögel, Blumen usw. Es befinden sich in Europa, namentlich in Paris, London und Dresden, mehrere sehr schönen Sammlungen von chinesischer Keramik, die die prächtigsten Exemplare dieser Kunst enthalten.

Von jeher war der Chinese eine geborenen Künstlernatur; eine einfache, sittliche, unabhängige Erziehung hat ihn im Laufe vieler Jahrhunderte gelehrt, die Natur und das Schöne zu bewundern: Alle seine Unternehmungen und selbst die kleinsten Betätigungen seines Lebens zeugen davon. Er liebt die Natur und wo er sie nur in seine nächste Umgebung hineinzuziehen vermag, ist er glücklich. Überall, bei den Armen wie bei den Reichen, werdet ihr diese Liebe zur Natur und zur Kunst finden. In keiner noch so bescheidenen Wohnung fehlt das artistische Element, und wäre es nur in der Form eines Vogelbauers oder eines Blumenkastens. Die reicheren Leute, die „sammeln“ können, stellen ihre Sachen nicht in Glasschränke, vor aller Augen, sondern halten sie in liebevoller Sorgfalt in wattierten Kästchen verborgen und holen sie nur dann und wann hervor, um sich durch Betrachten und Anfühlen derselben reine Kunstgenüsse zu gönnen.

Daß Chinas künstlerisches Schaffen nach dem 18. Jahrhundert ins Stocken geriet, ist höchst beklagenswert. Es scheint sogar, als habe das gesamte chinesische Leben, dessen Entfaltung ehemals so gewaltig gewesen, auch darunter gelitten, denn nicht nur die Kunst, sondern die ganze soziale Tätigkeit dieses großen Volkes ist wie eingeschlafen. China fängt aber an zu erwachen, es zeigt sich überall ein neues Weben und Keimen, und ich zweifle nicht, daß auch die chinesische Kunst wieder vorwärts schreiten wird, um in der Geschichte der Menschheit und der künstlerischen Kultur ihren Platz zu behaupten.